

nungsprüfung einverstanden erklären würden. Die Parlamentarier verlangten vielmehr eine Mitgestaltung bei der Verwendung der Gemeinschaftsmittel. Die übrigen von Herrn Wormser angeschnittenen Probleme beträfen harte Finanzfragen. Wichtig sei eine angemessene Beteiligung aller Partner an den Gemeinschaftsausgaben. Die Herren Lahr und Wormser sollten den Meinungsaustausch über die gesamte Problematik fortsetzen.

Wir hätten vorgeschlagen, den Haushaltsbeschluß des Ministerrats im Parlament zur Debatte zu stellen und dann im Ministerrat die Mehrheit zu variieren, je nach der Stellungnahme des Parlaments. Vielleicht zeichne sich hier eine Lösungsmöglichkeit ab.

Außenminister *Couvé de Murville* erklärte sich damit einverstanden, daß die Herren Lahr und Wormser die gesamte Problematik erneut prüfen.

Abschließend wurde über die Organisation der Plenarsitzung am Nachmittag<sup>34</sup> gesprochen.

VS-Bd. 2389 (I A 1)

## 244

### Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Staatspräsident de Gaulle

Z A 5-65.A/65 geheim

11. Juni 1965<sup>1</sup>

Der Herr Bundeskanzler führte am 11. Juni 1965 um 15.30 Uhr ein zweites Gespräch unter vier Augen mit dem französischen Staatspräsidenten de Gaulle. Einleitend sagte General *de Gaulle*, er habe mit dem Herrn Bundespräsidenten ein gutes und langes Gespräch geführt, in dem der Herr Bundespräsident das Bild aller Fragen gezeichnet habe. Seine Darstellungen erschienen der Vernunft zu entsprechen. Im wesentlichen habe er selbst dem Herrn Bundespräsidenten gesagt, daß Einigkeit in den Absichten bestehe, daß es aber notwendig sei, diese Absichten in wirtschaftliche und politische Tat umzusetzen. Hierbei scheine man noch nicht über dem Berg zu sein. Den Zusammenhang zwischen politischer und wirtschaftlicher Zusammenarbeit habe er (de Gaulle) etwa wie folgt beschrieben: Die politische europäische Zusammenarbeit sei das Werdende, die wirtschaftliche Zusammenarbeit das Seiende. Ehe man die Zukunft sicherstellen könne, müsse man an die Gegenwart denken. So etwa sei sein Gedankenaustausch mit dem Herrn Bundespräsidenten ver-

<sup>34</sup> Für die Gesprächsaufzeichnungen zu den Plenarsitzungen am 11./12. Juni 1965 vgl. VS-Bd. 8428 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1965.

<sup>1</sup> Durchdruck.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Kusterer am 15. Juni 1965 gefertigt.

Zu dem Gespräch vgl. auch OSTERHELD, Außenpolitik, S. 201 f.

laufen. Alles, was der Herr Bundespräsident gesagt habe, sei sehr vernünftig gewesen und habe keinerlei Einwände von französischer Seite hervorgerufen.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, er habe am Vormittag noch ein Gespräch mit Premierminister Pompidou vorwiegend über Wirtschaftsfragen<sup>2</sup> geführt. Sicherlich habe Herr Pompidou den General darüber unterrichtet. Er selbst sei nicht so pessimistisch, wie manche Fragen den Anschein erweckten. Auch die Gespräche der Minister vom Vormittag<sup>3</sup> schienen zwar Schwierigkeiten ausgeleuchtet zu haben, doch scheine ihm eine Lösung möglich zu sein. Insbesondere hinsichtlich der Stellung des europäischen Parlaments, des Ministerrats und der Kommission seien die französischen und deutschen Auffassungen nicht weit voneinander entfernt.<sup>4</sup> Es sei notwendig, dem europäischen Parlament gewisse Befugnisse einzuräumen, weil man sonst die Zustimmung der nationalen Parlamente nicht bekomme. Er sei aber mit Frankreich der Auffassung, daß der Ministerrat die entscheidende Instanz bleibe, welche den Regierungen und nationalen Parlamenten verantwortlich sei. Er glaube daher, daß man den Ministerrat stärken müsse. Wenn man ihn mit allzu vielen technischen Einzelfragen überhäufe, werde die Stellung der Kommission immer stärker und werde diese allmählich zum entscheidenden politischen Organ. Hierüber bestehe sicherlich Einigkeit. Die Kommission habe ein wirtschaftspolitisches Mandat, doch sei es nicht ihre Aufgabe, das zu übernehmen, was man unter dem Stichwort politisches Europa bezeichne. Dies sei eine Sonderkompetenz, die der Erörterung bedürfe, und er glaube, mit de Gaulle weitgehend einig zu sein.<sup>5</sup>

Der Herr Bundeskanzler nahm dann das Gespräch vom Vormittag<sup>6</sup> wieder auf und sagte, er erwarte natürlich nicht, daß de Gaulle ihm ein vollständiges Bild seiner NATO-Vorschläge gebe. Er wolle jedoch betonen, daß die Bundesrepublik ein brennendes Interesse daran habe, zu einer Lösung zu gelangen. General de Gaulle habe den Gedanken in die Debatte geworfen, daß das westliche Bündnis so lange notwendig sei, wie die Bedrohung andauere. Dies entspreche der deutschen Haltung. Dies habe natürlich auch zum Inhalt den nuklearen Schutz durch Amerika und die Anwesenheit amerikanischer Streitkräfte in Europa. Die Bundesrepublik sei für die NATO-Organisation, wobei diese jedoch gewisse Reformen erfahren könnte. Die Bundesregierung müsse jedoch auf der Integration bestehen, nicht nur aus strategischen, sondern auch aus politischen Gründen. Sie wolle keine nationalen deutschen Streitkräfte unter nationalem Oberbefehl, weil dies politisch auch gegenüber dem Osten einfach

<sup>2</sup> Über das Gespräch mit dem französischen Ministerpräsidenten berichtete Bundeskanzler Erhard der deutschen Delegation am Nachmittag des 11. Juni 1965. Dazu notierte der Leiter des Außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt, Osterheld, in dem Gespräch zwischen Erhard und Pompidou „sei es zunächst um die EWG-, Agrar- und Finanzordnungen gegangen. Er, Erhard, habe die Ansicht vertreten, daß man in der nächsten Zeit wohl noch nicht zu endgültigen Vereinbarungen kommen könne; vielleicht im Sommer nächsten Jahres. Dann müßten freilich auch feste Termine für andere Fragen gesetzt werden. Zur Erweiterung der Kompetenzen des Europäischen Parlaments habe sich Pompidou nicht völlig negativ geäußert.“ Vgl. OSTERHELD, Außenpolitik, S. 200 f.

<sup>3</sup> Vgl. Dok. 243.

<sup>4</sup> Vgl. dazu auch Dok. 247.

<sup>5</sup> Vgl. weiter Dok. 248.

<sup>6</sup> Vgl. Dok. 242.

nicht vorstellbar wäre. Selbstverständlich sei die Bundesregierung jederzeit gerne bereit, die Gedanken von General de Gaulle entgegenzunehmen. Sie glaube zwar nicht, de Gaulle beeinflussen zu können, doch kenne dieser die deutsche Haltung. Er hoffe, daß es gelingen werde, etwa im Laufe des nächsten Jahres zu einer Lösung zu kommen, welche das atlantische Bündnis als Verteidigungsinstrument lebendig erhalte.

General *de Gaulle* verwies auf seine Ausführungen vom Vormittag hinsichtlich des atlantischen Bündnisses, an dessen Aufrechterhaltung Frankreich gelegen sei, solange die Bedrohung andauere, die tatsächlich existiere. Falls sich nichts Neues ereigne, denke Frankreich nicht daran, die NATO vor Auslaufen des NATO-Vertrages im Jahre 1969<sup>7</sup> transformieren zu wollen. Bis dahin aber bleibe noch Zeit, und Frankreich lasse sich auch Zeit. Es werde diese Zeit benutzen, um seine Auffassungen zum Ausdruck zu bringen und selbstverständlich mit der Bundesregierung zu besprechen, denn dies sehe der Vertrag<sup>8</sup> vor. Diese Dinge brauchten nicht überstürzt zu werden. Schließlich aber schwebe ihm etwa folgendes System vor, das er zumindest für Frankreich im Auge habe. Das System bestehe aus einem Bündnis mit Amerika, wonach sich Amerika im Falle eines Angriffs auf Europa zum Kriegseintritt verpflichte und umgekehrt Europa dieselbe Verpflichtung gegenüber Amerika übernehme, sofern Amerika von den Sowjets (nicht etwa von den Chinesen oder Vietnamesen) angegriffen würde. Außer diesem Bündnis werde ein deutsch-französischer Vertrag zu schließen sein, der vorsehe, wie die Streitkräfte der beiden Staaten zusammenarbeiten würden. Dasselbe sehe Frankreich wahrscheinlich auch mit England für den Kriegsfall vor. Es handle sich dabei darum, daß man sich verpflichte, die Streitkräfte gemeinsam operieren zu lassen. Für jeden dieser Verträge (mit Amerika, England und Deutschland) werde wahrscheinlich ein Generalstabsabkommen erforderlich sein, welches vorsehe, was jede Seite zumindest zu Beginn eines Krieges zu tun hätte, falls es je zum Kriege käme. So sehe er die Dinge, insoweit Frankreich betroffen sei. Frankreich verstehe, daß sich die Bundesrepublik in einer besonderen Situation befinde und ihr Bündnis mit Amerika sich deshalb wahrscheinlich nicht in denselben Formen abspielen könne, denn der Herr Bundeskanzler habe mit Recht gesagt, daß amerikanische Streitkräfte in Deutschland stehen müßten. Für Frankreich seien jedoch nicht dieselben Gründe maßgebend. Frankreich liege nichts daran, amerikanische Streitkräfte in Frankreich stationiert zu sehen. Schon heute gebe es deren nur noch wenige. Es bestehe kein Grund, warum überhaupt amerikanische Streitkräfte in Frankreich zu stehen brauchten, mit Ausnahme eventuell gewisser praktischer Stabsvereinbarungen zwischen Frankreich und Amerika, welche den Amerikanern gewisse Verbindungslinien für ihre in Deutschland stationierten Streitkräfte zugestehe sowie die Möglichkeit der Einlagerung von Material in Friedenszeiten. Es gebe ja bereits schon ein Sonderabkommen im Zusammenhang mit den amerikanischen Streitkräften in Deutschland, und ein solches Sonderabkommen werde wahr-

<sup>7</sup> Gemäß Artikel 13 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949 bestand von 1969 an die Möglichkeit einer Vertragskündigung. Vgl. dazu Dok. 143, Anm. 26.

<sup>8</sup> Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

scheinlich erneut zu schließen sein. Für den Kriegsfall stünde Amerika natürlich die Benutzung der in Frankreich liegenden Flugplätze und anderer Einrichtungen frei. Alle Amerikaner auf französischem Territorium müßten aber unter französischem Oberbefehl stehen. Der Vertrag zwischen Deutschland und Frankreich könne und müsse wohl anders aussehen, denn hier halte Frankreich eine gemeinsame Strategie für notwendig. Dies werde dann aber ein deutsch-französischer Vertrag sein und nicht etwa die bloße Erneuerung einer NATO, die ohne Beteiligung Frankreichs fortbestehen würde. Ähnliche Abmachungen stelle er sich auch mit dem Vereinigten Königreich vor.

Der Herr *Bundeskanzler* bedankte sich für diese Ausführungen und bemerkte, er könne darauf natürlich nicht ad hoc antworten. General de Gaulle habe selbst gesagt, daß sich Deutschland in einer anderen Lage befinde. Es würde sich, wenn er richtig verstehe, dann nicht darum handeln, daß die NATO aufgelöst würde, sondern vielmehr bestünden nach 1969 neue Sonderverbindungen zwischen Frankreich einerseits und den einzelnen NATO-Partnern andererseits.

General *de Gaulle* stimmte dem zu und bemerkte, das Bündnis würde nicht verschwinden, vielmehr würde lediglich die unter der Bezeichnung NATO bekannt gewordene Organisationsform für die Durchführung des Bündnisses, was Frankreich anbelangt, transformiert in ein wirksames bilaterales Bündnis Frankreichs mit Amerika, Deutschland, England, vielleicht Italien usw.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, die NATO würde dann also ohne Teilnahme Frankreichs fortbestehen, wobei Frankreich jedoch bereit wäre, mit einzelnen NATO-Ländern bilaterale Verträge zu schließen.

General *de Gaulle* sagte, dies stimme, sofern es eine NATO ohne Frankreich überhaupt geben könne. Dies aber hänge nicht allein von Frankreich ab.

Der Herr *Bundeskanzler* betonte, all diese Fragen (Verteidigung, Position Europas gegenüber Amerika, Position Europas gegenüber den osteuropäischen Ländern) hingen eng mit dem Problem der Stärkung Europas zusammen. Er stimme absolut mit General de Gaulle überein, daß Deutschland und Frankreich die Pflicht hätten, nicht nur auf die Sechs beschränkt, sondern auf ganz Europa bezogen, an dieser Stärkung mitzuwirken. Er sei auch bereit, dem Konzept de Gaulles zuzustimmen, daß in einem langen Prozeß sogar die Satellitenstaaten eines Tages miteinbezogen<sup>9</sup> werden könnten. Die EWG sei aber kein politisches Europa, und selbst wenn der gemeinsame Markt Wirklichkeit sei, werde dieses politische Europa noch lange nicht wie ein reifer Apfel vom Stamm fallen. Er halte es vielmehr für notwendig, neben dem gemeinsamen Markt eine originäre Anstrengung zu unternehmen, um politisch festen Grund unter die Füße zu bekommen. Dies habe nichts mit irgendeiner feindseligen Einstellung gegenüber Amerika oder Rußland zu tun, sondern Europa in sich brauche sein eigenes Gesicht, seine eigene Geschichte, Kultur, Tradition, geistige Struktur. Dies sei sein Gedanke, neben der EWG mit Tagungen zu beginnen, ohne daß man dabei Perfektionismus suche oder schon sehr feste institutionelle Einrichtungen vorsehe. Er vertraue vielmehr darauf, daß beim

<sup>9</sup> Vgl. dazu die Ausführungen des Staatspräsidenten de Gaulle auf der Pressekonferenz vom 4. Februar 1965; Dok. 64, Anm. 16.

Gespräch auf oberster Ebene die Dinge sich herauskristallisieren würden.<sup>10</sup> Nach dem kürzlichen Besuch des dänischen Ministerpräsidenten Krag<sup>11</sup> sei damit zu rechnen, daß die EFTA-Länder versuchen würden, zwar nicht Mitglieder der EWG zu werden, sich jedoch durch Abkommen der EWG anzuschließen. Damit wäre das Gefälle in Europa verringert und eine Spaltung wirtschaftlicher oder politischer Art vermieden. Daß die europäische Gipfelkonferenz nicht zustande gekommen sei<sup>12</sup>, sei in Deutschland und für ihn eine Enttäuschung gewesen, doch wolle er nicht über Vergangenes reden. Er wolle vielmehr fragen, ob General de Gaulle bereit sei, zu einem nach den deutschen (und eventuell, wenn Frankreich dies wünsche, französischen) Wahlen liegenden Datum möglichst ohne vorheriges Zusammentreffen der Außenminister eine Konferenz der Staats- und Regierungschefs (unter Beisein der Außenminister) herbeizuführen, damit der europäische Elan erneut gestärkt werde. Die EWG sei zwar eine gute Sache, doch sei sie sehr technisch. Natürlich sei auch sie für Europa notwendig. Europa aber müsse in stärkerem Maße sein Selbstbewußtsein finden. Wenn dieses Europa (über dessen Form jetzt noch nicht zu diskutieren sei) sich zusammengehörig fühle und auch eine gewisse europäische Autorität besitze, dann würde dies auch seine Rückwirkungen auf die Beziehungen Europas zu anderen Kontinenten haben. Er wolle auf diesem Weg Fortschritte erzielen, denn es sei fruchtlos, wenn Europa sich zwischen den beiden Giganten stehend verzettele.

General *de Gaulle* bemerkte, er könne keineswegs behaupten, daß er im Widerspruch zu diesen Auffassungen des Herrn Bundeskanzlers stehe, vielmehr habe dieser absolut Recht. Die europäische Wirtschaftsgemeinschaft bedeute zwar viel, doch bedeute sie nicht alles und sei auf keinen Fall eine politische Organisation, obschon sie politische Rückwirkungen habe. Er sei wie der Herr Bundeskanzler überzeugt, daß man einen politischen Anfang in Europa machen müsse und wiederhole, was er schon in Rambouillet gesagt habe, daß Frankreich für ein Treffen der Sechs ebenso aufgeschlossen sei wie Deutschland, wenn es zur rechten Zeit stattfinde, wobei entweder zuerst die Regierungschefs zusammentreten könnten oder ein Außenministertgespräch vorgeschaltet werden könnte.<sup>13</sup> Frankreich sei dazu bereit, sobald das Wesentliche in Brüssel geschaffen sei.<sup>14</sup> Das habe er bereits in Rambouillet erklärt. Es sei weiterhin dazu bereit, sofern man sicher sein könne (und dies hänge von dem Herrn Bundeskanzler ab, der ja die Initiative ergriffen habe), daß weder Italien<sup>15</sup> noch Holland<sup>16</sup> in der Regierungschefskonferenz einen Affront suchten, weil dies nur zu Unannehmlichkeiten führen würde. Sei also Ende des Monats

<sup>10</sup> Zu den Bemühungen der Bundesregierung um eine Konferenz der Regierungschefs der EWG-Staaten über eine europäische politische Zusammenarbeit vgl. Dok. 128 und Dok. 137.

<sup>11</sup> Zu den deutsch-dänischen Regierungsbesprechungen am 9./10. Juni 1965 vgl. Dok. 238.

<sup>12</sup> Zu den Hintergründen vgl. Dok. 156–158.

<sup>13</sup> Vgl. auch die Ausführungen des französischen Staatspräsidenten am 19. und 20. Januar 1965 in Rambouillet; Dok. 22 und Dok. 27.

<sup>14</sup> Zum von französischer Seite hergestellten Zusammenhang zwischen dem Zustandekommen einer Konferenz über die europäische politische Zusammenarbeit und einer Regelung der ausstehenden EWG-Fragen vgl. Dok. 166, Anm. 9.

<sup>15</sup> Zur italienischen Haltung zu einer Konferenz der Regierungschefs vgl. Dok. 165.

<sup>16</sup> Zur niederländischen Haltung vgl. Dok. 166.

die Brüsseler Sache in Ordnung und sage der Herr Bundeskanzler ihm, daß weder von seiten der Holländer oder von Herrn Luns noch von seiten der Italiener und auch nicht von seiten der Belgier<sup>17</sup> ein Skandal zu erwarten sei, so sei Frankreich einverstanden mit einer Regierungschefskonferenz im Oktober oder November nach den deutschen Wahlen, wobei sich die Außenminister möglicherweise sogar noch vor den deutschen Wahlen treffen könnten. Dies habe er dem Herrn Bundeskanzler in Rambouillet schon gesagt und wiederhole es nun.

Der Herr *Bundeskanzler* wies darauf hin, die Bedingungen, die de Gaulle genannt habe, seien ziemlich komplex. Bei allem guten Willen halte er es doch nicht für möglich, bis Ende dieses Monats in Brüssel alles zum Abschluß gebracht zu haben. Es stünden noch fünf Marktordnungen<sup>18</sup> aus sowie die sehr schwierige Frage der Agrarfinanzregelung.<sup>19</sup> Er selbst werde alles tun, um eine wirksame Arbeit zu fördern, die so schnell wie möglich getan werden müsse, ohne daß er jedoch im Augenblick schon ein Datum setzen könne. Sicher jedoch sei, daß zum 1. Juli 1967 der gemeinsame Markt auf landwirtschaftlichem und gewerblichem Sektor in Kraft sei.<sup>20</sup> Bis zum 30. 6. 1965 in allen Fragen jedoch Einigung erzielen zu wollen, scheine ihm nicht realistisch. Er wisse auch nicht, ob dies absolute Voraussetzung sei. Er könne sich sehr wohl vorstellen, daß ein politischer Elan auch Ansporn für die Lösung der Wirtschaftsfragen sein könne. Die EWG-Partner hätten zumindest einer Außenministertagung zugestimmt.<sup>21</sup> Eine Außenministertagung berge jedoch immer die Gefahr in sich, daß sie zu perfektionistisch sein wolle in der Tagesordnung und in den Ergebnissen, so daß die Regierungschefs bei ihrem Zusammentreffen dem nur noch zuzustimmen oder es abzulehnen hätten. Er glaube, daß der Elan hier bei den Regierungschefs besser aufgehoben sei als bei den Außenministern, obwohl er zustimme, daß die Außenminister natürlich im Regierungscheftreffen dabei sein müßten. Wie es mit den Ergebnissen aussehen könne, lasse sich natürlich noch nicht vorhersagen. Alle Partner hätten dem Gedanken eines Treffens zugestimmt, doch würden sicherlich Fragen wie Teilnahme Großbritanniens<sup>22</sup> usw. aufgeworfen. Dennoch könne er sich vorstellen, daß bei einer Einigung zwischen Deutschland und Frankreich ein solches Treffen wenig Risiken beinhalte. Sollte dann irgendein Partner remonstrieren

<sup>17</sup> Zur belgischen Haltung vgl. Dok. 137.

<sup>18</sup> Die EWG-Mitgliedstaaten befaßten sich auf der EWG-Ministerratstagung am 29./30. Juni 1965 mit den Marktordnungen für Zucker, Milch und Milchprodukte, Fettstoffe sowie Obst und Gemüse.

<sup>19</sup> Zu den Vorschlägen der EWG-Kommission für eine Finanzregelung vgl. Dok. 219, Anm. 14. Vgl. dazu weiter Dok. 245.

<sup>20</sup> In der Einleitung zum „Achten Gesamtbericht über die Tätigkeit der Gemeinschaft“, den die EWG-Kommission am 1. Juni 1965 dem Europäischen Parlament vorlegte, wurde dazu erläutert: „Am 1. Juli 1967 wird der freie Warenverkehr innerhalb der Gemeinschaft bei Getreide hergestellt sein. Dieser Termin wird als Ziel für die Verwirklichung des freien Warenverkehrs bei sämtlichen Agrarerzeugnissen ziemlich weitgehend akzeptiert.“ Hinsichtlich der Zollunion für Industrieerzeugnisse habe die EWG-Kommission „bereits dem Rat in ihrer „Initiative 64“ vorgeschlagen, sie zum 1. Juli 1967 vollständig zu verwirklichen“. Vgl. ACHTER GESAMTBERICHT, S. 13.

<sup>21</sup> Vgl. dazu auch Dok. 137.

<sup>22</sup> Zur Forderung insbesondere der Niederlande nach einer britischen Beteiligung an einer Konferenz über die europäische politische Zusammenarbeit vgl. auch Dok. 137, Anm. 35.

und den Weg nach Europa erneut verbauen, so wäre dies zwar schade, weil sich danach ein neuer Ansatzpunkt nur sehr schwer wieder finden lasse, doch würde das französische und deutsche Prestige darunter nicht leiden. In Rambouillet sei auch gesagt worden, daß ein Risiko bestehe, doch hätten alle dieses Risiko akzeptieren zu können geglaubt. Ein Datum lasse sich heute noch nicht festsetzen, doch meine er, daß man auch nicht zu viele Bedingungen daran knüpfen solle. Er glaube sogar, wenn man sage, nur bei einer Einigung in Brüssel bis zum 30. Juni könne es zu einer solchen Konferenz kommen, so löse man damit bei den Partnern und beim deutschen Volk eine gewisse Gegenwehr aus, die er gerade vermieden sehen möchte.

General *de Gaulle* wiederholte, die französische Seite sei dem Prinzip einer solchen Tagung zugetan. Die Frage sei nur, wann ein solches Treffen stattfinden könne. Im Zusammenhang mit der öffentlichen Meinung könne auch von Bedeutung sein, wer eine solche Konferenz, falls eine Chance dafür besteht, veranstalte. Mit anderen Worten sei Frankreich für die Abhaltung einer solchen Konferenz, doch scheine ihm das Datum heute noch nicht *ne varietur* festgelegt werden zu können, zumal auch die deutschen Wahlen hier hereinspielen, obschon er erwarte, den Herrn Bundeskanzler in seiner derzeitigen Position bestätigt zu sehen. Gegen das Prinzip der Konferenz habe Frankreich keine Einwände.

Auf eine entsprechende Frage des Herrn *Bundeskanzlers* sagte General *de Gaulle*, die Präsidentschaftswahlen in Frankreich fänden am 5. Dezember statt, doch glaube er nicht, daß die französischen Wahlen hier eine große Rolle spielten.

General *de Gaulle* fuhr fort, wenn nach der jetzigen Konsultation klar sei, daß Deutschland und Frankreich sich über eine fristgerechte Einigung in den Brüsseler Regelungen einig seien, die keinem der beiden Länder zum Nachteil gereichen sollten, dann könne man sagen, daß man zum geeignetsten Zeitpunkt eine Regierungschefkonferenz, etwa noch vor Ende dieses Jahres, wolle. Vor Ende dieses Jahres bedeute praktisch nach den deutschen Wahlen. Dies wäre seine Anregung, sofern der Herr Bundeskanzler mit den anderen Partnern klarkommen könne.

Der Herr *Bundeskanzler* unterstrich, er könne natürlich die Erklärung abgeben, daß man in Brüssel zum Abschluß kommen wolle, weil er sicher sei, wie schwierig die Probleme auch sein mögen, eine Einigung müsse erzielt werden. Damit seien natürlich die Schwierigkeiten noch nicht beiseite geschafft. Manchmal komme es ihm vor wie die Quadratur des Kreises. Aber selbst diese müsse gelöst werden, weil einfach kein anderer Ausweg da sei. Er sei besonders daran interessiert, in irgendeiner Form die Nützlichkeit und den Wert eines europäischen Gipfeltreffens als gemeinsame Grundsatzerklärung ohne Angaben von Daten oder Bedingungen (über die später zu sprechen wäre) abzugeben.

Der Herr Bundeskanzler fuhr fort, im letzten halben Jahr habe im Zusammenhang mit den europäischen Fragen in der deutschen Öffentlichkeit ein Thema eine gewisse Rolle gespielt. Deutschland habe die These akzeptiert, daß eine Annäherung an die osteuropäischen Länder nützlich sein und sogar ein Ele-

ment für die Wiedervereinigung darstellen könne.<sup>23</sup> Durch die philologischen Streitigkeiten anläßlich der Drei-Mächte-Erklärung in Washington<sup>24</sup> sei etwas Zwielficht in die Sache geraten. Es habe eine Diskussion über gewisse französische Erklärungen gegeben, daß die europäischen Länder einer Regelung der Deutschlandfrage beistimmen müßten.<sup>25</sup> Er selbst gebe der Sache folgende Auslegung: Es gebe eine Vier-Mächte-Verantwortung und eine Drei-Mächte-Verpflichtung um das gesamtdeutsche Problem. Natürlich wären alle Partner in einer solchen Verhandlung darum besorgt, bei einer Lösung des Deutschlandproblems zu vermeiden, die Satellitenstaaten zu einer Hinnahme zu zwingen. Mit anderen Worten müßten die Interessen der Satellitenstaaten wahrgenommen werden. Die Bundesregierung aber glaube nicht, daß in der Deutschlandfrage neue Kompetenzen und Verantwortungen geschaffen werden sollen. Wenn die deutsche Frage diskutiert werde, so könne nicht daran gedacht werden, daß außer den Vier Mächten auch noch alle übrigen europäischen Länder am Tisch säßen. Dies sei für Deutschland insofern wichtig, als Gromykos Pressekonferenz in Paris<sup>26</sup> sich damit ebenfalls befaßt habe. Es habe eine gewisse Verwirrung gegeben, die er beseitigt sehen wolle.

General *de Gaulle* sagte, er wolle seine Vorstellungen zu diesem Thema präzisieren. Was Deutschland bei einer Annäherung an den Osten vor allem interessiere, sei letzten Endes eine Möglichkeit der Wiedervereinigung. Das verstehe er sehr wohl. Natürlich steckten auch gewisse wirtschaftliche Vorteile für Deutschland darin, doch stelle dies nicht das deutsche Hauptanliegen dar, wenn man deutscherseits von einer Annäherung spreche. Frankreich bestreite nicht, daß die Hauptverantwortlichen für das Deutschlandproblem die Vereinigten Staaten, England, Frankreich und die Sowjetunion und natürlich die Bundesrepublik seien. Sie seien die Hauptverantwortlichen. Doch wie solle man es anstellen, um die anderen europäischen Länder und insbesondere die Nachbarländer Deutschlands von einer Lösung des Deutschlandproblems auszuschließen? Dazu sehe er keine Möglichkeit. Wie könne man z. B. von einer Lösung des Deutschlandproblems die Polen oder Tschechen, aber auch die Belgier und Holländer ausschließen? Deutschland und Frankreich seien der Auffassung, daß es hauptverantwortliche Mächte gebe. Insofern seien sie sich einig. Einen Ausschluß der übrigen halte Frankreich aber umso weniger für möglich, als letzten Endes gerade jene Länder (Polen, Tschechoslowakei usw.) beinahe die Hauptinteressierten seien im Zusammenhang mit der Lösung des Deutschlandproblems. Das Schicksal dieser Länder hänge nämlich von dieser Regelung ab, während für Rußland nicht viel davon abhängen, ob Deutschland ein bißchen größer oder ein bißchen kleiner sei. Das Schicksal Amerikas hänge überhaupt nicht davon ab, das Schicksal Englands hänge überhaupt nicht davon ab, dagegen hänge das Schicksal Frankreichs natürlich davon ab,

<sup>23</sup> Vgl. dazu die Ausführungen des Bundesministers Schröder am 21. Mai 1965 im Zweiten Deutschen Fernsehen; Dok. 217, Anm. 47.

<sup>24</sup> Zur Formulierung der Deutschland-Erklärung der Drei Mächte vgl. zuletzt Dok. 197 und Dok. 202.

<sup>25</sup> Vgl. dazu besonders Dok. 187.

<sup>26</sup> Zur Pressekonferenz des sowjetischen Außenministers vom 30. April 1965 vgl. Dok. 196, Anm. 11.



ganz besonders, falls Deutschland eines Tages beschließe, nicht mehr Verbündeter Frankreichs zu sein. Die Polen und Tschechen aber seien ganz unmittelbar berührt. Sie ließen niemals eine Lösung des Deutschlandproblems ohne ihre Beteiligung zu. Auch die Russen ließen dies niemals zu, denn dies sei die Art und Weise, wie Rußland jene Länder im Griff halte. Vermittels des Deutschlandproblems halte Rußland die Satelliten unter Kontrolle. Wenn die Russen nun durchblicken ließen, daß sie eines Tages das Problem Deutschlands mit den Amerikanern, Engländern, Franzosen und der Bundesrepublik zu lösen beabsichtigten, dann wären in dem Augenblick die Polen und Tschechen und Rumänen, so kommunistisch sie auch sein mögen, nicht länger Satelliten Rußlands. Deswegen werde Rußland diesen Weg niemals beschreiten. Er glaube, daß man diesem Tatbestand ins Auge sehen müsse, daß nämlich eine Wiedervereinigung Deutschlands die Zustimmung aller beteiligten europäischen Länder (d. h. der Nachbarn Deutschlands) erfordere. Natürlich erfordere sie auch eine Zustimmung Amerikas, Englands und Rußlands. Aber auch jene anderen Länder müßten zustimmen. Nun sei er mit dem Herrn Bundeskanzler der Meinung, falls Rußland wollte, würden jene Länder sich mit den Russen akkommodieren, vorausgesetzt jedoch, daß sie nicht aus der Lösung des Deutschlandproblems ausgeschlossen würden. Die Russen würden dies auch niemals tun, ganz bestimmt nicht im Augenblick, sicher auch nicht in der Zukunft. Die Russen würden niemals etwas tun, was auch nur von ferne den Anschein erwecke, als bahne sich eine neue Teilung Polens oder eine Teilung der Tschechoslowakei an. Vielleicht gebe es sogar Länder im Westen, die sich nicht ausschließen lassen wollten. Er glaube, daß die Deutschen dieser Tatsache ganz unmittelbar ins Auge sehen müßten, daß nämlich die Wiedervereinigung ihres Landes ein gesamteuropäisches Unterfangen sei. Dieses Unterfangen sei notwendig, wenn man in Europa zu einem endgültigen Frieden gelangen wolle, falls es überhaupt so etwas wie einen endgültigen Frieden gebe. Damit aber dürfe Deutschland kein einziges interessiertes Land und schon gar nicht einen Satellitenstaat ausschließen. Er meine, daß es schon genüge, wenn die Bundesregierung diese Position einnehme, um bei den Polen und Tschechen ein zusätzliches Element des Sich-Loslösen-Könnens von Rußland einzuführen, sofern jene Länder nur gewiß seien, daß sie bei der Lösung des Deutschlandproblems nicht ausgeschlossen werden sollen. Was nun die Drei-Mächte-Erklärung anbelange, die Frankreich inzwischen mit Amerika und England verabschiedet habe, so habe Frankreich einen im übrigen deutscherseits akzeptierten Text vorgeschlagen.<sup>27</sup> Später seien in Washington alle möglichen Schwierigkeiten höchstwahrscheinlich künstlicher Natur aufgetaucht, und man habe so getan, als wolle Frankreich den Vereinigten Staaten eine Beteiligung an dieser Sache streitig machen und als erkläre Frankreich, dies sei eine rein europäische Angelegenheit. Das aber habe Frankreich niemals gesagt. Er verstehe nicht recht, worüber die Streitigkeiten entstanden seien, doch sei die Sache ja inzwischen ausgestanden. Um aber eine Wiedervereinigung Deutschlands in Praxis und Gerechtigkeit herbeizuführen, müßten alle Nachbarländer Deutschlands teilnehmen.

<sup>27</sup> Zum französischen Entwurf vom 13. April 1965 und zur deutschen Reaktion darauf vgl. Dok. 186, besonders Anm. 2 und 6–8.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, man müsse seines Erachtens unterscheiden zwischen den verantwortlichen Mächten und den interessierten europäischen Ländern. Auch er könne sich keine Lösung gegen den offenen Widerstand der Polen und Tschechen vorstellen, und vielleicht gebe es auch westliche Länder, die gewisse Sorgen und Bemerkungen zu machen hätten. Doch meine er, man dürfe die Sache nicht verwässern und müsse deswegen unterscheiden zwischen Verantwortlichen und Interessierten. Er sei sicher, daß die Verantwortlichen natürlich eine Lösung suchten, die einen dauerhaften Frieden in Europa gewährleisten würde. Die Bundesregierung sei auch nicht aus Träumen zusammengesetzt, sondern erkenne sehr realistisch, daß manches Tabu dabei angesprochen werden müsse. Eine Unterscheidung müsse er jedoch machen. Die Bundesregierung könne nicht, noch ehe überhaupt eine ernsthafte Aussicht auf eine Wiedervereinigung bestehe, schon durch Vorleistungen einen Ausverkauf der Positionen beginnen. Sie wolle nicht im jetzigen Zeitpunkt über Grenzen sprechen, obwohl sie wisse, daß bei einer Wiedervereinigungsverhandlung über die Grenzen gesprochen werden müsse, und sie wisse auch, wie die Positionen dabei aussähen. Die Bundesregierung könne nicht heute über einen militärischen Status minus sprechen, aber sie sei bereit, im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung all diese Fragen zu erörtern. Wenn er sich die Wiedervereinigung vorstelle, so müsse er sagen, daß man nicht eine Art europäischen Völkerbund schaffen könne, sondern daß die Vier Mächte handeln müßten, wobei es ihre Aufgabe sei, in Verbindung mit den interessierten Ländern zu einer abgewogenen Lösung zu kommen. Er glaube daher, daß zwar seine Position von der de Gaulles sich etwas unterscheide, daß die beiden Positionen aber nicht so weit voneinander entfernt seien, wie es scheine.

General *de Gaulle* behielt sich vor, diese Frage im nächsten Vieraugengespräch<sup>28</sup> erneut aufzugreifen.

Dieses Gespräch endete um 16.40 Uhr.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 14

<sup>28</sup> Vgl. Dok. 246.

**Gespräch der Bundesminister Schmücker und Dahlgrün  
mit dem französischen Finanz- und Wirtschaftsminister  
Giscard d'Estaing**

I A 1-80.11-2179<sup>1</sup>/65 VS-vertraulich<sup>1</sup>

11. Juni 1965

An der Besprechung nahmen teil:

auf französischer Seite: der französische Finanz- und Wirtschaftsminister Giscard d'Estaing, de la Genière – Directeur Adjoint du Budget au Ministère des Finances, Rivain – Finanzrat, französische Botschaft, Bonn, Herrenschmidt – Handelsrat, französische Botschaft Bonn;

auf deutscher Seite: der Bundesminister für Wirtschaft Schmücker, der Bundesminister der Finanzen Dr. Dahlgrün, die Staatssekretäre Neef, Langer (BMWi) und Hüttebräuker (BML), die Ministerialdirektoren Estner (BMWi) und Fechner (BMF), Vortragender Legationsrat I. Klasse von Stempel.

Minister *Schmücker* eröffnete die Sitzung mit der in der Anlage im Wortlaut beigefügten Rede.<sup>2</sup>

Minister *Giscard d'Estaing* machte zur Frage der Finanzierung der EWG folgenden „Kompromißvorschlag“:

1) Auf der Ausgabenseite soll die bisher in Verordnung Nr. 25<sup>3</sup> vorgesehene Steigerungsrate der gemeinsamen Finanzierung von einem Sechstel auf ein Zehntel verringert werden für die Produkte, für die noch kein gemeinsamer Preis bis zum 1. Juli 1967 fixiert ist. Dort, wo bereits jetzt ein gemeinsamer Preis feststeht, z. B. Getreide<sup>4</sup> usw., soll der Betrag von einem Sechstel beibehalten werden, so daß bei diesen Erzeugnissen die Finanzierung der Ausgaben vom 1. Juli 1967 an vollgemeinschaftlich erfolgen würde.

2) Auf der Einnahmeseite soll die Relation zwischen dem Verhältnis der Matrikularbeiträge nach Artikel 200<sup>5</sup> und den Beiträgen im Verhältnis zu den Nettoeinfuhren von bisher 80:20 schrittweise auf 45:55 geändert werden. Die Beiträge der Mitgliedstaaten zur Deckung der Gesamteinnahme des europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds<sup>6</sup> werden im Verhältnis zu den Nettoeinfuhren nicht mehr wie bisher jährlich um 10 %, sondern nur um 5 % gesteigert. Anstelle des Aufbringungsschlüssels des Artikels 200 Absatz 1 soll mit Rücksicht auf Italien der für dieses Land günstigere Schlüssel des Europäischen Sozialfonds (Artikel 200 Absatz 2) maßgebend sein, d. h. Deutschland

<sup>1</sup> Geschäftszeichen des Begleitvermerks, mit dem Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg die Gesprächsaufzeichnung am 2. Juli 1965 den Staatssekretären Lahr und Carstens sowie Bundesminister Schröder zuleitete. Vgl. Dok. 243, Anm. 1.

<sup>2</sup> Dem Vorgang nicht beigefügt.

<sup>3</sup> Vgl. dazu Dok. 219, Anm. 24.

<sup>4</sup> Zur Regelung des gemeinsamen Getreidepreises vgl. Dok. 22, Anm. 6.

<sup>5</sup> Zu Artikel 200 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 vgl. Dok. 219, Anm. 21 und 23.

<sup>6</sup> Vgl. dazu Dok. 219, Anm. 20 und 24.

würde ebenso wie Frankreich 32 % zahlen müssen. Die Minderleistung von Italien werde von Frankreich ausgeglichen.

Minister *Schmücker* forderte für die deutsche Seite gleichgewichtige Fortschritte der EWG auf folgenden Bereichen:

- a) Harmonisierung der Umsatzsteuern
- b) Beseitigung der Binnenzölle und Anwendung des gemeinsamen Außenzolltarifs
- c) Gemeinsame Handelspolitik mit liberalem Charakter
- d) Finanzsystem mit eigenen Einnahmen der Gemeinschaft.

Minister *Giscard d'Estaing* erklärte hierzu folgendes:

In der Frage der Steuerharmonisierung bestehe eine weitgehende Grundsatzübereinstimmung. Er sei bereit, die Beschleunigung dieser Entwicklung auch zu fördern.

In der Frage der Binnenzölle und des gemeinsamen Außenzolltarifs sei er der gleichgewichtigen Behandlung zugänglich.

In der Frage der Kennedy-Runde<sup>7</sup> sehe er keine großen Unterschiede in den Meinungen, wenn auch Schwierigkeiten sicherlich von außen kämen. Auch die Frage des Finanzsystems bezeichnete er für die französische Seite im Grundsatz als akzeptabel.<sup>8</sup>

Minister *Dr. Dahlgrün* erklärte, der deutsche und französische Standpunkt mit Bezug auf die Harmonisierung der Steuern sei sehr angenähert. Die Reform des Umsatzsteuerrechts stelle aber beide Länder vor große Probleme. Bekanntlich hätten sich die Niederlande gegen eine Reform des Umsatzsteuerrechts<sup>9</sup> ausgesprochen. Sowohl Frankreich wie Deutschland hätten für die niederländischen Schwierigkeiten Verständnis aufgebracht. Große Anstrengungen seien nötig, um die Steuerharmonisierung zu einem festen Termin zu bewerkstelligen.

Staatssekretär *Neef* präziserte und ergänzte die deutschen Forderungen mit dem Wunsch nach einer Regelung des Verhältnisses zwischen EWG und EFTA. Wenn man grundsätzlich Einigung darüber erziele, daß die Zoll-Union zum gleichen Zeitpunkt errichtet werde wie die Agrar-Union<sup>10</sup>, so könne man über die Methoden sprechen.

<sup>7</sup> Zur Kennedy-Runde vgl. Dok. 238, Anm. 11.

<sup>8</sup> Aus einer Besprechung der deutschen Delegation am Nachmittag des 11. Juni 1965 notierte der Leiter des Außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt, Osterheld, zu den französischen Vorschlägen: „Dahlgrün zufolge sind die Franzosen bereit, ihre Vorschläge für die Agrarfinanzierung geringfügig zu ändern; es liefe jedoch auch weiterhin auf eine zu große deutsche Zahlungsverpflichtung hinaus. Wir sollten allerdings nicht Nein sagen, sondern, wie die Franzosen: Ja, aber. Grund, Dahlgrüns Staatssekretär, empfiehlt dringend, bei den deutschen Zahlungen keinesfalls über 31 % hinauszugehen“. Vgl. OSTERHELD, Außenpolitik, S. 201.

Zu den Standpunkten der deutschen und der französischen Delegation in den EWG-Fragen vgl. weiter Dok. 247.

<sup>9</sup> Zur Diskussion im Ausschuß der Ständigen Vertreter bei der EWG und EURATOM vgl. den Schriftbericht Nr. 432 des Botschafters Harkort, Brüssel (EWG/EAG), vom 18. März 1965; Referat III A 1, Bd. 170.

<sup>10</sup> Vgl. dazu die Vorschläge der EWG-Kommission vom 31. März 1965; Dok. 219, Anm. 14.

Minister *Schmücker* unterrichtete sodann die französischen Gäste über die Vorbereitungen auf deutscher Seite zur Bildung von deutsch-französischen Studienkommissionen im Bereich der Wirtschaft.<sup>11</sup>

Minister *Giscard d'Estaing* schlug vor, das erste Gespräch zwischen der von ihm gebildeten Gruppe, an der neben seinem Ministerium auch das Industrieministerium beteiligt sei, aus Anlaß des Besuchs von Minister *Schmücker* am 25. Juni 1965 in Paris stattfinden zu lassen. Der Vorschlag wurde von Minister *Schmücker* mit größter Genugtuung aufgenommen.

Auf Bitten von Minister *Schmücker* legte Minister *Giscard d'Estaing* die französischen Überlegungen zu der Europäischen Aktiengesellschaft dar. Er unterstrich, daß die französische Regierung den Gedanken einer Bildung der Gesellschaft auf europäischer Rechtsbasis mit europäischer Gerichtsinanz aufgegeben habe und identisch-nationalen Gesetzgebungen nach Vorbild eines in Brüssel zu findenden Schemas vorzöge. Er regte an, diesen Punkt bei der nächsten Ratstagung<sup>12</sup> zu erörtern. Staatssekretär *Langer* widersprach der Behandlung dieses Punktes bei der nächsten Ratstagung, da die Bildung einer solchen Gesellschaft das innenpolitisch schwerwiegende deutsche Problem des Mitbestimmungsrechts aufwerfe, über das man jetzt nicht in der Öffentlichkeit diskutieren solle und das längere Zeit zur Lösung bedürfe.

VS-Bd. 2389 (I A 1)

<sup>11</sup> Dazu bemerkte Ministerpräsident Pompidou in der Plenarsitzung am 11. Juni 1965: „Die Minister *Schmücker* und *Giscard d'Estaing* würden den Unternehmensverbänden ihrer Länder klarmachen, welche Bedeutung die beiden Regierungen der engen Zusammenarbeit der Industrie beider Länder beimäßen. Erste Absprachen hätten mit den Herren *Berg* und *Villier* schon stattgefunden.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung des Referats I A 1 vom 9. Juli 1965; VS-Bd. 8428 (Ministerbüro); B 150, Akenkopien 1965.

Zum Stand der Beratungen in der Bundesrepublik vgl. den Zweiten Bericht der Interministeriellen Kommission der Bundesregierung vom 1. Juni 1965; VS-Bd. 8427 (Ministerbüro); B 150, Akenkopien 1965.

<sup>12</sup> Der EWG-Ministerrat tagte vom 14. bis 16. Juni 1965 in Brüssel. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1965, Z 138.

## 246

**Gespräch des Bundeskanzlers Erhard  
mit Staatspräsident de Gaulle**

Z A 5-67.A/65 geheim

12. Juni 1965<sup>1</sup>

Der Herr Bundeskanzler führte am 12. Juni 1965 um 9.00 Uhr ein drittes Gespräch unter vier Augen mit dem französischen Staatspräsidenten de Gaulle. Der Herr *Bundeskanzler* kam auf das Gespräch vom Vortag<sup>2</sup> zu sprechen und sagte, es sei beabsichtigt gewesen, die Frage der Vier-Mächte-Verantwortung und der europäischen Beteiligung an der Wiedervereinigung noch weiter zu diskutieren. Obschon diese Angelegenheit nicht aktuell sei, stelle sie doch ein Prinzip dar, das bisher ein Pfeiler der Politik gewesen sei.

General *de Gaulle* betonte, er sei überzeugt, daß die Hauptverantwortung für die gesamte Deutschland-Frage den vier Mächten zufalle. Dies sei selbstverständliches Prinzip. Sollte es jemals eine Lösung geben, so habe er am Vortage bereits gesagt, daß ein derartiges Problem nicht beigelegt werden könne, wenn nicht alle Nachbarn an seiner Regelung teilnähmen. Dies sei zweifellos im Interesse Frankreichs und seines Erachtens auch im Interesse Deutschlands, denn beide Länder lägen in Europa, und wenn es eines Tages zu einer Einigung über Deutschland komme, so müsse es notwendigerweise eine europäische Einigung sein. Selbstverständlich sei es notwendig, daß die Vereinigten Staaten daran teilnähmen. Es bliebe aber im wesentlichen eine europäische Regelung, sonst sei eine wirkliche Regelung überhaupt nicht denkbar. Die einzig andere Regelung wäre, daß sich Amerika und Rußland praktisch über Deutschland arrangierten, und das wäre nicht tragfähig, sondern liefe auf ein neues Jalta<sup>3</sup> hinaus. Er glaube, daß man dieser Tatsache ins Auge blicken müsse, daß Deutschland, das im Herzen Europas liege, angesichts der Vergangenheit, der Gegenwart und der Zukunft Gegenstand einer europäischen Regelung mit amerikanischer Beteiligung sein werde. Jede Politik, die den Anschein erwecke, als wolle sie aus einer solchen Regelung Staaten wie Polen, Tschechoslowakei, Rumänien, Jugoslawien usw. ausschließen, wäre seines Erachtens keine angemessene Politik. Die Bundesregierung habe nun auf einer Drei-Mächte-Erklärung (mit Zustimmung der Bundesregierung) bestanden. Frankreich habe dagegen keine Einwände erhoben, und so sei die Erklärung auch zustande gekommen. Frankreich habe aber Wert darauf gelegt, in dieser Erklärung (und die Bundesregierung habe dem zugestimmt gehabt) zu erwähnen, daß die Europäer, auch jene, die diese Erklärung nicht unterzeichnet hätten, berücksichtigt werden müßten.<sup>4</sup> Dies entspreche dem gesunden

<sup>1</sup> Durchdruck.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Kusterer am 15. Juni 1965 gefertigt.

<sup>2</sup> Vgl. Dok. 244.

<sup>3</sup> An der Konferenz von Jalta vom 4. bis 11. Februar 1945 nahmen die USA, Großbritannien und die UdSSR teil.

<sup>4</sup> Vgl. dazu Dok. 187, besonders Anm. 17–19.

Menschenverstand, und daran solle man sich halten. Nur auf diesem Weg sei eine Lösung überhaupt denkbar angesichts der Entwicklung in den Vereinigten Staaten, die dazu führe, daß die Amerikaner eines Tages nach Hause gingen, angesichts auch der Entwicklung im Osten und der möglichen Fortsetzung dieser Entwicklung wegen China, wegen Wirtschaftsschwierigkeiten und wegen des Freiheitsdranges, der sich in den totalitären Ländern bemerkbar mache. Eine solche Lösung brauche Zeit und werde nicht so schnell eintreten. Bis dahin verstehe er sehr wohl, wenn die Bundesregierung immer wieder die Wiedervereinigungsfrage in den Vordergrund stelle. Frankreich habe sich niemals gegen eine Wiedervereinigung ausgesprochen, im Gegenteil. Abgesehen aber von solchen Erklärungen, die für die Bundesregierung befriedigend sein könnten, weil sie den Augenblickserfordernissen und, wenn er so sagen dürfe, auch den Wahlerfordernissen Genüge leisteten, sehe er im Augenblick jedoch keine Möglichkeit zur Lösung des Problems. Dennoch werde man eines Tages sich entscheiden müssen, die Frage mit dem Osten aufzunehmen, doch sei das noch nicht für morgen. Dies habe er bereits in Rambouillet gesagt<sup>5</sup>, habe es öffentlich erklärt<sup>6</sup> und wiederhole es nunmehr.

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte, es möge formalistisch erscheinen, wenn er sage, es komme ganz darauf an, was man unter Beteiligung verstehe. Eine Auslegung dieses Begriffs zum jetzigen Zeitpunkt scheine jedoch nicht angebracht. Er wolle nur sagen, daß er sich die Europäer nicht am Tisch der vier Mächte vorstellen könne. Was die Drei-Mächte-Erklärung anbelange, so habe er sie niemals unter Wahlgesichtspunkten gesehen. Die Russen aber sagten etwas hundertmal, bis der Westen es zehnmal sage, und das deutsche Volk hätte die Erinnerung daran gebraucht, daß es nicht alleine stehe. Andererseits sollte man solche Erklärungen nicht allzu oft wiederholen. Inzwischen habe General de Gaulle mit dem russischen Botschafter<sup>7</sup> sprechen können. Die Bundesregierung habe schlechte Beziehungen zur Sowjetunion. Er habe zwar seine Einladung an Kossygin<sup>8</sup> wiederholt, die nicht abgelehnt worden sei, die aber doch erkennbar in den Papierkorb gewandert sei. Die Bundesregierung habe den Eindruck, daß die Russen härter geworden seien. Dies sei nicht notwendigerweise ein Zeichen der Stärke, es könne genauso gut ein Zeichen der Ungewißheit sein. Er fürchte nur, wenn der Westen zu sehr um die Satelliten werbe, würde Rußland seinen Griff auf diese Satelliten verstärken. General de Gaulle wisse, daß in der deutschen Presse eine Diskussion über das französisch-russische Verhältnis entstanden sei.<sup>9</sup> Dies bedeute zwar nicht, daß Frankreich etwa einen wirklich anderen Weg gehen könne, doch frage man sich, welche möglichen Entwicklungen hier vorhanden seien. Charakteristisch sei, daß Gomulka erklärt habe, selbst wenn die Oder-Neiße-Linie als endgültig betrachtet würde, gäbe es doch immer noch zwei deutsche Staaten, die sich

<sup>5</sup> Für die Ausführungen des französischen Staatspräsidenten am 19. Januar 1965 in Rambouillet vgl. Dok. 22.

<sup>6</sup> Vgl. die Ausführungen des französischen Staatspräsidenten auf der Pressekonferenz vom 4. Februar 1965; Dok. 64, Anm. 16.

<sup>7</sup> Valerian A. Sorin.

<sup>8</sup> Vgl. dazu Dok. 94.

<sup>9</sup> Vgl. dazu auch Dok. 156, Anm. 9.

untereinander einigen müßten.<sup>10</sup> Die Ausführungen Gromykos zur Oder-Neiße-Linie seien von französischer Seite nicht zurückgewiesen worden.<sup>11</sup> Der Herr Bundeskanzler fragte, wie General de Gaulle die sowjetische Haltung gegenüber dem Westen heute sehe.

General *de Gaulle* führte aus, seines Erachtens gebe es letzten Endes zwei Elemente, welche die sowjetische Politik heute bestimmten. Einerseits habe Rußland den Ehrgeiz zur Beherrschung Westeuropas aufgegeben, der nach dem Kriege das eigentliche Ziel der Sowjetrussen gewesen sei und sich in Berlin und in der allgemeinen ideologischen Haltung manifestiert habe. Dieser Wille zur Herrschaft über Westeuropa sei sehr viel geringer geworden, wenn nicht ganz verschwunden. Er glaube nicht, daß die Russen es immer noch für möglich hielten, Westeuropa zu beherrschen. Damit aber finde Rußland andererseits den Status quo (die Teilung Deutschlands) befriedigend. Der ungewisse Zustand Deutschlands, das seine Wiedervereinigung fordere, das vielleicht neue Grenzen de jure im Verhältnis zu den de-facto-Grenzen fordere, sei für Rußland zufriedenstellend, weil damit Rußlands Griff über die Polen und Tschechen, in gewissem Sinne auch die Rumänen willentlich oder gemußt aufrechterhalten werde. Dieser doppelte Faktor (Verzicht auf Beherrschung Westeuropas und Zufriedenheit mit dem Status quo) erkläre die russische Politik. Amerika gegenüber erhoffe sich Rußland eines Tages ein Arrangement, und wenn Amerika zu einem solchen Arrangement bereit sei, so würden die Russen fordern, daß der Status quo die Grundlage bilde. Wie weit die Amerikaner zu einer Hinnahme des Status quo bereit sein würden, wisse er nicht. Es hänge von den weiteren Weltereignissen ab. Jedenfalls sei die einzige für Rußland akzeptable Grundlage eines russisch-amerikanischen Arrangements der Status quo. Frankreich dagegen sei der Auffassung, daß der Status quo nicht ewig fort dauern könne. Das zu denken stelle ein gewisses Verdienst Frankreichs dar, denn die Einigung Deutschlands sei Frankreich teuer zu stehen gekommen. Trotzdem wolle es angesichts der Erfahrungen der Vergangenheit vernünftig sein und sei der Auffassung, daß der heutige Zustand Deutschlands nicht ewig andauern könne. Ihn aufrechtzuerhalten verhindere das Zustandekommen eines echten Friedens in Europa und einer wirklichen Verständigung der Europäer. Eine solche Verständigung müsse das ganze Europa umfassen und sei wesentliche Voraussetzung für den Frieden, die Entwicklung und das Vorgehen Europas gegenüber der übrigen Welt (China, Afrika, Amerika). Diese gesamteuropäische Verständigung müsse das Endziel darstellen. Genau das erkläre Frankreich den Sowjets und sage es ihnen öffentlich, daß Rußland eines Tages sich mit dem Westen und insbesondere Westeuropa über das Deutschland-Problem einigen müsse. Diese Einigung aber müsse notwendigerweise die Einheit Deutschlands bedeuten, weil diese Einigung sonst nicht einen wirklichen Frieden herbeiführen würde. Nun dürfe man sich aber nicht täuschen, daß die Sowjets und die Satellitenstaaten niemals eine Veränderung der derzeitigen Grenzen Deutschlands akzeptieren würden. Es er-

<sup>10</sup> Vgl. dazu die Ausführungen des Ersten Sekretärs des ZK der PVAP am 8. Mai 1965 in Breslau; DzD IV/11, S. 571–574 (Auszug).

<sup>11</sup> Zu den Ausführungen des sowjetischen Außenministers am 30. April 1965 in Paris und zur französischen Reaktion vgl. Dok. 196.



scheine daher Frankreich nicht praktisch, zu sagen oder durchblicken zu lassen, daß diese Grenzen verändert werden müßten.<sup>12</sup> Darüber hinaus glaubten die Franzosen nicht, daß Deutschlands Einheit jemals möglich sei, wenn Deutschland direkt oder indirekt als militärische Atommacht dastehe.<sup>13</sup> Die Frage Deutschlands als Atommacht aufzuwerfen, sei daher schlechter Boden für eine Erörterung der Wiedervereinigung. Natürlich wisse er nicht, was im nächsten Jahrhundert passieren werde, wo möglicherweise ein wiedervereinigtes Deutschland in einer europäischen Entwicklung nicht mehr denselben Beschränkungen unterworfen sein würde wie heute, was die Atommacht und die Grenzen anbelange. So wie aber die Welt und Europa heute geartet seien, werde man sich nur unter diesen Bedingungen mit dem Osten jemals über eine Regelung der Deutschland-Frage einigen können. All das aber sei im heutigen Zeitpunkt noch sehr theoretisch, denn im Augenblick sei nicht vorstellbar, daß der Osten die Einheit Deutschlands akzeptiere, es sei denn, man zermalme den Osten durch einen Krieg, was aber niemand wolle und schon gar nicht die Amerikaner. So könne denn die Einigung Deutschlands durch ein solches Abkommen mit dem Osten erreicht werden, jedoch nur unter den genannten Bedingungen. Dies sei die Überzeugung Frankreichs, und das habe er schon in Rambouillet gesagt. Damit aber erkläre sich auch die französische Haltung. Wenn die französische Regierung mit Gromyko spreche und dieser frage, wie es denn um Deutschland stehe, so erkläre er ihm genau das, was er eben dem Herrn Bundeskanzler gesagt habe, daß nämlich Frankreich für die Einheit Deutschlands sei, daß dazu aber eine sowjetische Zustimmung erforderlich sei. Folglich brauche es Zeit, denn auch Rußland entwickle sich. Darauf erwidere Gromyko, daß Rußland niemals eine Veränderung der augenblicklichen Grenzen akzeptieren werde, daß es niemals hinnehmen werde, daß Deutschland, wenn auch indirekt, Atommacht würde, und daß es immer zwei deutsche Staaten haben wolle, die ja tatsächlich schon bestünden. Daraufhin erkläre er (de Gaulle) ihm, daß Frankreich der Auffassung sei, daß es nicht immer zwei deutsche Staaten geben könne, ja daß es gar nicht zwei deutsche Staaten gebe. Was aber die Grenzen und Deutschland als Atommacht anbelange, so glaube Frankreich, wenn diese Fragen aufgeworfen würden, könne eine Einigung nicht zustande kommen, folglich werfe Frankreich diese Fragen nicht auf.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, die Behandlung der Satellitenstaaten hänge natürlich weitgehend mit diesen Dingen zusammen. Was die Frage Deutschlands als Atommacht anbelange, so habe die Bundesregierung niemals gefordert, originäre Atommacht zu werden, sondern lediglich verlangt, im Falle eines Angriffs von seinen Freunden mit denselben Waffen geschützt zu werden. Er selbst denke mit Schrecken an eine Zeit, wo Atomwaffen billiger herzustellen wären und somit auch die kleineren Länder in ihren Genuß kämen. Deutschland werde, was die Atomwaffen anbelange, in der falschen Perspektive betrachtet. Man mache sich auf deutscher Seite Gedanken, wie man die Satellitenstaaten behandeln solle.<sup>14</sup> Er selbst befürchte etwas, daß die

<sup>12</sup> Zur französischen Haltung zur Oder-Neiße-Linie vgl. Dok. 197, Anm. 18.

<sup>13</sup> Zu dieser Auffassung vgl. Dok. 197, Anm. 19.

<sup>14</sup> Vgl. dazu zuletzt Dok. 221.

freie Welt im Wettlauf nicht nur um die Verstärkung des Handels (was gut wäre), sondern um die Gewährung langfristiger Kredite an diese Länder<sup>15</sup> ihnen die Möglichkeit geben könnte, die westliche Position zu unterminieren. Die Bundesregierung erlebe dies sehr deutlich mit der SBZ, denn es sei kein Zweifel, daß die gesteigerte Aktivität Ulbrichts auch auf die Gewährung von Krediten zurückzuführen sei. Fahre der Westen fort, im gleichen oder noch stärkerem Maße langfristige Kredite anzubieten, so befürchte er, daß diese Länder zur Rückzahlung nicht fähig sein würden. Damit aber könne sehr leicht die Lage eintreten, wie man sie auch im bürgerlichen Leben manchmal habe, daß der Schuldner stärker ist als der Gläubiger, der, will er nicht alles verlieren, weiter alimentieren müsse. Er schlage daher vor, zu einer Verständigung und Harmonisierung zu gelangen. Dazu reiche der bilaterale Rahmen nicht aus, doch wäre bilateral schon ein Anfang zu machen. In solchen Überlegungen müsse wohl differenziert werden zwischen der SBZ einerseits und den Satelliten andererseits.<sup>16</sup> Wer immer in Ländern wie Tschechoslowakei, Polen und Ungarn herrsche, so seien jene Völker doch immer noch Staatsvölker, während die SBZ gar keine eigene Nationalität genieße. Wohin der westliche Wettlauf führen könne, habe man in den arabischen Ländern gesehen. Nasser sei mit dem Rücken zur Wand gestanden, als Ulbricht ihm 350 Millionen geboten habe<sup>17</sup>, die Ulbricht auch nicht aus eigener Kraft hätte geben können. Man stelle fest, daß die Sowjets versuchten, Herrn Ulbricht hoffähig zu machen. Die Bundesregierung habe ihre Schwierigkeiten in Tansania<sup>18</sup> und werde sie vielleicht in Indonesien<sup>19</sup> bekommen. Er glaube daher, daß der Westen sich einigen sollte über die Kredit- und Handelspolitik gegenüber diesen Ländern und dabei klar unterscheiden müsse zwischen der SBZ und den Satelliten. Man sollte auch einmal rein geschäftsmäßig untersuchen, ob jene Länder überhaupt jemals zur Rückzahlung von Krediten fähig wären. Seien sie dies nicht, dann müsse man daraus auch die Konsequenzen ziehen, die sogar politisch sein könnten.

General *de Gaulle* unterstrich, daß man selbstverständlich bei den Wirtschaftsbeziehungen mit dem Osten vorsichtig vorgehen müsse. Dies gelte sicherlich für Frankreich, das gar nicht die Mittel habe, anders als vorsichtig zu operieren. Man dürfe auch die Abkommen Frankreichs mit Polen, Tschechoslowakei, Ungarn und Rumänien<sup>20</sup> nicht in einen Topf werfen mit gewissen Beziehungen, die auf der Leipziger Messe mit der SBZ erstellt wurden. Auch die Bundesrepublik betreibe ziemlich umfangreichen Handel mit der SBZ, doch liege dieser nicht auf derselben Ebene und sei daher nicht vergleichbar. Er wolle betonen, daß bisher die Rückzahlungen aus französischen Wirt-

<sup>15</sup> Zur Kreditgewährung an Ostblock-Staaten vgl. Dok. 123.

<sup>16</sup> Vgl. dazu auch Dok. 233.

<sup>17</sup> Zur Kreditgewährung der DDR an die VAR vgl. Dok. 116, Anm. 26.

<sup>18</sup> Vgl. dazu Dok. 209 und weiter Dok. 250.

<sup>19</sup> Vgl. dazu Dok. 216.

<sup>20</sup> Den Wirtschaftsbeziehungen zwischen Frankreich und Polen lag ein Abkommen über Handel und Seeschifffahrt vom 22. Mai 1937 zugrunde. Mit der Tschechoslowakei wurde am 18. Mai 1948 ein Handelsabkommen abgeschlossen, mit Ungarn am 17. Juni 1963 ein Zusatzprotokoll zur Handelskonvention vom 13. Oktober 1925. Für Rumänien war ein Zusatzprotokoll vom 5. Januar 1932 zum Abkommen über Handel und Seeschifffahrt vom 27. August 1930 weiterhin in Kraft.

schaftsabkommen mit Rußland<sup>21</sup> und Polen und der Tschechoslowakei (viel sei es in keinem Falle) immer pünktlich eingegangen seien. Die Beziehungen mit jenen Ländern erschienen Frankreich im allgemeinen einen Einfluß ausüben zu können, der über das rein Praktische hinausgehen könne. Psychologisch und sogar politisch seien diese Beziehungen nicht ohne Bedeutung, wenn es gelinge, wenigstens in dieser Richtung den Eisernen Vorhang zu heben. Vorsichtig müsse man allemal sein. Das schließe aber nicht aus, daß diese Politik doch ihr Gutes habe. Das Abkommen mit Rußland über das Farbfernsehen<sup>22</sup> zum Beispiel sei im selben Zusammenhang zu sehen. Frankreich finde darin seine Vorteile genauso wie Rußland, doch würden die Prinzipien dadurch nicht berührt. Dennoch könnten derartige Dinge Konsequenzen haben, die sich günstig auf eine gesamteuropäische Verständigung auswirkten. Man solle mit anderen Worten in den Beziehungen zum Osten nicht verschlossen und feindselig sein, andererseits aber auch Vorsicht walten lassen. Jedenfalls glaube Frankreich (und es sei in diesem Glauben nicht alleine), daß ein Prozeß der allgemeinen Entwicklung der Beziehungen eingesetzt habe, der nicht zum Nachteil gereichen könne.

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte, er könne eine Meinungsverschiedenheit nicht feststellen. Er wolle lediglich sagen, daß es im westlichen Interesse liege, koordinierter vorzugehen. Was den Interzonenhandel anbelange, so sei dieser von deutscher Seite niemals als Geschäft aufgefaßt worden, zumal die Bundesrepublik gezwungen sei, kaum absatzfähige Produkte einzuhandeln. Dennoch habe die Bundesrepublik am Interzonenhandel festgehalten, um der Bevölkerung drüben das Gefühl zu geben, daß sie nicht abgeschieden sei. Der Interzonenhandel sei auch bedeutsam für die SBZ, da Stahl- und Walzprodukte sowie chemische Erzeugnisse geliefert würden, so daß die SBZ an einer Aufrechterhaltung dieses Handels interessiert sei. Da der Interzonenhandel für die SBZ lebenswichtig sei, habe die Zone auch vor einem völligen Abschneiden des Berlin-Zugangs haltgemacht.<sup>23</sup> Nunmehr spüre die Bundesregierung aber mehr und mehr ein Nachlassen des Zoneninteresses am Interzonenhandel, da die SBZ die gleichen Waren von anderen Ländern beziehen könne.<sup>24</sup> Seines Erachtens sei dies aber kein stabilisierender Faktor und bereite nicht den Boden für die Wiedervereinigung vor, denn das Interesse der Machthaber in der Zone an der Wiedervereinigung werde nur um so geringer. All das lasse sich sogar statistisch nachweisen.

Der Herr Bundeskanzler fügte dann hinzu, er wolle sein Vorgehen im Nahen Osten noch kurz erläutern. Die ganze Sache habe damit angefangen, daß die Russen Herrn Nasser (der sehr in Bedrängnis gewesen sei) viel Geld angeboten hätten, vorausgesetzt, daß Nasser Herrn Ulbricht zum Staatsbesuch ein-

<sup>21</sup> Zum französisch-sowjetischen Handelsabkommen vom 30. Oktober 1964 vgl. *L'ANNÉE POLITIQUE* 1964, S. 298 f.; *EUROPA-ARCHIV* 1964, Z 232.

<sup>22</sup> Zum französisch-sowjetischen Abkommen vom 22. März 1965 über die Zusammenarbeit bei der Entwicklung des Farbfernsehens vgl. Dok. 150, Anm. 26.

<sup>23</sup> Zum Zusammenhang zwischen Interzonenhandel und dem Zugang nach Berlin (West) vgl. Dok. 222.

<sup>24</sup> Vgl. dazu Dok. 202, Anm. 24.

lade.<sup>25</sup> Außer den 1,1 Milliarden von russischer Seite habe Ulbricht weitere 350 Millionen gebracht. Während des mit allem Pomp eines Staatsbesuches aufgezogenen Programms sei dann auch die Einrichtung eines ägyptischen Generalkonsulats in Pankow beschlossen worden.<sup>26</sup> Die Bundesregierung habe dies nicht hinnehmen können und somit reagieren müssen. Die Hallstein-Doktrin besage nun nicht notwendigerweise, daß in einem solchen Falle die diplomatischen Beziehungen von seiten der Bundesrepublik abubrechen seien, sondern vielmehr, daß die Bundesregierung ihre Beziehungen zu jenem Land überprüfen würde. In der Praxis sei es jedoch so gewesen, falls die Bundesregierung den Alleinvertretungsanspruch aufgegeben hätte, hätte sich der Strom nicht aufhalten lassen. Die Frage sei nun gewesen, wie man reagieren solle. Zunächst sei die Wirtschaftshilfe an Ägypten eingestellt worden.<sup>27</sup> Bei der Überlegung, ob die diplomatischen Beziehungen abgebrochen werden sollten, sei zu berücksichtigen gewesen, daß dann Nasser bei den arabischen Ländern unvorhersehbare Reaktionen hätte auslösen können. An einem Sonntag habe er (der Herr Bundeskanzler) für sich alleine eine völlig andere Entscheidung getroffen, nämlich nicht unmittelbar den arabischen Ländern gegenüber zu reagieren, sondern Israel die Aufnahme diplomatischer Beziehungen anzubieten<sup>28</sup>, wobei als Gegenleistung Israel die Einstellung der deutschen Waffenlieferungen akzeptiert habe. Er selbst habe bei seiner Amtsübernahme ein Abkommen vorgefunden für die Lieferung deutscher Waffen nach Israel.<sup>29</sup> Er glaube nun, daß der Waffenhandel für Deutschland nicht das Richtige sei. Israel habe die Aufnahme diplomatischer Beziehungen angenommen<sup>30</sup>, die tatsächlich im kommenden Monat errichtet werden sollten.<sup>31</sup> Natürlich habe die Bundesregierung eine Reaktion der arabischen Staaten erwartet. Zehn arabische Staaten hätten denn auch die Beziehungen abgebrochen<sup>32</sup>, jedoch keine Beziehungen zu Pankow aufgenommen (nicht einmal Nasser). Wie die Bundesregierung in Erfahrung gebracht habe, sei auch diese Entscheidung in vielen arabischen Ländern nur mit Zähneknirschen getroffen worden, und Deutschland erwarte, daß die derzeitige Situation nicht allzu lange anhalten werde. Bei dieser Gelegenheit wolle er General de Gaulle dafür danken, daß Frankreich sich bereit erklärt habe, in fünf Ländern als Schutzmacht zu wirken.<sup>33</sup> Natürlich sei die Bundesregierung sehr daran interessiert, Näheres über die Entwicklung in jenen Ländern zu erfahren. Er selbst glaube, daß die

<sup>25</sup> Vgl. dazu Dok. 10, Anm. 8.

<sup>26</sup> Zum Besuch des Staatsratsvorsitzenden Ulbricht vom 24. Februar bis 2. März 1965 in der VAR vgl. Dok. 104.

Zur geplanten Errichtung eines Generalkonsulats der VAR in Ost-Berlin vgl. Dok. 236, Anm. 7, und weiter Dok. 284.

<sup>27</sup> Zur Entscheidung der Bundesregierung vom 15. Februar 1965, die Wirtschaftshilfe an die VAR einzustellen, vgl. Dok. 81, Anm. 16.

<sup>28</sup> Zum Beschluß vom 7. März 1965 vgl. Dok. 115, Anm. 7.

<sup>29</sup> Zu den Absprachen über die Waffenlieferungen an Israel vgl. Dok. 2.

<sup>30</sup> Zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Israel am 12. Mai 1965 vgl. Dok. 200.

<sup>31</sup> Der erste Botschafter der Bundesrepublik in Israel, Pauls, überreichte sein Beglaubigungsschreiben am 19. August 1965, der israelische Botschafter in der Bundesrepublik, Ben Natan, am 24. August 1965.

<sup>32</sup> Vgl. dazu Dok. 203.

<sup>33</sup> Vgl. dazu Dok. 218, Anm. 5.

von ihm getroffene Entscheidung eine gute Lösung gewesen sei. Im Zusammenhang mit der Verlängerung der Verjährungsfrist<sup>34</sup> und der Verabschiedung des Schlußgesetzes für die Wiedergutmachung<sup>35</sup> sei somit jetzt der Boden vorbereitet, einen neuen Anfang zu machen.

General *de Gaulle* führte aus, nach französischer Auffassung habe der Herr Bundeskanzler in der delikaten und komplizierten Nahostkrise letztlich gut manövriert und eigentlich das Beste daraus gemacht. Natürlich erhalte Herr Nasser sehr viel Hilfe von den Sowjets, habe im übrigen auch von den Amerikanern und weitgehend von deutscher Seite Hilfe erhalten, allerdings nicht von Frankreich, weil durch die Suezkrise<sup>36</sup> die Beziehungen unterbrochen gewesen seien. Inzwischen habe Frankreich seine diplomatischen Beziehungen wieder aufgenommen<sup>37</sup> und habe insbesondere einige kulturelle Beziehungen mit Ägypten. Herr Nasser selbst sei ein ehrgeiziger Mann, der sich gleichzeitig in einer höchst schwierigen Lage befinde. Ehrgeizig zu sein finde bei den Arabern niemals Grenzen und führe nie zu sehr positiven Ergebnissen, so daß die ganze Sache wie alle arabischen Geschichten in einem Mythos ende. Nasser befinde sich in der Zwickmühle, eine sehr darniederliegende Nation am Leben zu erhalten, besitze keinerlei natürliche Hilfsquellen (kein Öl, keinen Bergbau, nur etwas Baumwolle) und sehe sich der armseligen Masse gegenüber, so daß jede Verbesserung der Wirtschaftslage durch die Steigerung der Geburtenrate sofort wieder aufgefressen werde. Nasser nehme also alles, was er bekommen könne, insbesondere von den Sowjets, die ihm viele Waffen geliefert hätten, den Assuandamm finanzierten<sup>38</sup> und so weiter. Damit hätten die Sowjets aber Nasser in der Hand gehabt und ihm leicht eine Einladung Ulbrichts aufoktroyieren können. Nun glaube er jedoch, daß Nasser nicht ins Extrem gegangen sei, denn er habe keine diplomatischen Beziehungen mit Pankow aufgenommen. Unabhängig von Nasser wünschten die anderen arabischen Staaten etwas Derartiges ebenfalls nicht. Dies sei der erste Punkt. Er glaube, daß die Bundesrepublik mit den Arabern zu einem gewissen wirtschaftlichen und praktischen *Modus vivendi* kommen werde. Die Frage diplomatischer Beziehungen liege auf anderer Ebene und werde später zu prüfen sein. Wahrscheinlich aber werde sich in der Praxis erweisen, daß die Bundesrepublik ihre Wirtschaftsströme in den Nahen Osten aufrechterhalten oder wiedergewinnen könne. Damit habe der Herr Bundeskanzler gut manövriert und den Schaden so gering wie möglich gehalten.

Zu Israel erklärte General *de Gaulle*, die Bundesregierung habe nunmehr diplomatische Beziehungen ins Auge gefaßt, die als vollendete Tatsache gelten könnten. Israel sei ein Land, das im übrigen nicht Frankreich geschaffen habe, sondern Amerika, England und auch Rußland. Es bestehe jedoch heute<sup>39</sup>,

<sup>34</sup> Vgl. dazu zuletzt Dok. 142, Anm. 5.

<sup>35</sup> Vgl. dazu Dok. 32, Anm. 4.

<sup>36</sup> Zur Suez-Krise von 1956 vgl. Dok. 112, Anm. 17.

<sup>37</sup> Die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Frankreich und der VAR erfolgte am 11. April 1963.

<sup>38</sup> Vgl. dazu Dok. 10, Anm. 8.

<sup>39</sup> Der Staat Israel wurde am 14. Mai 1948 proklamiert.

und Frankreich unterhalte zu diesem Land diplomatische Beziehungen.<sup>40</sup> Während der Algerien-Krise<sup>41</sup> habe die Vierte Republik die Beziehungen mit Israel forciert, um damit die Araber anzugreifen. Er selbst habe diese Politik aufgegeben und verfolge eine vorsichtigere Politik in den Beziehungen mit Israel. Vor allem übertreibe Frankreich nicht und stachle die Israelis nicht an, sondern versuche eher einen beruhigenden Einfluß auszuüben. Er halte dies auch für die beste Politik. Deutschland habe sich mit den Israelis geeinigt, habe ursprünglich ein Waffenabkommen gehabt, weil die Amerikaner dies von Deutschland verlangt hätten, doch der Herr Bundeskanzler sage ihm, daß er dieses Abkommen nicht fortsetzen wolle. Frankreich liefere noch einige Waffen, gehe jedoch sehr vorsichtig dabei vor. Das Ganze sei eine Frage des Gleichgewichts. Es sei gut, mit den Israelis Beziehungen zu haben, doch dürfe man sich von ihnen nicht übertölpeln lassen. Die Israelis seien sehr geschickt und ziemlich ausgekocht, wenn es darum gehe, etwas einzuheimsen, vor allem, wenn es darum gehe, sich den Anschein zu geben, daß man etwas eingeheimst habe, und machten danach eine große Propaganda bei den Arabern. Man müsse also bei den Beziehungen mit ihnen vorsichtig vorgehen. Dennoch sei es keineswegs falsch gewesen, die diplomatischen Beziehungen aufzunehmen. Schließlich und letztlich sei die gesamte Problematik des Nahen Ostens für Deutschland nicht lebenswichtig. Der Herr Bundeskanzler habe gut manövriert, und in der Praxis seien die Dinge nicht zu weit getrieben. Jedenfalls werde Deutschland auch weiterhin mit dem Nahen Osten seine Geschäfte machen können. Die diplomatischen Beziehungen seien eine Frage, die später zu prüfen sein werde.

Der Herr *Bundeskanzler* wies darauf hin, vom deutschen Gesichtspunkt aus nähme sich das Problem Israel und des jüdischen Volkes etwas anders aus, und die Bundesregierung sei glücklich, diese Frage beigelegt zu sehen. In diesem Zusammenhang sei eine Sache interessant gewesen. Das deutsche Volk werde manchmal verdächtigt, daß es neue nationalistische Züge entwickle. Für ihn selbst sei es sogar gewissermaßen überraschend gekommen, daß keine seiner politischen Maßnahmen so einstimmige Zustimmung des deutschen Volkes gefunden habe wie die Aufnahme der Beziehungen zu Israel. Er sei überrascht gewesen, weil auch er, zwar nicht ernsthaft, aber doch immerhin latent, gewisse nationalistische Orientierungen befürchtet habe. Die Nahostkrise habe aber gezeigt, daß dem nicht so sei.

General *de Gaulle* bedankte sich für diesen Hinweis.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte dann, angesichts der Zeitnot möchte er gerne noch zwei Punkte kurz ansprechen. Zunächst wolle er noch einmal das Problem eines europäischen Gipfeltreffens aufwerfen<sup>42</sup> und fragen, was man gemeinsam erklären könne. Viele Europäer seien der Auffassung, daß die Wirtschaftsgemeinschaft nur ein Teil des europäischen Vorhabens sei, und sie fragten sich, was dieses Europa denn eigentlich darstelle. Somit sei zu überle-

<sup>40</sup> Frankreich nahm am 1. Februar 1949 diplomatische Beziehungen mit Israel auf.

<sup>41</sup> Am 1. November 1954 begann der Algerien-Krieg, nachdem die „Front de Libération Nationale“ um Ali Ben Bella einen Aufstand ausgelöst hatte. Der Krieg endete am 18. März 1962 mit dem Abkommen von Evian. Vgl. dazu Dok. 107, Anm. 17.

<sup>42</sup> Vgl. dazu auch Dok. 244.

gen, wie man dieses plastischer darstellen könne. Er habe gemeint, eine Gipfelkonferenz könne dieses Europa aufleuchten lassen. Wenn nun nach der Konsultation darüber nichts ausgesagt würde, dann erscheine es so, als sei das Projekt in der Versenkung verschwunden, was schlecht wäre.

General *de Gaulle* bemerkte, nach französischer Auffassung müsse man zunächst die Brüsseler Frage regeln. Dazu sei es erforderlich, daß sich Frankreich und Deutschland zunächst über ihre Position in der Verhandlung einigten. Der Herr Premierminister habe dem Herrn Bundeskanzler davon bereits am Vormittag gesprochen.<sup>43</sup>

Einige man sich heute, eine gemeinsame Position zu finden und die Verhandlung zum Ende dieses Monats in Brüssel abzuschließen, dann könne man ankündigen, daß man eine europäische Gipfelkonferenz vor Ende dieses Jahres herbeiführen wolle.<sup>44</sup>

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er stimme dem zu, doch sei es ihm unmöglich, auch nur den Anschein zu erwecken, als ob er in Brüssel irgendwelche Positionen geopfert habe, nur um ein Gipfeltreffen zu ermöglichen.<sup>45</sup> Im übrigen meine er, daß der Glaube an Europa und an europäische Lösungen leichter im deutschen Volk zu verkaufen seien, je klarer erscheine, daß ein politischer Kern dahinterstecke.

Das Gespräch endete um 10.30 Uhr.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 14

<sup>43</sup> Bundeskanzler Erhard führte während der deutsch-französischen Regierungsbesprechungen zwei Gespräche mit dem französischen Ministerpräsidenten. Vgl. dazu Dok. 244, Anm. 2.

<sup>44</sup> Im Rückblick berichtete der Leiter des Außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt, Osterheld, daß zwar kein Kommuniqué geplant gewesen sei, wohl aber Presseerklärungen: „Diese Erklärungen sollten einen positiven Grundton haben und auch in Einzelfragen möglichst keine Gegensätzlichkeiten enthalten.“ Der deutsche Entwurf für eine Presseerklärung „hatte folgenden Inhalt: Übereinkunft zwischen Deutschland und Frankreich, den anderen EWG-Partnern eine Konferenz der Regierungschefs noch vor Ende des Jahres vorzuschlagen. Weitgehende Annäherung der Standpunkte über eine erweiterte Mitwirkung des Europäischen Parlaments. Deutsche Bereitschaft, den französischen Wunsch nach baldiger Verabschiedung der Finanzverordnungen in Brüssel zu unterstützen, wenn sichergestellt ist, daß die deutschen Zahlungsverpflichtungen 31 % nicht übersteigen, und wenn auf anderen Gebieten des Gemeinsamen Marktes gleichlautende Fortschritte erzielt werden. Einverständnis, die Vorschläge McNamaras zur Schaffung eines Sonderausschusses der NATO-Verteidigungsminister für atomare Fragen zu prüfen.“ Vgl. OSTERHELD, Außenpolitik, S. 204, und zum Inhalt des Entwurfs für die Presseerklärung besonders S. 205, Anm. 39.

<sup>45</sup> Zur Diskussion um die Regelung der in der EWG anstehenden Fragen vgl. weiter Dok. 248.

## Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr

St.S. 1055/65

12. Juni 1965<sup>1</sup>

Betr.: Behandlung der EWG-Fragen während des Besuchs des französischen Staatspräsidenten<sup>2</sup>

In der Behandlung der EWG-Fragen ergab sich eine erfreuliche Annäherung der beiderseitigen Standpunkte, die sich wie folgt zusammenfassen läßt:

1) Frankreich ist der Auffassung, daß die Zollunion nicht vor dem gemeinsamen Agrarmarkt geschaffen werden kann. Deutschland ist der Auffassung, daß der gemeinsame Agrarmarkt nicht vor der Zollunion geschaffen werden kann. Das bedeutet nach beiderseitiger Auffassung, daß Zollunion und Agrarmarkt gemeinsam geschaffen werden müssen. Dies sollte vor dem 1. Januar 1970 geschehen.<sup>3</sup>

2) Es besteht Übereinstimmung, daß auf den Fortfall der internen Zollgrenzen und die Harmonisierung der Umsatzsteuer in noch festzulegender Zeit der Fortfall der Steuergrenzen (Umsatz- und Verbrauchssteuern) folgen soll. Über die weitere Behandlung dieser Frage besteht weitgehende Übereinstimmung.<sup>4</sup>

3) Die gemeinsame Handelspolitik muß weiter vorangetrieben werden. Die Kennedy-Runde verdient hierbei besondere Aufmerksamkeit; beide Seiten wünschen deren positiven Abschluß.<sup>5</sup> Ferner stellt sich namentlich die Frage einer gemeinsamen Handelspolitik gegenüber den Ostblock-<sup>6</sup>, den Niedrigpreis- und den Entwicklungsländern.

<sup>1</sup> Durchdruck.

<sup>2</sup> Die Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr wurde in der Plenarsitzung am 12. Juni 1965 verlesen. Bundeskanzler Erhard stellte nach einem Bericht des Staatspräsidenten de Gaulle über die Ergebnisse der bisherigen Beratungen fest: „Er sei überrascht zu hören, daß schwierige EWG-Probleme einer Lösung sehr nahe seien. Er habe jedoch an den einzelnen Gesprächen nicht teilnehmen können. Die deutsche Seite habe ein Papier ausgearbeitet, das den deutschen Standpunkt erhellte. Dieses Papier wolle er jetzt für die französische Seite übersetzen lassen.“ Vgl. die Aufzeichnung des Referats I A 1 vom 9. Juli 1965; VS-Bd. 8428 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1965.

<sup>3</sup> Entsprechende Ausführungen machte der französischen Finanz- und Wirtschaftsminister Giscard d'Estaing in der Plenarsitzung am 11. Juni 1965. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung des Referats I A 1 vom 9. Juli 1965; VS-Bd. 8428 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1965. Vgl. auch das Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem französischen Außenminister Couve de Murville am 11. Juni 1965; Dok. 243.

<sup>4</sup> Vgl. dazu besonders das Gespräch der Bundesminister Schmücker und Dahlgrün mit dem französischen Finanz- und Wirtschaftsminister Giscard d'Estaing am 11. Juni 1965; Dok. 245.

<sup>5</sup> Zur Kennedy-Runde vgl. Dok. 238, Anm. 11.

Am Nachmittag des 11. Juni 1965 berichtete Bundesminister Schmücker aus einem Gespräch mit dem französischen Finanz- und Wirtschaftsminister Giscard d'Estaing: „Der Franzose habe sich positiv zur Kennedy-Runde geäußert, aber gewisse Vorbehalte gegen eine europäische Handelspolitik vorgebracht.“ Vgl. OSTERHELD, Außenpolitik, S. 201.

<sup>6</sup> Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Staatspräsident de Gaulle am 12. Juni 1965; Dok. 246.



4) Auch die übrigen wichtigen Bereiche der Wirtschaftsunion, wie zum Beispiel die Verkehrspolitik und die Energiepolitik, sollen so weit vorangetrieben werden, daß bei der Erreichung der Zollunion und des gemeinsamen Agrarmarktes auch hier die Phase des Gemeinsamen Marktes erreicht ist oder jedenfalls der Weg hierzu festgelegt ist.

5) Es besteht Einverständnis darüber, daß die Zolleinnahmen der Gemeinschaft zufallen sollen, sobald der Finanzbedarf der Gemeinschaft dies rechtfertigt. In der Zwischenzeit soll ein Ausgleichssystem zur gerechten Verteilung der Zolleinnahmen geschaffen werden.<sup>7</sup>

6) Es besteht Einigkeit, daß bis zum 30. Juni 1965 eine Finanzregelung gefunden werden soll, die sich an die am 30. Juni ablaufende Regelung anschließt. Die Dauer der neuen Regelung ist noch offen. Von deutscher Seite ist der Grundsatz der gerechten Lastenverteilung hervorgehoben worden. Die französische Seite hat darauf hingewiesen, daß sie zwar gegen eine feste Begrenzung der Anteile sei, daß es aber andere Möglichkeiten geben dürfte, um zu dem von der deutschen Seite gewünschten Ergebnis zu gelangen.<sup>8</sup>

7) In der Frage der Rechte des Europäischen Parlaments macht sich eine gewisse Annäherung bemerkbar, die darauf hinausläuft, die Stellung des Parlaments bei der Debatte des Haushalts zu stützen, ohne die Stellung des Ministerrats einzuschränken.<sup>9</sup>

Alle diese Fragen sollen sowohl im Kreis der Gemeinschaft als [auch] zwischen den beiden Regierungen weiter geprüft werden.<sup>10</sup>

gez. Lahr

VS-Bd. 2389 (I A 1)

<sup>7</sup> Entsprechende Ausführungen machte der französische Finanz- und Wirtschaftsminister Giscard d'Estaing in der Plenarsitzung am 11. Juni 1965. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung des Referats I A 1 vom 9. Juli 1965; VS-Bd. 8428 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1965.

<sup>8</sup> Zur Diskussion um die Finanzregelung vgl. besonders Dok. 245.

<sup>9</sup> Zur Diskussion um die Rolle des Europäischen Parlaments vgl. besonders Dok. 243 und Dok. 244.

<sup>10</sup> Vgl. weiter Dok. 248.

## Ausführungen des französischen Außenministers Couve de Murville und des Staatspräsidenten de Gaulle

Z A 5-89.A/65 VS-vertraulich

12. Juni 1965<sup>1</sup>

[...] <sup>2</sup> Außenminister *Couve de Murville* faßte zusammen<sup>3</sup>, bei der Besprechung am Vormittag habe offensichtlich ein Mißverständnis vorgeherrscht.<sup>4</sup> Die deutsche Seite habe ein Arbeitspapier, bestehend aus sieben Punkten, vorgelegt, dessen beiden letzten Punkte sich auf die Finanzregelung bezogen hätten, während die fünf ersten Punkte Dinge beträfen, die traditionell besonders im deutschen Interesse lägen.<sup>5</sup> Die französische Seite habe den ersten fünf Punkten zugestimmt. Die beiden letzten Punkte sollten nun präzisiert werden. Bei dieser Erörterung habe sich nach französischer Auffassung ergeben, daß

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Kusterer am 22. Juli 1965 gefertigt und Legationsrat I. Klasse Schmidt-Schlegel übermittelt.

<sup>2</sup> Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Kusterer eingeleitet: „Nachdem von deutscher Seite der Herr Bundesaußenminister, der Bundesminister für Wirtschaft, der Bundesfinanzminister und Staatssekretär Lahr und auf französischer Seite Außenminister Couve de Murville, Finanzminister Giscard d'Estaing und weitere Teilnehmer der französischen Delegation längere Zeit verhandelt hatten, begaben sich der Herr Bundeskanzler, Staatspräsident de Gaulle und Premierminister Pompidou in den Sitzungsraum. Nachstehend einige Ausführungen von französischer Seite aus diesem letzten Teil der Besprechung aufgrund meiner Dolmetschnotizen.“

<sup>3</sup> Vorausgegangen waren Ausführungen des Staatssekretärs Lahr und des Abteilungsleiters im französischen Außenministerium, Wormser, die feststellten, „daß eine wesentliche Meinungsverschiedenheit bezüglich der Dauer der angestrebten neuen Finanzregelung bestehe. Frankreich wünsche, daß bis zum 30. Juni ein neues Finanzreglement für die Zeit vom 1. Juli 1965 bis zum Ende der Übergangszeit verabschiedet werde. Auf deutscher Seite sei man zwar mit einem solchen Finanzreglement grundsätzlich einverstanden, halte es jedoch für ausgeschlossen, die sich hieraus ergebenden Erörterungen und die Behandlung einiger weiterer damit zusammenhängender Fragen bis zum 30. Juni abzuschließen. Die Europäische Kommission habe bekanntlich einen aus drei Teilen zusammengesetzten Vorschlag gebracht – Agrarfinanzierung, Schaffung eigener Einnahmen und Rechte des Europäischen Parlaments –, und einige Delegationen, darunter die deutsche, hätten darauf hingewiesen, daß sie im Interesse einer harmonischen Entwicklung der Gemeinschaft auf der gleichzeitigen Lösung einiger anderer Fragen bestehen müßten. Das neue Finanzreglement werde Deutschland außerordentlich hohe Lasten auferlegen, die zu übernehmen die deutsche Regierung bereit sei, aber nur unter der Voraussetzung, daß Fortschritte auch auf solchen Gebieten erzielt würden, die für die deutsche Seite von besonderem Interesse seien. Der Grundsatz des harmonischen Fortschritts der Gemeinschaft sei von uns immer vertreten und von den anderen anerkannt worden. Die deutsche Regierung habe ihn auch alsbald nach Bekanntwerden der Kommissionsvorschläge unterstrichen; jedermann in Brüssel sei sich dieser Zusammenhänge bewußt. Nach deutscher Auffassung brauche man zur Erledigung aller dieser Fragen mehr Zeit als bis zum 30. Juni. Wenn Frankreich aber darauf bestehe, daß bis zum 30. Juni eine Anschlußregelung an das zu diesem Zeitpunkt ablaufende Finanzreglement gefunden werde, sei man auf deutscher Seite bereit, hierauf in der Weise einzugehen, sich jetzt über eine einjährige Übergangsregelung zu einigen, was bis dahin sicherlich möglich sei, und das kommende Jahr zu benutzen, solide Lösungen für den Zeitraum bis zum Ablauf der Übergangszeit zu schaffen.“ Vgl. den Vermerk des Staatssekretärs Lahr vom 28. Juli 1965; VS-Bd. 2389 (I A 1); B 150, Aktenkopien 1965.

<sup>4</sup> Zur Plenarsitzung vom 12. Juni 1965 vgl. die Aufzeichnung des Referats I A 1 vom 9. Juli 1965; VS-Bd. 8428 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1965.

<sup>5</sup> Vgl. Dok. 247.

man am Vormittag sich falsch verstanden habe, als man von der Finanzregelung gesprochen habe. Es sei dazu gesagt worden, die Finanzregelung bleibe noch fertigzustellen für die Zeit bis zur Endphase des Gemeinsamen Marktes, d. h. bis 1970 bzw. bis zu einem früheren Datum, falls der Eintritt in die Endphase früher erfolge. In diesem Geiste sei seit dem Vortage von französischer Seite eine Reihe von Fragen diskutiert worden einschließlich der Frage des Europäischen Parlaments in Straßburg. Die deutsche Haltung stelle sich aber jetzt so dar, daß man deutscherseits erkläre, das ganze sei ein höchst kompliziertes Problem, weshalb die Klugheit gebiete, sich zum 30. Juni 1965 über eine Verlängerung der Finanzregelung für ein Jahr zu einigen.<sup>6</sup> Damit wäre aber der für das Europäische Parlament gefundenen Formel jeder Sinn genommen, denn wenn die Verlängerung der Finanzregelung auf ein Jahr beschränkt sei, sei es nicht der Mühe wert, für diese kurze Zeit über das Parlament zu sprechen. Französische Auffassung sei es gewesen, daß bis zum Ende des Monats die Finanzregelung für die gesamte restliche Übergangszeit verabschiedet werden solle. Entweder handele es sich hierbei nun um ein Mißverständnis, das zu klären wäre, oder man habe sich am Vormittag getäuscht. Er wolle darauf hinweisen, daß es sich nicht darum handeln könne, sich jetzt etwa über den Inhalt der Finanzregelung zu einigen, sondern lediglich um die Festlegung der Absicht, die Finanzregelung bis zum 30. Juni fertigzustellen. Fertigstellen bedeute in französischer Sicht, das zu vervollständigen, was bis zum Ende der Übergangszeit erforderlich sei. Auf deutscher Seite erkläre man, man solle die Finanzregelung um ein Jahr verlängern und werde dann sehen, was dann noch zu tun bleibe. Er wolle hinzufügen, daß von deutscher Seite erklärt worden sei, man könne nicht hoffen, die Diskussion der ersten fünf Punkte bis zum 30. Juni des Jahres abzuschließen.<sup>7</sup> Es sei aber niemals gesagt worden, daß diese Diskussion bis zum 1. Juli beendet werden solle, und er könne sich auch gar nicht vorstellen, wie man etwa die Steuerharmonisierung bis zu diesem Termin fertigstellen solle. Natürlich könne man diesen Gesichtspunkt vertreten, doch wolle er nur darauf hinweisen, daß davon am Vormittag nicht gesprochen worden sei. Es liege also ein Mißverständnis vor.

<sup>6</sup> Am 16. Juni 1965 berichtete Bundesminister Schröder dazu in der Kabinettsitzung: „Nach der Plenarsitzung, auf dem Weg nach Ernich, hätten Lahr und Wormser, die im selben Auto fuhren, über das Papier gesprochen, wobei Wormser gesagt habe, daß es nicht genüge. Nach dem Essen auf Schloß Ernich seien die Sachverständigen deshalb erneut zusammengetreten, und dabei sei es dann zu den Differenzen gekommen. Wir seien nicht bereit, die Übergangsregelung für länger als ein Jahr zu akzeptieren und wünschten neben der Agrarfinanzregelung Fortschritte auch auf anderen Gebieten, die für die Gemeinschaft wichtig seien.“ Vgl. OSTERHELD, Außenpolitik, S. 206.

<sup>7</sup> Vgl. dazu die Ausführungen des Bundeskanzlers Erhard im Gespräch mit Staatspräsident de Gaulle am 12. Juni 1965; Dok. 244.

Zur Diskussion in der Kabinettsitzung am 16. Juni 1965 über die deutschen Ziele hinsichtlich der EWG hielt der Leiter des Außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt, Osterheld, fest, Kritik sei insbesondere vom Bundesministerium für Wirtschaft geübt worden: „Neef: Wir könnten bis zum 30. Juni den französischen Wünschen hinsichtlich der Agrar-Finanzordnung entsprechen; aber die sieben Wünsche, die wir nun zusätzlich vorgebracht hätten, können bis zu diesem Termin nicht erfüllt werden. [...] Darauf Schmücker [...]: ‚Wir standen kurz vor einem großen Erfolg; aber weil wir zusätzlich etwas haben wollen, was wir nicht kriegen können, haben wir uns alles selbst verdorben. Die Franzosen haben ihr Wort gehalten. Und wir sollten versuchen, jetzt noch zu einem Erfolg zu kommen! Wir haben ihn bitter nötig.‘ Der Kanzler scheint derselben Meinung zu sein ...“. Vgl. OSTERHELD, Außenpolitik, S. 207.

General *de Gaulle* fragte, welche Entscheidung vor dem 30. Juni in Brüssel zu treffen vereinbart worden sei. Die Antwort laute: die Fertigstellung der Finanzregelung.

Zu einem späteren Zeitpunkt der Diskussion erklärte General *de Gaulle*, wenn die noch zu behandelnden Themen sogar zwischen Frankreich und Deutschland in der Schwebe blieben, wie könne man dann erwarten, bis zum 30. Juni eine gemeinsame Position der Sechs zu erarbeiten.

Wiederum später erklärte General *de Gaulle*, er könne von dieser Schwierigkeit nur Kenntnis nehmen. Es sei vielleicht erstaunlich, doch sei es eine Tatsache, daß dieses Problem nun nicht mehr nur in einigen wenigen Minuten entschieden werden könne. Die Diskussion darüber müsse daher verschoben werden. Was Erklärungen gegenüber der Presse anbelange, so sei Herr von Hase in seinen Darstellungen zwar ziemlich vorsichtig gewesen<sup>8</sup>, doch werde sich die französische Seite noch vorsichtiger ausdrücken.<sup>9</sup> Dennoch meine er, daß in den vergangenen beiden Tagen keine Zeit vergeudet worden sei, gleichwohl bleibe aber alles in diesen Tagen Vereinbarte zunächst in der Schwebe.

Nach längeren Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers erklärte General *de Gaulle*, er sei nicht der Auffassung, daß diese Schwierigkeit erst in letzter Minute aufgetaucht sei. Er habe vielmehr das Gefühl, daß sie latent schon vorher vorhanden gewesen sei. Dennoch meine er, daß diese Schwierigkeit nicht daran hindere, daß die gesamten Besprechungen doch fruchtbar gewesen seien. Jedenfalls sei es gelungen, das Gesamtproblem sich gegenseitig darzulegen, und eine gewisse Annäherung an eine gemeinsame Position für Brüssel sei ebenfalls festzustellen gewesen. Vielleicht werde man bis zum 30. Juni sich nicht in allen Punkten einigen können, doch sei die Verhandlung nicht unnütz gewesen. Man sollte über den jetzigen Sachverhalt nicht allzu traurig sein. Wenn durch zusätzliche Verhandlungen zwischen den beiden Regierungen bis zum 30. Juni eine vollständige Einigung erzielt werden könne, so könne man sich dazu nur beglückwünschen. Geschehe dies nicht, so sei darin nur eine weitere Komplikation der ohnehin stets höchst komplizierten Brüsseler Dinge zu erblicken. Trotzdem sei es schade, daß in dieser Frage eine Einigung zwischen den Sechs bis zum 30. Juni möglicherweise nicht erwartet werden könne, da die deutsche und französische Regierung sich nicht hätten einigen können. Man dürfe aber nicht verzweifeln. Gingen die beiden Regierungen nicht einig in die Brüsseler Verhandlung<sup>10</sup>, dann befürchte er, daß die dortige Verhandlung nur sehr konfus werde und sicherlich vor allem von holländischer Seite sogar in gewissem Sinne brutal geführt werde. Unter diesen Umständen könne er auch nicht erkennen, daß eine günstige Atmosphäre für eine Konferenz der sechs Regierungschefs gegeben sei. Angesichts dieser Sachlage sehe er sich leider gezwungen, zu allen in den beiden Tagen besprochenen Punkten Vorbehalte anzumelden, da es nicht gelungen sei, sich zu einigen, die Brüsseler Verhandlungen termingemäß zum 30. Juni abzuschließen. Dennoch

<sup>8</sup> Für die Ausführungen des Chefs des Presse- und Informationsamts auf der Pressekonferenz am Nachmittag des 11. Juni 1965 vgl. Referat I A 3, Bd. 627.

<sup>9</sup> Vgl. dazu den Artikel „De Gaulle legt sich nicht auf Europa-Konferenz fest“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 137 vom 16. Juni 1965, S. 3.

<sup>10</sup> Zu den Verhandlungen des EWG-Ministerrats vom 28. bis 30. Juni 1965 vgl. Dok. 265.

sei dies keineswegs tödlich, insbesondere was die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland anbelange. Schade sei es dennoch.

Am Schluß der Sitzung bemerkte General de Gaulle, Frankreich werde weiterhin abwarten und hoffen. Es sei etwas schade, daß Herr von Hase sich schon so deutlich ausgesprochen habe, denn es bestehe ein klarer Zusammenhang zwischen der Lage in Brüssel und den Perspektiven für eine Konferenz der sechs Regierungschefs. Frankreich werde jedenfalls bis auf weiteres keine so kategorischen Erklärungen abgeben. Man werde nun zuwarten müssen, und die beiden Regierungen würden zusätzliche Verhandlungen veranlassen in der Hoffnung, doch noch zu einem Abschluß zu gelangen.<sup>11</sup> Eines Tages werde dieser Abschluß auch gelingen. Man dürfe jedoch nicht übersehen, daß der Termin des 30. Juni von wesentlicher Bedeutung sei.

VS-Bd. 2389 (I A 1)

## 249

### Bundesminister Schröder an Bundesminister Mende

14. Juni 1965<sup>1</sup>

Sehr geehrter Herr Kollege!

Für Ihr Schreiben von 26. Mai 1965, mit dem Sie mir die Stellungnahme eines Mitgliedes des schleswig-holsteinischen Landtages zu unseren Beziehungen mit Paraguay übersandten<sup>2</sup>, danke ich Ihnen sehr.

Es trifft zu, daß Paraguay uns in der Deutschland- und Berlinfrage stets zuverlässig unterstützt hat. Wir haben uns daher ständig bemüht, die freundschaftlichen Beziehungen zu diesem Land zu pflegen.

<sup>11</sup> Dazu ergänzte Staatssekretär Lahr, daß sich „in der nächsten Woche ein deutscher Staatssekretär nach Paris begeben werde, um das Gespräch dort fortzuführen“. Vgl. die Aufzeichnung vom 28. Juli 1965; VS-Bd. 2389 (I A 1); B 150, Aktenkopien 1965.

Zum Gespräch zwischen Lahr und dem Abteilungsleiter im französischen Außenministerium, Wormser, vom 22. Juni 1965 vgl. Dok. 265, Anm. 5.

<sup>1</sup> Durchdruck als Konzept.

<sup>2</sup> Für den Wortlaut des Schreibens sowie die Abschrift der Stellungnahme des schleswig-holsteinischen Landtagsabgeordneten vgl. Referat I B 2, Bd. 428.

Aus einem Gespräch mit dem paraguayischen Generalkonsul in Berlin (West), Lang, hielt das – namentlich nicht genannte – Mitglied des schleswig-holsteinischen Landtags fest, Präsident Stroessner sei enttäuscht über die fehlende Würdigung seiner Unterstützung für den Standpunkt der Bundesrepublik in der Deutschland-Frage. Lang habe darauf hingewiesen, daß Stroessner vom 5. bis 7. Oktober 1965 einen Staatsbesuch in Frankreich machen werde, und es bedauert, „daß man es offenbar in Bonn nicht für Wert hält, das Staatsoberhaupt eines Landes in die Bundesrepublik einzuladen, dessen Vertreter in der Vergangenheit, insbesondere in den Nachkriegsjahren, bewiesen habe, daß sie aufrichtige Freunde der Bundesrepublik sind“.

Unsere Bemühungen wurden bedauerlicherweise durch die von der Regierung von Paraguay im Falle des KZ-Arztes Mengele eingenommene Haltung beeinträchtigt. Die Regierung von Paraguay hat das durch unsere Botschaft am 11. August 1962 übermittelte Auslieferungersuchen des Oberstaatsanwalts in Frankfurt am Main und verschiedene Noten noch nicht beantwortet. Sie hatte zunächst inoffiziell erklären lassen, der in Paraguay verzeichnete Mengele sei mit dem Gesuchten nicht identisch. Sodann hat sie sich auf die Einbürgerung Mengeles berufen, deren Rechtswirksamkeit uns zweifelhaft erscheint.<sup>3</sup> Schließlich hat sie im Dezember 1964 durch ihren Botschafter<sup>4</sup> in einem unfreundlich gehaltenen Memorandum mitteilen lassen, es sei nicht bekannt, ob sich Mengele in Paraguay aufhalte.<sup>5</sup> Wir haben daraufhin gebeten, diese Frage weiter zu klären.<sup>6</sup> Eine Antwort hierauf steht noch aus. Uns liegen Hinweise vor, daß Mengele sich zumindest zeitweilig in Paraguay verborgen hält, und es hat den Anschein, daß Präsident Stroessner nichts gegen ihn zu unternehmen beabsichtigt.

Da dieser Fall in der deutschen Presse eingehend behandelt worden ist<sup>7</sup>, müssen wir befürchten, daß ein Staatsbesuch von General Stroessner gegenwärtig ein unerfreuliches Echo haben würde. Wir müßten sogar mit Demonstrationen rechnen. Selbst die französische Regierung hegt in dieser Hinsicht Befürchtungen für den geplanten Staatsbesuch in Frankreich.<sup>8</sup>

Aus diesen Gründen haben wir uns entschlossen, die Einladung an General Stroessner zurückzustellen, bis der Fall Mengele eine befriedigende Lösung erfahren hat.<sup>9</sup>

Auf unsere sonstigen Beziehungen zu Paraguay, vor allem auf den Gebieten der Handelspolitik und der Entwicklungshilfe, ist der Fall Mengele ohne Einfluß geblieben. Die zugesagte Kapitalhilfe von 12 Mio. DM wird planmäßig abgewickelt.<sup>10</sup>

<sup>3</sup> Vgl. dazu AAPD 1964, I, Dok. 74.

<sup>4</sup> Jorge Lopez Moreira.

<sup>5</sup> Zum paraguayischen Memorandum vom 4. Dezember 1964 vgl. AAPD 1964, II, Dok. 371.

<sup>6</sup> Am 31. März 1965 antwortete die Bundesrepublik auf das paraguayische Memorandum vom 4. Dezember 1964 und bat darum, „daß sich die Regierung von Paraguay volle Gewißheit darüber verschafft, daß sich die genannten Personen nicht in Paraguay aufhalten“. Vgl. den Entwurf vom 7. Oktober 1965 zur Dienstinstruktion für den Botschafter in Paraguay, Krier; Referat I B 2, Bd. 428.

<sup>7</sup> Vgl. dazu die Artikel „Mengele – Nr. 293 384“, „Mengele – Immer ein Expreßboot“ und „Ein halbes Schwein für den Totengräber“; DER SPIEGEL, Nr. 32 vom 3. August 1964, S. 58–60, sowie Nr. 39 vom 23. September 1964, S. 104–107, und Nr. 40 vom 30. September 1964, S. 116–122.

<sup>8</sup> Die französische Einladung an Präsident Stroessner wurde im März 1965 bekannt. In der deutsch-französischen Konsultationsbesprechung am 23. März 1965 erläuterte Ministerialdirigent Böker, daß ein Besuch von Stroessner in der Bundesrepublik wegen des „Falles Mengele“ nicht möglich sei. „Die französischen Gesprächspartner wurden durch diese Mitteilung sehr nachdenklich gestimmt und gaben der Befürchtung Ausdruck, daß der Besuch Stroessners in Paris zu Demonstrationen französischer Widerstandskreise und zu organisierten Manifestationen der Linken führen könnte.“ Vgl. die Aufzeichnung von Böker vom 30. März 1965; VS-Bd. 2386 (D I/Dg I A); B 150, Aktenkopien 1965.

<sup>9</sup> Vgl. dazu auch die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Böker vom 18. August 1965; Referat I B 2, Bd. 428.

<sup>10</sup> Zur Kapitalhilfe für Paraguay vgl. Referat III B 4, Bd. 188.

Ich möchte Ihnen nicht verbergen, daß die Aktivität des Generalkonsuls von Paraguay in Berlin, Herrn Lang, uns schon seit einiger Zeit Sorge bereitet, denn einerseits erweckt er in Paraguay Hoffnungen, die wir nicht erfüllen können, andererseits sind seine Schilderungen geeignet, bei deutschen Politikern ein zumindest unvollständiges Bild des Verhältnisses der Regierung Paraguays zu Deutschland hervorzurufen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Schröder<sup>11</sup>

Referat I (I B 2), Bd. 428

## 250

### Legationsrat Enders, Daressalam, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-5564/65 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 221

Aufgabe: 14. Juni 1965, 19.45 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 14. Juni 1965, 20.02 Uhr

Auf Drahterlaß Nr. 137 vom 19. 5.<sup>2</sup>

Für Referat I B 3 und III B 1

1) Staatssekretär Mwajasho vom Innenministerium teilte auf Weisung Innenminister Lusindes mit, Tansania betrachte sich weiterhin an Vertrag über Seepolizei-Hilfe gebunden und werde daher auch Leihboote weiter benutzen. Will versuchen, in Mombasa liegende Boote<sup>3</sup> durch jetzt eingetroffene, in Bundesrepublik ausgebildete Seepolizisten<sup>4</sup> überführen zu lassen, eventuell unter

<sup>11</sup> Paraphe vom 14. Juni 1965.

<sup>1</sup> Hat Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg am 16. Juni 1965 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Böker und Referat I B 3 verfügte.

Hat Böker am 19. Juni 1965 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „B[itte] Drahtbericht nicht an B[undes]M[inisterium der]V[er]t[eidigung] weiterleiten. Die verlogene Clique in Daressalam versucht, uns immer mehr aufs Glatteis zu locken. Wir dürfen keinen Schritt mehr entgegenkommen.“ Weiter verfügte Böker: „B[itte] R[ück]sprache]. Eilt. S[iehe] Schlußsatz!“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Graf von Posadowsky-Wehner am 22. Juni 1965 vorgelegen.

<sup>2</sup> Am 19. Mai 1965 bat Vortragender Legationsrat I. Klasse Middellmann die Botschaft in Daressalam um Klärung, „ob [die] tansanische Regierung an weiterer Verwendung der für zwei Jahre leihweise überlassenen Boote mit Ausrüstung interessiert“ sei. Vgl. Referat III A 4, Bd. 356.

<sup>3</sup> Die Bundesrepublik hatte Tansania vier Küstenwachboote leihweise zur Verfügung gestellt, von denen zwei im Januar 1965 zwecks Anbringung eines Schutzanstriches „gegen Wurmfraß“ nach Mombasa verbracht wurden. Vgl. den Drahterlaß Nr. 1 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Middellmann vom 4. Januar 1965 an die Botschaft in Daressalam sowie den Schriftbericht Nr. 354 des Botschafters Schroeder, Daressalam, vom 7. Mai 1965; Referat III A 4, Bd. 356.

<sup>4</sup> Die Ausbildung von 29 tansanischen Seepolizei-Schülern durch die Bundesmarine wurde Ende Mai 1965 abgeschlossen. Die Gruppe kehrte am 11. Juni 1965 nach Daressalam zurück. Vgl. dazu die Mitteilung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Middellmann vom 19. Mai 1965; Referat III A 4, Bd. 356.

Führung Oberleutnant Freiherr von Ledebur. Tansania besteht weiterhin auf Rückkehr Marineberatergruppe unter Oberleutnant Freiherr von Ledebur, damit Vertrag von deutscher Seite in vollem Umfang erfüllt wird.<sup>5</sup> Obwohl Kapitän Hordyk von niederländischer Marine zur Zeit auf Wunsch tansanischer Regierung in Daressalam Möglichkeiten holländischer Übernahme Ausbildung prüft<sup>6</sup>, will tansanische Regierung erst endgültige deutsche Antwort auf Wunsch nach Rückkehr Marineberatergruppe abwarten, bevor Vereinbarungen mit Holland getroffen werden. Korvettenkapitän Erdmann, der an Gespräch mit Mwajasho teilgenommen hat, wird hierüber wie auch über Zustand der in Daressalam liegenden Leihboote berichten.

2) Staatssekretär Namata vom Präsidialamt äußerte heute, Tansania wolle auch in Zukunft See- und eventuell andere Polizisten in Bundesrepublik ausbilden lassen. Auch sei tansanische Regierung interessiert, deutsches Wartungspersonal für von Bundesrepublik übernommene Flugzeuge auf eigene Kosten anzustellen. Namata war verwundert, daß zuständige Stellen trotz deutschen Einverständnisses noch keinen Übernahmetermin für Material festgesetzt hätten, und versprach Nachprüfung.

Gespräch war auf meinen Wunsch zustande gekommen, da Namata gestern in Gespräch mit durchreisenden Fluggästen des Bundeswehrflugzeuges, das die 29 Seepolizisten zurückgebracht hatte, behauptet hatte, Präsident Nyerere werde Sowjetgeneralkonsul Lessing<sup>7</sup> kein Exequatur erteilen. Auf Einwände seiner Gesprächspartner, darunter der tansanische Konsul in Frankfurt, Dr. Ludwig Fritz, in Bonn sei man anders unterrichtet, hatte Namata behauptet, dann müsse die Botschaft falsch berichtet haben.

Ich verwies Namata auf das Gespräch zwischen Präsident Nyerere und Botschafter Dr. Schroeder vom 16. Mai (vgl. Drahtbericht Nr. 186 vom 17. Mai), dem ich selbst beigewohnt hatte und in dem Nyerere Erteilung Exequatur aus-

<sup>5</sup> Zum Abzug der Berater der Bundesmarine aus Tansania vgl. Dok. 98.

Am 13. Mai 1965 stimmte Staatssekretär Carstens dem Vorschlag des Staatssekretärs im Bundesministerium der Verteidigung, Gumbel, zu, drei Angehörige der Bundeswehr nach Tansania zu entsenden, um „die Küstenwachboote, die zu verrotten drohten, [zu] pflegen“. Vgl. den Vermerk von Carstens vom 13. Mai 1965; VS-Bd. 2617 (I B 3); B 150, Aktenkopien 1965.

Nach der Zulassung eines Konsulats der DDR auf Sansibar – zusätzlich zum Generalkonsulat in Daressalam – durch die tansanische Regierung teilte Carstens Gumbel mit, er könne diese Entscheidung nicht aufrechterhalten. Im Hinblick auf die neue Situation sei „jede Aktion zu vermeiden, die Präsident Nyerere in dem Glauben bestärken könnte, er brauche auf unsere Interessen keine Rücksicht zu nehmen“. Vgl. den Entwurf des Schreibens vom 19. Mai 1965; VS-Bd. 2617 (I B 3); B 150, Aktenkopien 1965.

<sup>6</sup> Am 31. März 1965 erklärte sich Staatssekretär Carstens gegenüber dem Abteilungsleiter im niederländischen Außenministerium, de Ranitz, mit einer Übernahme der Ausrüstungshilfe durch die Niederlande einverstanden, „doch sollten die Holländer erst nach einiger Zeit ihre Zustimmung geben. Man sollte Tansania nicht zu schnell aus der Klemme helfen.“ Vgl. den Vermerk von Carstens vom 2. April 1965; VS-Bd. 2545 (I B 3); B 150, Aktenkopien 1965.

Während eines Besuchs vom 21. bis 24. April 1965 in den Niederlanden bat Präsident Nyerere, die von der Bundesrepublik eingestellte Ausbildungshilfe, nämlich: „a) die Ausbildung von Piloten, b) Ausbildung der Besatzungen der von der Bundesrepublik gelieferten Polizei-Wachboote, c) evtl. Beratung und Hilfe beim Aufbau tansanischer Seestreitkräfte“, fortzuführen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 547 des Botschaftsrats I. Klasse Sahm, Paris (NATO), vom 29. April 1965; VS-Bd. 2545 (I B 3); B 150, Aktenkopien 1965.

<sup>7</sup> Gottfried Lessing war Generalkonsul der DDR in Daressalam.



drücklich angekündigt hatte.<sup>8</sup> Namata räumte daraufhin ein, seit dieser Zeit mit Nyerere Thema nicht mehr behandelt zu haben und daher über letzte Entscheidung nicht unterrichtet zu sein.

Ich führte aus, beabsichtigte Exequaturerteilung und gleichzeitig mitgeteilte Präsenz sowjetzonalen Konsulats auf Sansibar hätten in Bonn stark verstimmt und seien Erfüllung tansanischer Wünsche nicht gerade förderlich.<sup>9</sup> Bundesregierung habe Fortsetzung technischer Hilfe beschlossen<sup>10</sup>, doch habe Tansania bisher kein Entgegenkommen gezeigt. Über weitere Polizeihilfe könne ich noch nichts sagen<sup>11</sup>, doch könnte ich mir vorstellen, daß gegen Anstellung deutscher Techniker auf Verträge zwischen Dornier und tansanischer Regierung auf deutscher Seite nichts einzuwenden sei.<sup>12</sup>

Namata erwiderte, Präsident habe vor Abreise nach Nigeria<sup>13</sup> noch von Botschaft übermitteltes Memorandum über Weiterführung technischer Hilfe zur Kenntnis genommen und sich hierüber befriedigt geäußert. Er, Namata, wolle feststellen, ob Exequatur schon erteilt sei, was er persönlich für großen Fehler halte, und es möglichst verhindern, falls noch nicht geschehen. Er werde Präsidenten sofort nach Rückkehr über dieses Gespräch unterrichten.

Selbst wenn Exequatur noch nicht erteilt ist, dürfte es Namata meines Erachtens nicht gelingen, die Erteilung gegen Willen Außenministeriums zu verhindern.<sup>14</sup> Trotz ranghoher Stellung besitzt er wenig politische Durchschlags-

<sup>8</sup> Vgl. Dok. 203.

<sup>9</sup> Am 21. Mai 1965 zeigte sich Staatssekretär Carstens gegenüber dem tansanischen Botschafter „sehr betroffen über die Tatsache, daß auf Sansibar ein weiteres SBZ-Konsulat zugelassen worden sei, daß die beiden Konsulate ein Exequatur erhalten sollten“ und daß die Botschaftsangehörigen der Bundesrepublik im Gegensatz zu den Angehörigen der Vertretung der DDR nicht nach Sansibar reisen könnten. Carstens ließ Kambona wissen, diese „Tatsachen seien nicht geeignet, die Beziehungen zwischen unseren Ländern zu bessern“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 139; VS-Bd. 421 (Büro Staatssekretär); B 150, Aktenkopien 1965.

<sup>10</sup> Zum Kabinettsbeschluß vom 20. Mai 1965 vgl. Dok. 209, Anm. 15.

<sup>11</sup> Dazu stellte Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg am 1. Juli 1965 fest: „Nach dem erfolgreichen tansanischen Versuch, die Bundesregierung von ihrer Absicht der Einstellung der Wirtschaftshilfe abzubringen, bemüht sich Tansania nunmehr, auch ein Polizeiausbildungsprogramm wieder in Gang zu bringen. Dieses Ansinnen wäre fast dreist zu nennen, wenn es nicht durch die Nachgiebigkeit des Bundeskabinetts in Sachen Tansania gefördert wäre.“ Vgl. VS-Bd. 2545 (I B 3); B 150, Aktenkopien 1965.

<sup>12</sup> Dazu vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Middelmann am 24. Juni 1965, daß das Bundesministerium der Verteidigung „ein lebhaftes Interesse am Zustandekommen des Vertrages zwischen Dornier und der tansanischen Regierung hat. Der Vertrag soll nämlich nur dazu dienen, die bereits an Tansania ausgelieferten Flugzeuge in brauchbarem Zustand zu erhalten. Außerdem stehen die in Tansania befindlichen Techniker der Dornierwerke unter einem Zweijahresvertrag mit dem Bundesministerium der Verteidigung. Kommt ein Vertrag zwischen Dornier und Tansania nicht zustande, so hat das BMVtdg. Schadensersatzansprüche zu gewärtigen.“ Vgl. VS-Bd. 2545 (I B 3); B 150, Aktenkopien 1965.

<sup>13</sup> Vom 10. bis 13. Juni 1965 fand in Lagos eine Tagung zur Vorbereitung einer Konferenz der Regierungschefs der Organisation der Afrikanischen Einheit statt. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1965, Z 139.

<sup>14</sup> Am 11. Juli 1965 wurde in der Presse die Erteilung des Exequaturs für das Konsulat der DDR auf Sansibar gemeldet. Vgl. den Artikel „Bonn und der Fall Tansania“, WELT AM SONNTAG, Nr. 28 vom 11. Juli 1965, S. 3.

Botschafter Schroeder, Daressalam, berichtete dazu am 19. Juli 1965, der Staatssekretär im tansanischen Außenministerium, Lukumbuzya, habe erklärt, „daß bisher noch kein Exequatur erteilt worden sei, daß dies jedoch in Kürze erfolgen werde. Das Exequatur soll aber nur für das Ge-

kraft und ist, wie gestrige Äußerungen zeigen, über wichtige Entscheidungen des Präsidenten nicht unterrichtet. Es sollten daher an seine Absichten keine allzu großen Hoffnungen geknüpft werden.

Erbitte Weisung zu aufgeworfenen Fragen.<sup>15</sup> Empfehle Fühlungnahme mit Holländern<sup>16</sup>, da nach bisherigen Erfahrungen Tansania dies nicht unbedingt über seine Wünsche an Bundesrepublik unterrichtet und daher eventuell Verstimmung entsteht.<sup>17</sup>

[gez.] Enders

VS-Bd. 2545 (I B 3)

## 251

### Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf

II 1-83.10-1302/65 VS-vertraulich

16. Juni 1965<sup>1</sup>

Betr.: Staatssekretärs-Besprechung über Fragen der Kontakte mit der Zone  
am 15. Juni 1965

Am 15. Juni 1965 fand unter Leitung von Bundesminister Westrick eine Staatssekretärs-Besprechung statt, an der das Auswärtige Amt, das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bundesministerium für Wirtschaft, Bundesministerium der Finanzen, Bundesministerium für Verkehr und die Vertretung des Landes Berlin beim Bund beteiligt waren. Unter den behandelten Fragen sind vor allem die Punkte 1 und 2 von Bedeutung. Es ist wahrscheinlich, daß diese auf der Kabinettsitzung am 16. Juni 1965 zur Besprechung gelangen werden.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1048*

neralkonsulat Daressalam, nicht für das Konsulat in Sansibar erteilt werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 243; VS-Bd. 2546 (I B 3); B 150, Aktenkopien 1965.

<sup>15</sup> Am 12. Juli 1965 antwortete Staatssekretär Carstens der Botschaft in Daressalam: „Bitte tansanische Regierung darauf hinweisen, daß Zusammenarbeit in Frage Seepolizei- und sonstiger Polizeiausbildung durch Kabinettsbeschluß ausgeschlossen ist. Es liegen auch keine neuen Tatsachen vor, die eine Abänderung des Beschlusses rechtfertigten [...]. Deutliche Ablehnung weiterer von den Staatssekretären Namata und Mwajasho gewünschter Zusammenarbeit kein Zeichen unfreundlicher deutscher Einstellung, sondern Ausdruck für deutsches Bemühen, keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen.“ Für den Drahterlaß Nr. 165 vgl. VS-Bd. 2545 (I B 3); B 150, Aktenkopien 1965.

<sup>16</sup> Am 24. Juni 1965 teilte Vortragender Legationsrat I. Klasse Middelman mit, daß der Leiter der niederländischen Expertengruppe in Tansania, Hordyk, sich am 25. Mai 1965 im Bundesministerium der Verteidigung über den Stand der Seepolizei-Hilfe informiert habe. Vgl. Referat III A 4, Bd. 356.

<sup>17</sup> Vgl. weiter Dok. 304.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Oncken konzipiert.

Folgende Fragen wurden erörtert:

1) Kündigung der provisorischen Fahrterlaubnisscheine („permits“) für die Binnenschifffahrt

a) Zur Lage

Der Zonen-„Verkehrsminister“ Kramer hat am 2. Juni 1965 in einem Schreiben an Bundesminister Seehofer<sup>2</sup> eine Vereinbarung zwischen den Wasser- und Schifffahrtsdirektionen Hamburg und Magdeburg vom Juli 1956<sup>3</sup> einseitig gekündigt. Mit dieser Vereinbarung war die Ausgabe von Fahrterlaubnisscheinen für die Binnenschifffahrt nach Berlin und im Interzonenverkehr von alliierten auf deutsche Stellen delegiert worden. Kramer bezeichnet die bisherige Regelung als ein Relikt der Besatzungszeit, das durch Verhandlungen „zwischen den beiden deutschen Staaten“ abgelöst werden müsse. (Zur Sache ist zu bemerken, daß etwa 3000 Schiffe im Berlinverkehr eingesetzt sind. Täglich sind etwa 800 Schiffe in der SBZ unterwegs. 35 bis 40% der Versorgung Berlins erfolgen auf dem Schifffsweg.)

b) Zur Diskussion

Die Diskussion konzentrierte sich auf die Frage, wie das Schreiben des Herrn Kramer beantwortet werden solle. Es bestand Übereinstimmung, daß zu dem Schreiben selbst nicht Stellung zu nehmen sei, daß irgendeine Reaktion aber zweckmäßig sei. Die Kontaktaufnahme soll durch unsere Kontaktstelle, die Wasser- und Schifffahrtsdirektion Hamburg, erfolgen. In der Frage des Adressaten wurde nicht volle Übereinstimmung erzielt. Das Auswärtige Amt trat aus grundsätzlichen politischen Erwägungen dafür ein, daß sich Hamburg an die bisherige sowjetzonale Kontaktstelle, die Wasserstraßendirektion Magdeburg (keine obere SBZ-Behörde!) wenden solle. Die Ressorts wiesen darauf hin, daß dies keinen Zweck habe, da Magdeburg zweimal seine Zuständigkeit bestritten und diejenige des SBZ-„Verkehrsministeriums“ festgestellt habe.<sup>4</sup> Sie schlugen vor, die Antwort an die zuständige Abteilung des SBZ-„Verkehrsministeriums“ (Direktion der Binnenschifffahrt/Schifffahrts-Inspektion) *ohne Nennung des Ministeriums* zu richten.<sup>5</sup> Dieses Verfahren sei zwar wegen der Kontaktaufnahme mit einer oberen SBZ-Behörde nicht erfreulich. Immerhin werde ein Verfahren angewandt, wie es auch bei den Verhandlungen der Bundesbahn mit der Reichsbahn, die eine Abteilung des SBZ-„Verkehrsministeriums“ sei, eingeführt worden sei. Wir vermieden in diesem Fall auch, daß wir uns von Magdeburg eine Ablehnung holten und uns dann doch an die vorge-setzte Berliner Stelle wenden mußten. Im Rahmen des politisch Vertretbaren

<sup>2</sup> Für den Wortlaut des Schreibens vgl. Referat II A 1, Bd. 420.

<sup>3</sup> Für den Wortlaut der Vereinbarung vom 5. Juli 1956 vgl. das Fernschreiben der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Hamburg vom 8. Juni 1965 an das Bundesministerium für Verkehr; Referat II A 1, Bd. 420.

<sup>4</sup> Am 31. Oktober 1964 sowie am 17. Mai 1965 wies der Direktor der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Magdeburg, Möckel, darauf hin, daß die von der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Hamburg „aufgeworfenen Fragen nicht mit der Wasserstraßendirektion Magdeburg, sondern mit dem Ministerium für Verkehrswesen der Deutschen Demokratischen Republik verhandelt werden können.“ Vgl. die Mitteilung des Bundesministeriums für Verkehr vom 20. Mai 1965 an den Vortragenden Legationsrat I. Klasse Oncken; Referat II A 1, Bd. 420.

<sup>5</sup> Für den Entwurf eines entsprechenden Schreibens vgl. VS-Bd. 3556 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1965.

solle das Risiko größerer Verkehrsstauungen an der Demarkationslinie nach dem 1. Juli vermieden werden.

c) Es wurde beschlossen:

– Es soll versucht werden, die Frage auf die Tagesordnung der Kabinettsitzung am 16. Juni 1965 zu setzen. Die Alternativen Magdeburg und Berlin werden dem Kabinett zur Kenntnis gebracht werden, wobei zum Ausdruck kommen soll, daß die Alternative Berlin aus den genannten Gründen vorzuziehen sei.<sup>6</sup>

– Gleichzeitig sollen die Verbündeten in der Bonner Vierergruppe (16. Juni 1965, 15.00 Uhr) über unsere Absichten unterrichtet und auf das größere Risiko einer Zurückweisung im Falle des Versuchs einer Kontaktherstellung mit Magdeburg hingewiesen werden. Es soll festgestellt werden, wie groß die Risiko-Bereitschaft der Verbündeten ist.<sup>7</sup>

– (Hierzu ist zu bemerken, daß die Verbündeten bei einer Konsultationsbesprechung am 14. Juni 1965<sup>8</sup> erkennen ließen, daß sie wegen ihrer Rechte laufend konsultiert zu werden wünschten. Es ist daher anzunehmen, daß die Verbündeten in der Frage ihrer Rechte fest bleiben werden.)<sup>9</sup>

2) Kündigung des innerdeutschen Eisenbahn-Gütertarifs

a) Zur Lage

Die Zone hat Mitte April den im innerdeutschen Bereich gültigen DB/DR-Gütertarif zum 30. Juni 1965 einseitig gekündigt. Sie verlangt den Abschluß eines neuen Tarif-Vertrages. Sie war zunächst um die Einführung internationaler Tarif-Bestimmungen (und damit indirekt um eine Anerkennung der Zwei-Staaten-Theorie durch uns) bemüht. Da eine internationale Regelung auf Grund einer Entscheidung des Eisenbahn-Zentralamtes in Bern im Falle des innerdeutschen Güterverkehrs nicht möglich ist, versucht die Zone nunmehr, eine innerdeutsche Regelung durch Verhandlungen zwischen Bundesver-

<sup>6</sup> Als Ergebnis der Kabinettsitzung vom 16. Juni 1965 notierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Balken am 6. Juli 1965: „Das Kabinett erklärt sich mit dem beabsichtigten Schreiben an die Schifffahrtsdirektion in Ostberlin einverstanden unter der Voraussetzung, daß sich bei der Konsultation mit den Alliierten keine Bedenken hiergegen ergeben.“ Vgl. VS-Bd. 3556 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1965.

Vgl. auch Anm. 18.

<sup>7</sup> Dazu hielt Vortragender Legationsrat I. Klasse Oncken am 22. Juni 1965 fest: „Wir haben mit den Verbündeten am 16. und 21. Juni die Frage konsultiert, wie das Schreiben formuliert werden soll, das die Wasser- und Schifffahrtsdirektion Hamburg an die (Ostberliner) ‚Direktion der Binnenschifffahrt/Schifffahrtsinspektion‘ richten soll. Der Konsultation lag Entwurf eines Schreibens zugrunde, das auf der Kabinettsitzung am 16. Juni gebilligt worden ist.“ Vgl. VS-Bd. 8519 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1965.

Das Schreiben wurde nach Genehmigung durch die drei Westmächte am 23. Juni 1965 abgesandt. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf vom 25. Juni 1965; VS-Bd. 3717 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1965.

<sup>8</sup> Vgl. dazu den Vermerk des Legationsrats Montfort vom 14. Juni 1965; Referat II A 1, Bd. 420.

<sup>9</sup> Am 24. Juni 1965 führte Ministerialdirektor Krapf aus: „Es war bisher nicht möglich, dieses Problem [...] zu lösen, an dessen Auftreten unsere eigenen zuständigen Stellen – wegen ihres wiederholten Drängens auf Verbesserung der geltenden Vereinbarungen – nicht ganz unbeteiligt sind. Immerhin ergibt sich für uns eine gewisse Entlastung, da auch alliierte Rechte involviert sind. Hierauf haben wir die andere Seite hingewiesen. Jede Entschließung in dieser Sache bedarf der Zustimmung der drei Westmächte.“ Vgl. VS-Bd. 8519 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1965.

kehrsministerium und SBZ-„Verkehrsministerium“ (!) herbeizuführen. Die Bundesbahn lehnt dies ab. Im Falle des Ausbleibens einer Einigung besteht die Möglichkeit, daß ab 1. Juli ein „Frachtenbruch“ eintritt; d. h. bei dem Versand von Gütern muß beim Überschreiten der Demarkationslinie jeweils ein neuer Frachtbrief vorgelegt werden. (Einzelheiten gehen aus der Anlage – Sprechzettel für Herrn Bundesminister Seehoß<sup>10</sup> – hervor.)

b) Zur Diskussion

Es bestand Übereinstimmung, daß dieses Risiko zu tragen sei. Eine solche Entwicklung impliziere zumindest keine indirekte Anerkennung der Zwei-Staaten-Theorie. Das BMV wies darauf hin, daß der Schaden nicht einseitig bei uns liegen müsse. Per Saldo würde möglicherweise keine Verteuerung eintreten, da einige Frachten nach der von der SBZ beabsichtigten Regelung teurer, andere dagegen billiger würden.

c) Es wurde beschlossen:

- im Zuge weiterer Besprechungen eine „internationale Regelung“ abzulehnen;
- die Alliierten zu konsultieren;
- die weitere Entwicklung abzuwarten.

3) Luftverkehr

a) Zur Lage

Am 21. Mai 1965 sind ein Segelflugzeug und ein Motorsportflugzeug aus der Bundesrepublik Deutschland in der Zone notgelandet.<sup>11</sup> Der Staatssekretär und „Erste stellvertretende Minister“ im SBZ-„Verkehrsministerium“, Scholz, hat an Staatssekretär Seiermann geschrieben und die Bereitschaft der Zone mitgeteilt, die Flugzeuge am 30. Juni in Wartha zurückzugeben, unter der Voraussetzung, daß hierzu ein bevollmächtigter Vertreter des Bundesverkehrsministeriums entsandt würde.<sup>12</sup> (Bisher hatte sich das Luftfahrt-Bundesamt um die Rückführung in der Zone notgelandeter Flugzeuge bemüht.)

b) Es wurde beschlossen:

- auf den Vorschlag nicht einzugehen;
- das Luftfahrt-Bundesamt wie bisher üblich mit der Kontaktherstellung zu betrauen;
- notfalls die Flugzeuge in der Zone zu belassen.

<sup>10</sup> Dem Vorgang beigelegt. Erläutert wurde, daß „künftig 2 Frachtverträge unter Verwendung von 2 Dokumenten zu schließen“ seien. Technisch entstünden daraus keine großen Schwierigkeiten: „Sofern nicht unerwartet neue Erschwerungen von der Reichsbahn eingeführt werden, tritt keine wesentliche Verzögerung der Beförderung ein.“ Vgl. VS-Bd. 3556 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1965.

<sup>11</sup> Vgl. dazu die Meldung „In der Zone zur Landung gezwungen“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 120 vom 25. Mai 1965, S. 3.

<sup>12</sup> Ministerialdirektor Krapf notierte am 24. Juni 1965 für Staatssekretär Carstens und Bundesminister Schröder: „Inzwischen ist eine der beiden Maschinen zurückgegeben worden, ohne daß ein Bevollmächtigter des Bundesverkehrsministeriums erschienen ist.“ Vgl. VS-Bd. 8519 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1965.

Am 7. Juli 1965 gab Legationsrat Montfort die Information aus dem Bundesministerium für Verkehr weiter, „daß jetzt auch das zweite in der SBZ notgelandete Flugzeug nach dem bisherigen Verfahren ohne Anwesenheit eines bevollmächtigten Vertreters des BMV zurückgegeben worden sei.“ Vgl. Referat II A 1, Bd. 417.

## 4) Interzonenhandel

Das BMWi berichtete über den Stand der Verhandlungen Behrendt/Pollak; diese verliefen schleppend. Die Zone verlange Kredite mit 8jähriger Laufzeit.<sup>13</sup> Sie sei bemüht, eine Regelung zu finden, bei der die Herren Pollak und Behrendt nicht mehr als Vertreter der Gebiete der DM West bzw. Ost in Erscheinung träten (also auch in diesem Punkt Bemühen um Aufwertung der Zone).

5) Passierscheinfrage<sup>14</sup>

Der Vertreter des Landes Berlin berichtete über den Stand der Angelegenheit. Bis zum 15. Juni mittags sei es dem Senat nicht möglich gewesen, die andere Seite zu einer Äußerung in der Frage der Fortführung der Verhandlungen zu veranlassen. Der Senat habe in mehreren Fernschreiben Herrn Korber als Vertreter für diese Verhandlungen benannt und um die Benennung des Vertreters der anderen Seite gebeten.<sup>15</sup> Bundesminister Westrick erklärte, daß Verhandlungen über eine Änderung des Passierscheinabkommens vom 24. September 1964 nicht in Frage kämen. Man könne nur über eine Verlängerung dieses Abkommens sprechen.<sup>16</sup>

Hiermit dem Herrn Staatssekretär<sup>17</sup> mit der Anregung vorgelegt, den Herrn Bundesminister<sup>18</sup> über die Punkte 1 und 2 (wegen der Kabinettsitzung heute nachmittag) zu unterrichten.

Krapf

VS-Bd. 3556 (II A 1)

<sup>13</sup> Zur Gewährung von Krediten an die DDR durch die Bundesrepublik vgl. Dok. 199.

<sup>14</sup> Zur 2. Passierschein-Vereinbarung vom 24. September 1964 vgl. Dok. 179, Anm. 5.

<sup>15</sup> Mit Schreiben vom 14. Juni 1965 ließ der Ministerpräsident der DDR den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Brandt, wissen, daß der Staatssekretär beim Ministerrat der DDR, Kohl, zum Bevollmächtigten für die Passierschein-Gespräche ernannt worden sei. Gleichzeitig hob Stoph hervor, es sei „angesichts der Nichtbeachtung von Verpflichtungen des bisherigen Passierscheinabkommens durch den Westberliner Senat notwendig, in Verhandlungen die Voraussetzungen für ein neues Abkommen zu prüfen“. Vgl. DzD IV/11, S. 645 f.

<sup>16</sup> Vgl. dazu weiter Dok. 261.

<sup>17</sup> Hat Staatssekretär Lahr am 16. Juni 1965 vorgelegen.

<sup>18</sup> Hat Bundesminister Schröder am 16. Juni 1965 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Im Kab[inett] erörtert. Brief nach B[er]l[i]n – wie Vorlage. Konsultation!“

## Botschafter Knapstein, Washington, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-5662/65 geheim

Aufgabe: 17. Juni 1965, 10.00 Uhr<sup>1</sup>

Fernschreiben Nr. 1603

Ankunft: 17. Juni 1965, 16.13 Uhr

Betr.: Besprechungen von Herrn Bundesminister Dr. Mende in Washington<sup>2</sup>;  
hier: Gespräche mit Außenminister Rusk und Botschafter Thompson  
über die deutsche Frage.

Die deutsche Frage wurde in den Gesprächen, die Bundesminister Dr. Mende heute im State Department geführt hat, insbesondere in den Unterhaltungen mit Außenminister Rusk und Botschafter Thompson erörtert.

Bundesminister Dr. Mende schilderte anknüpfend an den soeben fertiggestellten vierten Bericht des wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen<sup>3</sup> die Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone während der letzten vier Jahre. Er wies auf die wirtschaftlichen Fortschritte und die Verbesserung der Lebenshaltung in der Zone hin und machte darauf aufmerksam, daß die Bevölkerung – insbesondere die jüngere Generation – bei fortdauernder Ablehnung des kommunistischen Regimes doch beginne, wachsendes Selbstbewußtsein und Stolz auf die trotz der Planwirtschaft erzielten Erfolge zu zeigen. Der Gefahr, daß dieses Selbstbewußtsein mit der Zeit zu einer Art von Staatsbewußtsein werde und daß die beiden Teile der Nation sich auseinanderleben könnten, sei nur durch eine Verbreiterung und Vermehrung der menschlichen Kontakte zu begegnen.

Bundesminister Dr. Mende warf in diesem Zusammenhang die Frage auf, wie man zur Bildung gesamtdeutscher Kommissionen<sup>4</sup> gelangen könne. Es sei

<sup>1</sup> Hat Bundesminister Schröder vorgelegen.

<sup>2</sup> Der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen hielt sich vom 14. bis 19. Juni 1965 in den USA auf. Zu den Gesprächen mit dem amerikanischen Außenminister Rusk über Vietnam und über die atlantische Allianz vgl. die Drahtberichte Nr. 1603 und 1611 des Botschafters Knapstein, Washington, vom 17. bzw. 18. Juni 1965; VS-Bd. 8513 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1965. Vgl. auch MENDE, Wende, S. 190 f.

<sup>3</sup> Dem Wissenschaftlichen Beirat unter Vorsitz des CDU-Abgeordneten Gradl gehörten Wissenschaftler und Repräsentanten aller im Bundestag vertretenen Parteien an. Er befaßte sich hauptsächlich mit wirtschaftlichen und sozialen Fragen im Zusammenhang mit einer möglichen Wiedervereinigung. Zum Vierten Tätigkeitsbericht vgl. den Artikel „Wiedervereinigung soll kein ‚Anschluß‘ der Zone sein“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 136 vom 15. Juni 1965, S. 3.

<sup>4</sup> Bereits am 5. Januar 1965 führte Bundesminister Mende in einem Interview für den Westdeutschen Rundfunk zur Frage konkreter Vorschläge hinsichtlich einer Wiedervereinigung Deutschlands aus: „Das mindeste, was wir erwarten können, ist die Einsetzung gemischter Kommissionen, paritätisch besetzt aus beiden Teilen Deutschlands für den Personen- und Reiseverkehr im geteilten Deutschland, für den Wirtschafts- und Warenverkehr und für Kulturaustausch und Sport [...]. Es bedarf aber einer Viermächte-Auftragslage oder zumindest einer Dreimächte-Anweisung des Westens an uns und einer Anweisung der vierten Macht, also der Sowjetunion, an Ost-Berlin.“ Vgl. DzD IV/11, S. 17.  
Vgl. dazu auch die Rede von Mende am 22. März 1965 auf dem Bundesparteitag der FDP in Frankfurt sowie das Interview mit dem Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ am 14. April 1965; DzD IV/11, S. 307–316 (Auszüge) und S. 416–421.

zwar nicht zu erwarten, daß vor den deutschen Wahlen noch Fortschritte gemacht würden. Man müsse jedoch überlegen, welche Schritte anschließend getan werden könnten, um die derzeitige Stagnation zu überwinden. Es habe den Anschein, als würden die Sowjets sich nicht einmal bereit finden, auf ein Viermächtemandat oder auch nur auf eine Mandatierung beider Teile Deutschlands durch die drei Mächte einerseits und durch sie selber andererseits einzugehen. Deshalb frage es sich, ob überhaupt eine Konstruktion ausreichend sei, bei der die Bundesregierung einerseits und die Behörden der Zone andererseits im Einvernehmen mit den Westalliierten bzw. der Sowjetunion handelten. Dies sei wohl der niedrigste denkbare Nenner im Rahmen der Viermächteverantwortung, an dem festgehalten werden müsse, wenn die gesamtdeutschen Kommissionen nicht zu Konföderationsausschüssen<sup>5</sup> werden sollten. Das Letzte käme nicht in Betracht, weil es sich im Sinne der Zweistaatentheorie auswirken müsse.

Bundesminister Dr. Mende gab weiterhin seiner Besorgnis darüber Ausdruck, daß die Sowjetunion und das Regime der Zone die Vorwahlperiode ausnutzen könnten, um Unruhe zu stiften oder, in Analogie zum Bau der Mauer 1961, neue vollendete Tatsachen zu schaffen. Er wies in diesem Zusammenhang auf die Kündigung der Bahn- und Wasserstraßentarife durch die Zonenbehörden<sup>6</sup> sowie auf die jüngsten Erschießungen an der Mauer oder in der Nähe des sowjetischen Sektors von Berlin<sup>7</sup> hin. Insbesondere äußerte er die Befürchtung, daß es zur Einführung eines Sichtvermerkszwangs für Reisen nach Berlin oder eines Durchreisevisums für Reisende aus dem Bundesgebiet in die sowjetische Besatzungszone kommen könnte.<sup>8</sup>

Außenminister Rusk führte seinerseits aus, daß die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen als Folge der Vietnamkrise eine Spannungsperiode durchliefen.<sup>9</sup> Sie seien aber auch deshalb gespannt, weil die Sowjets jedes ernsthafte Gespräch über Deutschland verweigerten. Gromyko habe zwar eine Bereitschaft zu zweiseitigen Gesprächen erkennen lassen, sie jedoch auf Berlin beschränkt. Jede Erörterung der Wiedervereinigungsfrage habe er abgelehnt.<sup>10</sup>

<sup>5</sup> Am 30. Dezember 1956 schlug der Erste Sekretär des ZK der SED, Ulbricht, erstmals die Bildung einer Konföderation beider deutscher Staaten als Zwischenlösung vor, bis es möglich sei, „die Wiedervereinigung und wirklich demokratische Wahlen zur Nationalversammlung zu erreichen“. Dies wurde im Verlauf des Jahres 1957 dahingehend konkretisiert, daß nach dem Ausscheiden beider deutscher Staaten aus der NATO bzw. dem Warschauer Pakt und dem Abzug der Truppen der Vier Mächte ein völkerrechtlicher Vertrag zwischen der Bundesrepublik und der DDR geschlossen und ein paritätisch besetzter Gesamtdeutscher Rat geschaffen werden sollte. Für den Wortlaut des Vorschlags vom 30. Dezember 1956 vgl. DzD III/2, S. 1002–1012.

<sup>6</sup> Vgl. dazu Dok. 251.

<sup>7</sup> Am 15. Juni 1965 wurde Hermann Döbler von Grenzposten der DDR am Teltow-Kanal erschossen, seine Begleiterin Elke Märtens lebensgefährlich verletzt. Vgl. dazu den Artikel „West-Berliner bei Grenzzwischenfall getötet“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 137 vom 16. Juni 1965, S. 1.

<sup>8</sup> Zu den Beratungen in der Washingtoner Botschaftergruppe über mögliche Gegenmaßnahmen im Falle eines Visumszwangs durch die DDR vgl. Dok. 292, besonders Anm. 10–13.

<sup>9</sup> Vgl. dazu auch Dok. 228.

<sup>10</sup> Vgl. dazu die Ausführungen des sowjetischen Außenministers während der Gespräche in Washington im Dezember 1964; Dok. 3, Anm. 30.



Man habe in Washington den Eindruck, daß die neue sowjetische Führung<sup>11</sup> konservativer und engherziger denke als Chruschtschow, jeder kühnen Initiative abgeneigt sei und als ein Kollektiv schwerfälliger reagiere. Möglicherweise spiele dabei auch eine Rolle, daß die Bewegung, in die Osteuropa geraten sei, jede Konzession in der deutschen Frage erschwere und die Sowjets insbesondere vor dem Gedanken eines Rückzugs ihrer Truppen aus Mitteldeutschland zurückschrecken lasse.

Die amerikanischen Bemühungen um eine Verbreiterung der Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten würden in Moskau mit dem größten Mißtrauen verfolgt. Man habe übrigens den Eindruck, daß sich im europäischen Ostblock ein innerer Kreis, bestehend aus der Sowjetunion, Polen, der SBZ und der Tschechoslowakei, gebildet habe, in dem beispielsweise strategische Probleme gesondert erörtert würden. Es scheine sich in Moskau die Auffassung durchgesetzt zu haben, daß die übrigen osteuropäischen Staaten von geringerer Bedeutung seien.

Auf die abschließend von Außenminister Rusk gestellte Frage, wie eine Volksabstimmung über die Wiedervereinigung in Mitteldeutschland ausgehen würde, erwiderte Bundesminister Dr. Mende, daß sich bei einer durch die Vereinten Nationen kontrollierten Abstimmung zweifellos 90 Prozent der Bevölkerung für die Wiedervereinigung aussprechen würden. Höchstens 10 Prozent stünden dem System innerlich nahe. Das Steigen des Selbstbewußtseins in der Bevölkerung beruhe, wie er wiederhole, nur auf dem Stolz auf die eigene Leistung.

In dem getrennt geführten Gespräch mit Thompson stimmte dieser der Ansicht zu, daß die Sowjets sich vor den deutschen Wahlen auf keinerlei Verhandlungen einlassen würden. Ob sie sich anschließend bereit zeigen würden, auf den Gedanken gesamtdeutscher Kommissionen einzugehen, sei zweifelhaft. Allein die Tatsache, daß der Westen Interesse an diesem Gedanken zeige, sei ein Grund, ihn abzulehnen. Möglicherweise würden die Sowjets jedoch positiver reagieren, wenn man mit diesem Konzept weitere Elemente verbinde, die für sie eventuell von Interesse wären. Soweit sich die Sowjets überhaupt bereit zeigen sollten, dem Gedanken der Kommissionen näherzutreten, der ja auf eine Verlängerung der Viermächteverantwortung hinausliefe, würden sie das wohl nur in der Form tun, daß jede der beiden Seiten „ihre Deutschen“ zum Handeln aufforderte.

Zu der Frage von Bundesminister Mende nach möglichen Zwischenfällen während der Vorwahlperiode bemerkte Thompson, ohne im einzelnen darauf einzugehen, daß die vom Bundesminister geschilderten Gefahren nicht ausgeschlossen werden könnten. Wie er hinzusetzte, mache man sich hier wegen der sowjetzonalen Helikopterflüge in der Berliner Kontrollzone Sorgen<sup>12</sup>, weil sie zu Zwischenfällen führen könnten.

<sup>11</sup> Zum Führungswechsel in der UdSSR am 14./15. Oktober 1964 vgl. Dok. 23, Anm. 29.

<sup>12</sup> Seit dem 25. März 1965 hatten 25 Flüge über Berliner Territorium stattgefunden, „davon 6–7 Flüge, die den Westberliner Luftraum gestreift haben und 2 direkte Einflüge nach Westberlin“. Am 24. Juni 1965 stellte Ministerialdirektor Krapf dazu fest, es handele sich dabei „um das politisch heikelste Problem“, da sich diese Vorstöße gegen die drei Westmächte richteten, die auch

Andererseits müsse man berücksichtigen, daß die Sowjets durch die Krise in Vietnam stark beansprucht seien und kaum Interesse an einer zweiten Konfrontation mit den Vereinigten Staaten haben könnten. Sie würden deshalb voraussichtlich vorsichtig taktieren, soweit sie die Ereignisse unter Kontrolle hätten. Allerdings zeige der kürzliche Überfall auf die amerikanische Militärmission in Potsdam<sup>13</sup>, daß das Ulbricht-System versuche, Druck auf die Sowjets auszuüben, um die Erlaubnis zu Aktionen zu erhalten, die der Förderung der Zweistaatentheorie diene. Thompson setzte, wie schon anderenorts berichtet<sup>14</sup>, hinzu, daß er mit einer Erörterung der deutschen Frage auf der Konferenz der afro-asiatischen Staaten in Algier<sup>15</sup> nicht rechne.

Zur Frage der innersowjetischen Verhältnisse stimmte Thompson der von Bundesminister Dr. Mende geäußerten Auffassung zu, daß die neue sowjetische Führung nicht unbedingt sicher im Sattel sitze. Die Möglichkeit einer Machtergreifung durch die jüngere Generation könne nicht ausgeschlossen werden.

In der an sich begrüßenswerten Entwicklung zu einem liberalen Wirtschaftssystem<sup>16</sup> begegneten die Sowjets der Schwierigkeit, daß sie einerseits dezentralisieren müßten, sich andererseits aber nicht entschließen könnten, die damit verbundene Lockerung der Kontrolle durch die Partei in Kauf zu nehmen. Die Folge sei eine schwankende und unsichere Politik.

[gez.] Knapstein

VS-Bd. 8513 (Ministerbüro)

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1056*

für Gegenmaßnahmen verantwortlich wären. Vgl. VS-Bd. 8519 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1965.

Am 21. Juni 1965 protestierten die Drei Mächte gegen die Hubschrauberflüge. Vgl. dazu weiter Dok. 261.

<sup>13</sup> Am 1. Juni 1965 wurde die amerikanische Flagge vor dem Gebäude der amerikanischen Militärmission in Potsdam abgerissen. Vgl. dazu den Artikel „Die Belästigungen in Potsdam“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 128 vom 4. Juni 1965, S. 1.

<sup>14</sup> Vgl. den Drahtbericht Nr. 1305 des Botschafters Knapstein, Washington, vom 19. Mai 1965; VS-Bd. 3723 (II 1); B 150, Aktenkopien 1965.

<sup>15</sup> Zur für den 29. Juni 1965 geplanten Zweiten Afro-asiatischen Konferenz vgl. Dok. 254, Anm. 16.

<sup>16</sup> Der sowjetische Fünfjahres-Plan für die Jahre 1966 bis 1970 sah im Gegensatz zu früheren Plänen, die vornehmlich auf eine Förderung der Schwerindustrie gerichtet waren, eine gezielte Förderung auch der Konsumgüterindustrie vor und zielte auf eine Hebung des Lebensstandards in der UdSSR ab. Vgl. dazu auch den Artikel „Moskau: Mehr Lohn und mehr Autos“; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG, Nr. 95 vom 21. April 1965, S. 2.

## Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem ehemaligen britischen Schatzkanzler Maudling

Z A 5-72.A/65 geheim

18. Juni 1965<sup>1</sup>

Der Herr Bundesminister des Auswärtigen empfing am 18. Juni 1965 um 10.45 Uhr Herrn Maudling.

Herr *Maudling* erwähnte zunächst das derzeitige Devisenhilfeabkommen<sup>2</sup>, das er für eine gute Abmachung halte, obgleich es nun von der Labour-Regierung kritisiert werde.<sup>3</sup> Man könne nicht mehr verlangen, als daß die Bundesregierung sich verpflichte, ihr möglichstes zu tun, um zu einem Devisenausgleich beizutragen.

Der Herr *Minister* sagte, selbst wenn in dem Abkommen keine spezifische Zahl erwähnt werde, werde doch davon ausgegangen, daß sich die deutsche Seite bemühe, an die bisherigen Zahlen, die sicher kaum zu erreichen seien, so nahe wie möglich heranzukommen. Er halte die derzeitige Auseinandersetzung über das Abkommen<sup>4</sup> für theoretisch und rein politisch.

Herr *Maudling* ging dann auf Überlegungen zur Europapolitik ein, die er in einem Vortrag am gleichen Tag in München darlegen wolle. Er sei der Auffassung, daß sich die wirtschaftlichen Probleme leichter lösen ließen, wenn erst einmal die wesentlichen politischen und strategischen Fragen einer Klärung zugeführt seien. Die Konzeption eines Europas der Vaterländer<sup>5</sup> scheine ihm überholt zu sein, doch seien auch viele Föderalisten in ihren Auffassungen zu extrem, da sie in zu kurzer Zeit zuviel erreichen wollten. Es komme darauf an, eine praktikable Lösung zu finden.

Der Herr *Minister* stimmte diesen Überlegungen zu und bemerkte, daß sich in Deutschland gewisse idealistische Vorstellungen zum Teil aus historischen Quellen speisten. Die praktische Lösung sollte seiner Ansicht nach in einer

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Weber am 21. Juni 1965 gefertigt.

Hat Bundesminister Schröder vorgelegen.

<sup>2</sup> Zum deutsch-britischen Devisenausgleichsabkommen vom 27. Juli 1964 vgl. Dok. 13, Anm. 16.

<sup>3</sup> In der Debatte im britischen Unterhaus am 11. März 1965 erklärte Premierminister Wilson zum Devisenausgleichsabkommen: „It is an unsatisfactory Agreement. It is working in a disappointing way.“ Auf eine Frage des früheren Staatsministers im britischen Schatzamt, Boyd-Carpenter, ob er es für günstiger gehalten hätte, wenn die frühere, von der Konservativen Partei gebildete Regierung kein Abkommen mit der Bundesrepublik abgeschlossen hätte, antwortete Wilson: „I think that would have been better than the one we got. The best course would have been for the right hon[ourable] Gentleman to have used his persuasive powers, which we all know in this House, to have got in the negotiations an Agreement that would have enabled us to get a real contribution to our support costs.“ Vgl. HANSARD, Bd. 708, Sp. 623 und 625 f. Vgl. dazu auch Dok. 122, Anm. 14.

<sup>4</sup> Zum Stand der Verhandlungen über das Devisenausgleichsabkommen vgl. Dok. 260, Anm. 10.

<sup>5</sup> Eine derartige Konzeption vertrat der französische Staatspräsident. Vgl. dazu DE GAULLE, *Mémoires d'espoir* 1958-1962, S. 181 f., und ADENAUER, *Erinnerungen* IV, S. 145-149.

Auf einer Pressekonferenz am 15. Mai 1962 bestritt de Gaulle allerdings, den Begriff „l'Europe des patries“ je verwendet zu haben. Vgl. DE GAULLE, *Discours et messages*, Bd. 3, S. 406.

organisierten Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem, politischem und verteidigungspolitischem Gebiet bestehen. Er begrüße den Vortrag von Herrn Maudling, weil er sicher dazu beitrage, von gewissen idealistischen und theoretischen Vorstellungen herunterzukommen und die konkreten und praktischen Probleme mehr in den Mittelpunkt zu stellen. Es sei nützlich, wenn die britische Stimme nach Europa herüberdringe, da sonst die Gefahr bestehe, daß sich die supranationalen Forderungen in den Diskussionen versteinerten, wodurch politischer Fortschritt nur erschwert würde. Er brauche nicht zu wiederholen, daß sich die Bundesregierung immer für ein Heranrücken Großbritanniens an Europa eingesetzt habe und es für nützlich halte.

Herr *Maudling* berichtete sodann über ein Gespräch mit Couve de Murville, dessen Äußerungen über das europäisch-amerikanische Verhältnis ihn sehr enttäuscht hätten.

Der Herr *Minister* bezeichnete die französische Haltung als extrem und übertrieben.<sup>6</sup> Es handele sich<sup>7</sup> um einen psychologischen Vorgang. Die Franzosen fürchteten eine amerikanische Vorherrschaft und Überfremdung und wollten deshalb ihre Eigenständigkeit und Unabhängigkeit umso stärker betonen.

Auf die Frage nach den deutschen Vorstellungen über die NATO-Strategie bemerkte der Herr Minister, deutscherseits sehe man diese Angelegenheit nur im atlantischen Zusammenhang. Die Organisation einer europäischen Verteidigung erscheine unmöglich, unnützlich und unvernünftig. Das Fortbestehen des Atlantischen Bündnisses sei unerlässlich, weil nur so ein genügendes Gegengewicht gegen die Sowjetunion und den sowjetischen Block zu schaffen sei. Der französischen Vorstellung einer Dritten Macht<sup>8</sup> schließe man sich nicht an. Alle Fragen, die eines Tages mit der Sowjetunion erörtert werden müßten, einschließlich der Deutschlandfrage, könnten mit den Russen sicher nicht besprochen werden, wenn vorher eine separate europäische militärische Einheit geschaffen worden sei. Um zu einem Ausgleich mit dem Osten zu gelangen, sei es unerlässlich, daß das amerikanische Gewicht stark in der europäischen Waagschale gespürt werde.

Der Herr Minister betonte weiter, daß auch die Fragen der nuklearen Strategie nur im Rahmen des Bündnisses behandelt werden könnten. Er glaube aber, daß eine weitere nukleare Integration innerhalb des Bündnisses auf der Grundlage der bisher besprochenen Vorschläge angestrebt werden sollte. Zwischen dem ANF- und MLF-Projekt einerseits und dem McNamara-Vorschlag<sup>9</sup> andererseits bestehe insofern ein Unterschied, als es sich bei letzterem nur um eine Studiengruppe auf hoher Ebene handle. Eine Mitverantwortung sei aus psychologischen Gründen wichtig, weil dadurch einerseits die Zusammenarbeit innerhalb des Bündnisses vertieft, andererseits bei den Vereinigten Staaten ein besseres Verständnis für die Ansichten und Notwendigkeiten der Partner gefördert werde. Eine multilaterale Organisation wirke demnach

<sup>6</sup> Zur französischen Haltung gegenüber den USA vgl. die Ausführungen des Staatspräsidenten de Gaulle in der Radio- und Fernsehansprache vom 27. April 1965; Dok. 194, Anm. 5.

<sup>7</sup> An dieser Stelle wurde von Bundesminister Schröder gestrichen: „schon“.

<sup>8</sup> Vgl. dazu auch Dok. 233, Anm. 4.

<sup>9</sup> Zum Vorschlag des amerikanischen Verteidigungsministers vom 31. Mai 1965 für ein „select committee“ vgl. Dok. 235.

nach beiden Seiten hin. Sie sei aus politischen und psychologischen Gründen wichtig, denn wenn sich tatsächlich aus Gründen der allgemeinen Strategie eine Änderung in der Auffassung über den Einsatz taktischer nuklearer Waffen ergeben sollte, sei es für die deutsche Seite außerordentlich wichtig, sichtbar an einem nuklearen Verteidigungssystem beteiligt zu sein. Deshalb sei man der Auffassung<sup>10</sup>, daß den MLF und ANF-Vorschlägen eigener Wert zukomme.

Das Gespräch endete kurz nach 11.30 Uhr.

VS-Bd. 8513 (Ministerbüro)

## 254

### Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem marokkanischen Außenminister Benhima

Z A 5-73.A/65 geheim

18. Juni 1965<sup>1</sup>

Der Herr Bundesminister des Auswärtigen empfing am 18. Juni 1965 um 11.45 Uhr den marokkanischen Außenminister, Herrn Benhima, und den marokkanischen Botschafter in Bonn, Herrn Dr. Omar Boucetta, in Anwesenheit von Herrn Ministerialdirektor Professor Dr. Meyer-Lindenberg und Herrn Ministerialdirigent Böker.

Der Herr *Minister* begrüßte seinen marokkanischen Kollegen, der sich zum ersten Mal in der Bundesrepublik aufhält, und sprach seine Freude über dessen Besuch aus. Marokko genieße in Deutschland viele Sympathien, nicht nur aufgrund der jahrzehntelangen guten Beziehungen, sondern auch infolge der Haltung, die Marokko in der jüngsten Krise eingenommen habe.<sup>2</sup>

Minister *Benhima* dankte für diese Worte und erklärte, er habe nie einen Zweifel über die tief freundschaftlichen Gefühle und die traditionellen Interessen gehegt, die Deutschland und Marokko schon immer verbunden hätten. Kürzlich habe Marokko dies sehr klar zum Ausdruck gebracht. Ursprünglich habe sein Land die Absicht gehabt, die ersten offiziellen Kontakte zur Bun-

<sup>10</sup> Der Passus „Deshalb ... Auffassung“ ging auf Streichungen des Bundesministers Schröder zurück. Vorher lautete er: „Deshalb sei man bisher der Auffassung gewesen“.

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscherin Bouverat am 21. Juni 1965 gefertigt. Am 21. Juni 1965 vermerkte der Leiter des Ministerbüros, Simon, handschriftlich für Bundesminister Schröder: „Wie mir O[ber]R[egierungs]R[at] Müller vom Bundespräsidialamt mitteilte, ist der Herr Bundespräsident an einer Unterrichtung über die Gespräche mit dem marokkanischen Außenminister interessiert. Eine zusammenfassende Aufzeichnung der Abt[eilung] I gibt es nicht. Ich hätte keine Bedenken, Herrn Staatssekretär Berger Einblick in die Dolmetscher-Aufzeichnung zu geben, ohne sie allerdings dort zu belassen. Im übrigen schlage ich Verteilung an St[aa]ts]S[ekretär] und D I vor.“  
Hat Schröder am 21. Juni 1965 vorgelegen.

<sup>2</sup> Zur marokkanischen Haltung in der Nahost-Krise vgl. zuletzt Dok. 207.

desrepublik seit der Erlangung der Unabhängigkeit<sup>3</sup> durch einen persönlichen Besuch Seiner Majestät König Hassans II. aufzunehmen.<sup>4</sup> Die jüngsten Geschehnisse in den deutsch-arabischen Beziehungen sollten keinerlei Auswirkungen auf den geplanten Staatsbesuch haben. Nachdem die Bundesregierung jedoch am 5. März (sic!) in einem Kommuniqué die Absicht geäußert habe, Beziehungen zu Israel aufzunehmen<sup>5</sup>, habe seine Regierung gedacht, ein Besuch des Königs noch in der gleichen Woche in Deutschland wäre etwas heikel. Im Hinblick auf die Aufrechterhaltung guter Beziehungen habe sie es für richtig erachtet, den Besuch bis zu einer Zeit zu verschieben, in der das „Gewitter, das zum ersten Mal aus der ägyptischen Wüste heraufgezogen war“ abgewandert sei.<sup>6</sup> Er nehme an, daß auch die Bundesregierung diese Auffassung teile und eine Verschiebung des Staatsbesuchs ebenfalls für sehr nützlich halte. Er – Minister Benhima – sei jedoch beauftragt, dem Herrn Minister mitzuteilen, daß Seine Majestät König Hassan II. sich sehr freuen würde, nach Deutschland zu kommen, wenn der deutsche Zeitplan dies gestatte. Nach der durchgemachten Prüfung sei die Grundlage für diesen Besuch vielleicht sogar noch solider geworden.

Während seines Besuchs in Marokko habe Bundestagspräsident Gerstenmaier<sup>7</sup> in einem sehr freimütigen Gespräch mit Hassan II. bewiesen, wie aufgeschlossen die Bundesregierung gegenüber den großen Problemen aller Art sei, vor denen Marokko stehe. Es sei damals geplant worden, daß der marokkanische Außenminister nach Deutschland kommen und an Ort und Stelle mit Mitgliedern der Bundesregierung Gespräche aufnehmen solle.

Der Herr *Minister* dankte für diese Ausführungen und bestätigte seinerseits, daß man hier ebenfalls es für richtig gehalten habe, das Gewitter verziehen zu lassen. Angesichts der freundschaftlichen Haltung, die Marokko in einer für die Bundesregierung schwierigen Lage eingenommen habe, sei eine weitere gute Voraussetzung für den Staatsbesuch König Hassans geschaffen worden, der in Deutschland sicher mit großer Herzlichkeit und Sympathie aufgenommen werde. Hinsichtlich des Termins verwies er auf die bevorstehenden Wahlen und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen der Mitglieder der Bundesregierung. Es könne infolgedessen ein Termin etwa zu Beginn des kommenden Jahres<sup>8</sup> ins Auge gefaßt werden.<sup>9</sup>

<sup>3</sup> Marokko erlangte nach Aufhebung der Protektoratsverträge mit Spanien und Frankreich 1956 die Unabhängigkeit.

<sup>4</sup> Zum geplanten Besuch des Königs Hassan II. in der Bundesrepublik vgl. Dok. 117, Anm. 3.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut des Kommuniqués vom 7. März 1965 vgl. BULLETIN 1965, S. 325.

<sup>6</sup> Vgl. dazu Dok. 117.

<sup>7</sup> Zum Besuch des Bundestagspräsidenten vom 19. bis 22. April 1965 in Marokko vgl. den Schriftbericht des Botschafters Hess, Rabat, vom 26. April 1965; Referat I B 4, Bd. 160.

<sup>8</sup> König Hassan II. besuchte vom 29. November bis 2. Dezember 1965 die Bundesrepublik. Für das Kommuniqué vgl. BULLETIN 1965, S. 1533.

<sup>9</sup> Zu diesem Absatz vermerkte Bundesminister Schröder am 22. Juni 1965 handschriftlich für Ministerialdirigent Simon: „S. 2 unten wird Staatsbesuch behandelt, ohne von Bu[ndes]Präs[identen] zu sprechen. Das versteht sich dahin, daß dies die Überlegungen der Bu[ndes]Reg[ierung] sind für ihre Vorschläge an Bu[ndes]Präs[ident].“

Dazu handschriftlicher Vermerk von Simon vom 22. Juni 1965: „Staatssek[retär] Berger heute von mir unterrichtet.“

Der marokkanische *Außenminister* führte sodann aus, er wolle die Gelegenheit ergreifen, um dem Herrn Minister die tieferen Beweggründe für die Haltung seiner Regierung in der kürzlichen Krise zu erläutern, wenn auch König Hassan Herrn Bundestagspräsident Gerstenmaier gegenüber bereits eine vollständige Darlegung dieser Gründe gegeben habe.<sup>10</sup> Die marokkanische Haltung sei nicht „konjunkturell“ bedingt gewesen. In der Tat seien die Beziehungen zwischen den beiden Ländern besonders seit der Unabhängigkeit Marokkos außerordentlich fruchtbar gewesen und nicht nur freundschaftlich und herzlich. Sie hätten ihren positiven Ausdruck in der Zusammenarbeit und Unterstützung der Bundesregierung gefunden. Was die politische Interessenlage hinsichtlich bestimmter Probleme betreffe, seien die Standpunkte der beiden Regierungen und die Beurteilung der Situation nach innen und außen identisch. Die marokkanische Haltung sei auch nicht auf das Bestreben zurückzuführen, seitens der Bundesrepublik eine Behandlung auf dem Gebiet der Hilfe und Unterstützung zu verdienen, denn Deutschland habe ja gegenüber allen arabischen Ländern eine „tätige Sympathie“ bewiesen. Die marokkanische Haltung entspreche vielmehr einem sehr bestimmten politischen Grundsatz, dessen Wurzeln in eine Zeit zurückzuführen seien, als Marokko noch nicht unabhängig geworden sei und das Schicksal Deutschlands durch den Willen nicht des deutschen Volks, sondern anderer Mächte im Sinne einer Teilung entschieden wurde – zu einer Zeit also, in der auch Marokko noch von zwei großen Kolonialmächten besetzt war, während ein dritter Teil – Tanger – unabhängig<sup>11</sup> war. Bei Erlangung der Unabhängigkeit seien Manöver unternommen worden, um eine Teilung Marokkos in zwei bis drei verschiedene Gebilde zu erreichen. Dies habe große Besorgnis hervorgerufen, und die marokkanische Regierung habe viele Kompromisse und Einbußen seiner Souveränität hingenommen<sup>12</sup>, um die Einheit des Landes zu erreichen. Sie habe damit nicht unrecht gehabt. Infolgedessen sei er der Auffassung, daß Marokko psychologisch und politisch besonders dazu berufen sei, zu verstehen, daß das deutsche Volk seiner nationalen Einheit die Priorität gegenüber allen anderen politischen Imperativen einräume. Es habe Verständnis dafür, daß die internationale Politik Deutschlands, insbesondere ihre Reaktionen gegen alles, was eine Aufrechterhaltung der Teilung bewirken könnte, unter dem Blickpunkt ihres Hauptziels, der Wiedererlangung der Einheit, zu betrachten sei. Wer unter den Arabern für eine Anerkennung „Ostdeutschlands“ eintrete<sup>13</sup>, verfolge

<sup>10</sup> Dazu hielt Bundestagspräsident Gerstenmaier im Rückblick fest, König Hassan II. habe zwar Vorbehalte gegen die Israel-Politik der Bundesrepublik gezeigt, aber zugestanden, „daß wir Deutsche uns in der Israel- und Judenfrage überhaupt in einer anderen Lage befänden als andere Staaten. [...] Ich hatte noch nicht lange geredet, als er mich – überraschend – fragte, wenn wir so gute Gründe für die Normalisierung unserer Beziehungen zu Israel hätten, warum in aller Welt wir sie denn dann nicht schon lange hergestellt hätten?“ Vgl. GERSTENMAIER, Streit und Friede, S. 504 f.

<sup>11</sup> Tanger war bis 1960 internationale Zone.

<sup>12</sup> Zwischen Spanien und Marokko gab es seit der Erlangung der Unabhängigkeit Marokkos Auseinandersetzungen um die spanischen „festen Plätze“ Ceuta und Melilla sowie die Spanische Sahara. Zudem räumte Spanien erst am 1. September 1961 seine ehemalige Protektorszone im Norden Marokkos. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Referats I A 4 vom 23. Februar 1965; VS-Bd. 2635 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1965.

<sup>13</sup> Zu einer möglichen Anerkennung der DDR durch arabische Staaten vgl. Dok. 134, Anm. 2.

dabei Ziele, die völlig außerhalb der hier angestellten Überlegungen stünden. Dadurch, daß Marokko sich geweigert habe, sich der Einstellung bestimmter arabischer Staaten zugunsten einer Anerkennung Ostdeutschlands anzuschließen, sei es einem Dogma seiner nationalen Politik, das bis in das 13. Jahrhundert zurückreiche, treu geblieben, wonach die Einheit von primordialer Bedeutung gegenüber allem anderen zu rangieren habe. Die marokkanische Regierung sei der Auffassung, daß in den Beziehungen zwischen Deutschland und den arabischen Ländern die Israel-Frage – so schmerzlich sie für alle arabischen Völker im Osten und Westen sei – keinen ausreichenden Grund für eine Gefährdung der ausgezeichneten Beziehungen zwischen Deutschland und den arabischen Ländern darstelle. Man glaube in Marokko verstanden zu haben, daß insbesondere die Haltung Ägyptens diktiert gewesen sei durch internationale Erwägungen, die nichts mit dem Palästina-Problem zu tun hätten. Es gebe bestimmte Anzeichen zur ziemlich sicheren Annahme, daß Ägypten sich beim letzten Chruschtschow-Besuch<sup>14</sup> mit der Sowjetunion darüber geeinigt habe, daß Nasser den Weg zu einer weitgehenden Anerkennung Ostdeutschlands durch die Länder der „Dritten Welt“ eröffnen sollte<sup>15</sup>: Nach Nasser sollten einige arabische Länder, die in seinem politischen Kielwasser oder unter seinem Druck standen, sowie einige afrikanische Länder mit einem besonderen Vasallenverhältnis zu Kairo und bestimmte asiatische Länder, die in ihrer weltpolitischen Linie Moskau sehr nahe stünden, dem Schritt des ägyptischen Staatschefs folgen. Bei der demnächst beginnenden Konferenz in Algier<sup>16</sup> sollte – nach den ursprünglichen Plänen – die ägyptische Diplomatie diesen Gedanken hochspielen und eine Art Kettenreaktion auslösen, die innerhalb der kommenden 6 bis 12 Monate zu einer Anerkennung Ostdeutschlands durch eine große Anzahl von Staaten führen sollte.

Da im Rahmen der derzeitigen Entspannungsbemühungen zwischen Ost und West die deutsche Frage sozusagen ein Stachel im Fleisch bleibe, könnten die Russen, wenn Pankow einmal von 60 bis 80 Staaten anerkannt sein würde, die westlichen Partner dazu auffordern, diesem Umstand Rechnung zu tragen und dadurch – vermeintlich – dem Weltfrieden dienen. Somit könnte die deutsche Einheit auf Kosten einer vorübergehenden oder längeren Verständigung zwischen den beiden Blöcken geopfert werden. Marokko habe keinen Grund, an einem derartigen Manöver, das nichts mit der Frage der deutsch-arabischen Beziehungen und der Palästina-Frage zu tun habe, teilzunehmen. Präsident Nasser würde im Grunde genommen dadurch nur seinen eigenen Interessen dienen, die sowjetische Diplomatie unterstützen und vielleicht auch die Aufgabe bestimmter westlicher Großmächte erleichtern.

Der Herr *Minister* dankte Herrn Benhima für diese Ausführungen und für die außerordentlich wertvolle, ja in gewisser Beziehung ermutigende Haltung Marokkos in der jüngsten Krise, die unvergessen bleiben werde. In der Tat könne

<sup>14</sup> Der sowjetische Ministerpräsident besuchte die VAR vom 9. bis 25. Mai 1964. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, Z 133.

<sup>15</sup> Vgl. dazu auch Dok. 134, Anm. 20.

<sup>16</sup> Zur für den 29. Juni 1965 geplanten Zweiten Afro-asiatischen Konferenz vgl. Dok. 1, Anm. 5. Wegen des Staatsstrechs in Algerien vom 19. Juni 1965 wurde die Konferenz am 26. Juni auf den 5. November 1965 verschoben. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1965, Z 140. Vgl. weiter Dok. 414, Anm. 30.



ein Land wie Marokko aufgrund der eigenen nationalen Erfahrungen eine Situation wie die deutsche besser verstehen. Es treffe zu, daß die deutschen Reaktionen auf internationaler Ebene nur durch die Priorität zu verstehen seien, die der Frage der nationalen Einheit eingeräumt werde. Sehr interessant sei auch die Analyse über die mutmaßlichen Motive Ägyptens und ihre Vorgeschichte. Auf deutscher Seite habe man oft Überlegungen nach diesen Motiven angestellt, um so mehr, als bisher die Beweggründe nicht mit Sicherheit zutage getreten seien. Im allgemeinen seien die Ereignisse von deutscher Seite wie folgt dargelegt worden: Der Besuch Chruschtschows und die darauf folgende Reise Schelepins<sup>17</sup> hätten den Auftakt für den Besuch Ulbrichts<sup>18</sup> dargestellt. Ägypten habe nicht die Absicht gehabt, weder vor der Einladung noch während des Besuchs noch später Pankow anzuerkennen – wobei die Frage, ob der Ulbricht-Besuch an sich nicht schon eine Anerkennung beinhalte, ausgeklammert werden solle. Aufgrund der hier verfügbaren Informationen sei man vielmehr der Auffassung, daß Nasser ein Interesse daran habe, sich auf einem schmalen Grat zu bewegen, wobei einerseits den Beziehungen zur Bundesrepublik die Priorität eingeräumt und andererseits die Beziehungen zu Pankow so weit wie möglich entwickelt werden sollten. Diese Analyse stünde in einem gewissen Gegensatz zur Annahme eines „kompletten Komplotts“ zwischen Chruschtschow, Schelepin und Nasser, aufgrund dessen dieser letztere eine Bresche in die internationale Schranke schlagen sollte, die sich Pankow entgegenstellt. Falls es tatsächlich ein derartiges Komplott gegeben habe, müßte man sich fragen, welche Momente seine Durchführung verhindert haben, warum Nasser nicht auf diesem Weg vorangeschritten sei, warum er einige Monate später seine Haltung geändert habe. In diesem Zusammenhang wäre es interessant, etwas über die voraussichtliche ägyptische Taktik bei der Algier-Konferenz zu erfahren. Er (der Herr Minister) sei sich im klaren darüber, daß man sich auf dem Gebiet reiner Spekulationen befinde, aber er würde gerne die Gelegenheit der Anwesenheit eines so ausgezeichneten Kenners der arabischen Welt wie Herrn Benhima benutzen, um zu versuchen, etwas mehr Klarheit über die Beweggründe Nassers zu gewinnen.

Der marokkanische *Außenminister* antwortete, er habe anläßlich der letzten Kairoer Konferenz<sup>19</sup> ein Gespräch mit Präsident Nasser geführt, in dem dieser die Haltung Marokkos gegenüber Deutschland kommentiert habe. Nasser habe ihm wörtlich gesagt: „Im Grunde genommen habe König Hassan II. die Lage vollständiger beurteilt als wir.“ (Au fond Hassan II. a apprécié la situation d'une manière plus complète que nous.) Präsident Nasser habe fortgefahren, er habe zuerst die Absicht gehabt, Ostdeutschland anzuerkennen, was viel logischer gewesen wäre angesichts der Tatsache, daß die Bundesrepublik mit Israel Beziehungen aufnehmen wollte, das ein abgetrenntes arabisches Gebiet besetze. Die natürliche Reaktion eines arabischen Landes würde in der Anerkennung einer Regierung bestanden haben, die ein deutsches Teilgebiet

<sup>17</sup> Der sowjetische Stellvertretende Ministerpräsident besuchte die VAR vom 18. bis 29. Dezember 1964. Vgl. dazu Dok. 10, Anm. 8.

<sup>18</sup> Zum Besuch des Staatsratsvorsitzenden Ulbricht vom 24. Februar bis 2. März 1965 in der VAR vgl. Dok. 104.

<sup>19</sup> Zur Konferenz der arabischen Außenminister am 14./15. März 1965 in Kairo vgl. Dok. 129.

besetze. Er (Nasser) sei der Auffassung gewesen, daß in der damaligen Konstellation – und dies stelle eine Antwort auf die erste Frage des Herrn Ministers dar – eine Anerkennung Ostdeutschlands verfrüht gewesen sei. Angesichts der Empfindlichkeit der Deutschen in bezug auf alles, was die Teilung ihres Landes betrifft, habe er (Nasser) jedoch aus taktischen Gründen die Drohung ausgesprochen, um die Entscheidung der Bundesrepublik zu verzögern oder eine Änderung zu erreichen.

Diesen Worten Nassers sei erstens das Geständnis zu entnehmen, daß der ägyptische Staatschef nicht verhehlt, daß er ursprünglich die Absicht gehabt habe, Ostdeutschland anzuerkennen, daß ihm dies vom formalen Standpunkt her als eine natürliche Lösung erschienen sei. Bevor er jedoch den Schritt voran machen wollte, habe er beabsichtigt, nur mit der Anerkennung zu drohen, um Deutschland von seiner Haltung gegenüber Israel abzubringen. Nasser habe aber auch gesagt, in der damaligen Konstellation sei es „verfrüht“ gewesen. Dies bedeute, daß er offensichtlich in Kontakten mit mehreren arabischen und afrikanischen Staaten festgestellt habe, daß ihm nicht viele folgen würden und daß sich ein derartiger Schritt auch im Hinblick auf seine Beziehungen mit Moskau nicht auszahlen würde. Ursprünglich möge Nasser wohl gedacht haben, daß infolge der Hallstein-Doktrin im Falle einer Anerkennung Ostdeutschlands die Bundesrepublik von sich aus die Beziehungen zu den arabischen Staaten abbrechen würde. Es sei ihm (dem marokkanischen Außenminister) bekannt, daß eine bestimmte Großmacht über Saudi-Arabien, Jordanien und Kuwait eine Aktion eingeleitet habe, um Nasser zu verstehen zu geben, daß eine Anerkennung Ostdeutschlands eine schwerwiegende Störung insbesondere auch der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten darstellen würde. Dies könne als weiterer Grund für das Zögern Nassers gewertet werden. Einen weiteren Beweis des Zögerns von Präsident Nasser habe die Debatte anläßlich der Kairoer Konferenz geliefert, bei der die Entscheidung über den Bruch der Beziehungen zur Bundesrepublik getroffen worden sei. In ihren Ausführungen zu dieser Frage habe die marokkanische Delegation ihre Stellungnahme nicht an die Erörterungen über die Palästina-Frage geknüpft. Sie habe vielmehr auf die internationalen Gründe hingewiesen, die die Araber bewogen hätten, seit 1946, dem Jahr der Teilung Deutschlands, also noch vor der Existenz Israels<sup>20</sup>, sich nicht der Zweistaatentheorie anzuschließen. Im übrigen habe die marokkanische Delegation darauf hingewiesen, daß durch eine Anerkennung Ostdeutschlands Israel nicht geschädigt würde; weder die militärische, noch die diplomatische und politische Stärke Israels würde dadurch eingeschränkt. Ferner sei auf die Gefahr internationaler Verwicklungen hingewiesen worden. Eine halbe Stunde nach diesen Ausführungen habe Präsident Nasser seinen Botschafter<sup>21</sup> in die Residenz König Hassan II. in Kairo entsandt, um dagegen zu protestieren. Der Botschafter habe darauf hingewiesen, daß die marokkanischen Ausführungen „viele arabische Delegationen beunruhigt (troublé) hätten.“ Die ägyptische Delegation habe ferner herausfinden wollen, ob die marokkanische Regierung mit den Amerikanern Verbindung aufgenommen und daraufhin auf die Gefahren einer Nasserschen

<sup>20</sup> Der Staat Israel wurde am 14. Mai 1948 gegründet.

<sup>21</sup> Hassan Fahmi Abdel Meguid.

Initiative hingewiesen hätte. Auf marokkanischer Seite sei man der Auffassung, daß eine derart unmittelbare und ungeschickte Demarche bei einem fremden Staatsoberhaupt sich nur dadurch rechtfertigen lasse, daß Nasser überzeugt gewesen sei, die marokkanische Delegation habe durch den Hinweis auf die damit verbundene Gefahr den Finger in die Wunde seiner Politik gelegt. Auffallend sei ferner gewesen, daß Nasser, der Tunesien zwar scharf angegriffen<sup>22</sup> und in Libyen Sabotageakte angeordnet habe, Marokko gegenüber jedoch eine nuanciertere Haltung<sup>23</sup> angenommen habe.

Der Herr *Minister* dankte für diese Ausführungen und schlug vor, die Frage der Taktik bei der Algier-Konferenz sowie einige bilaterale Fragen im weiteren Verlauf des Tages zu erörtern.<sup>24</sup>

VS-Bd. 8513 (Ministerbüro)

255

### Botschafter Soltmann, Nairobi, an das Auswärtige Amt

21/65 geheim

Aufgabe: 18. Juni 1965<sup>1</sup>

Ankunft: 22. Juni 1965

Betr.: Unterredung mit Jomo Kenyatta

#### I. Waffenhilfe

Nach Rückkehr von meiner Dienstreise nach Bonn unterrichtete ich Präsident Kenyatta am folgenden Tage über die in Bonn geführten Gespräche. Zugewegen waren Justizminister Njonjo und Landwirtschaftsminister Bruce MacKenzie. Ich habe nochmals ausgeführt, daß eine direkte Waffenhilfe durch die Bundesrepublik<sup>2</sup> aller Voraussicht nach nicht erfolgen würde, je-

<sup>22</sup> Präsident Bourguiba wurde von der arabischen Presse als „Verräter an der arabischen Sache, ein Defätist und Spalter der arabischen Nation“ bezeichnet. Vgl. AdG 1965, S. 11813.

Zur Haltung der arabischen Staaten gegenüber Tunesien vgl. auch Dok. 218, Anm. 17.

<sup>23</sup> Aufgrund der Absage des Besuchs in der Bundesrepublik nannte Präsident Nasser König Hassan II. einen „Vorkämpfer des Arabertums“. Vgl. AdG 1965, S. 11802.

<sup>24</sup> Am 14. Juli 1965 wurde die Botschaft in Rabat über die weiteren Gespräche zwischen Schröder und Benhima am 18. Juni 1965 informiert, in denen der marokkanische Außenminister wirtschaftliche Wünsche vortrug. Für den Drahterlaß Nr. 188 des Ministerialdirigenten Böker an die Botschaft in Rabat vgl. VS-Bd. 2626 (I B 4).

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Graf von Posadowsky-Wehner am 28. Juni 1965 vorgelegen.

<sup>2</sup> Am 11. März 1965 erkundigten sich der kenianische Finanzminister Gichuru und Landwirtschaftsminister MacKenzie bei Staatssekretär Carstens nach den Möglichkeiten für eine deutsche Ausrüstungshilfe. Carstens wies auf die Schwierigkeiten im Nahen Osten wegen der Waffenlieferungen an Israel hin, die die Bundesregierung dazu bewogen hätten, „allen Militärhilfen im neutralistischen Raume gegenüber größte Zurückhaltung zu üben. Er halte daher den gegenwärtigen Standpunkt für richtig.“

doch alle Schritte eingeleitet<sup>3</sup> worden seien, um einen Weg über das deutsch-britische Devisenausgleichsabkommen<sup>4</sup> zu finden. Sowohl das Auswärtige Amt als auch das Foreign Office in London hätten sich sehr positiv zu diesem Vorhaben geäußert.<sup>5</sup> Die Schwierigkeiten lägen jedoch darin, den richtigen Weg zu finden.

Man hoffe jedoch zuversichtlich, eine im allseitigen Interesse liegende Lösung baldmöglichst zu finden.<sup>6</sup>

Ich betonte weiterhin, daß die Bundesrepublik größtes Interesse daran habe, daß die Waffenlieferungen wie bisher auf dem vertraglichen Wege über Großbritannien abgewickelt würden und der Name der Bundesrepublik nicht mit einer eventuell verstärkten Waffenlieferung nach Kenia in Zusammenhang gebracht würde.

Kenyatta verstand sofort, worauf es ankam, und bestätigte, daß auch er kein Interesse daran habe, von einer anderen westlichen Macht als Großbritannien Waffen und Ausrüstungshilfe zu bekommen. Bislang würden die vertraglich vorgesehenen Hilfsmaßnahmen, ohne Aufsehen zu erregen, durchgeführt. Er würde deshalb eine solche Lösung außerordentlich begrüßen.<sup>7</sup> Die Kenntnis von diesem Vorgang soll daher in Kenia auf einen engsten Personenkreis beschränkt bleiben. Zu meiner Überraschung wollte er auch den zur Zeit so erfolgreichen Kenia-Außenminister Murumbi nicht mit ins Vertrauen ziehen.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1066*

tigen Zeitpunkt für sehr ungeeignet für eine derartige Diskussion und schlage vor, daß die kenianische Regierung in etwa drei Monaten erneut an die Bundesregierung herantrete. Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Böker vom 11. März 1965; VS-Bd. 2616 (I B 3); B 150, Aktenkopien 1965.

Am 5. Mai 1965 bat Präsident Kenyatta Botschafter Soltmann, Nairobi, erneut „um deutsche Unterstützung bei der Modernisierung der Kenia-Armee“. Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Graf von Hardenberg vom 4. Juni 1965; VS-Bd. 5112 (III A 5); B 150, Aktenkopien 1965.

<sup>3</sup> Die Wörter „jedoch alle Schritte eingeleitet“ wurden vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Graf von Posadowsky-Wehner hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

<sup>4</sup> Zum deutsch-britischen Devisenausgleichsabkommen vom 27. Juli 1964 vgl. Dok. 13, Anm. 16. Zur Verlängerung vgl. Dok. 260, Anm. 10.

<sup>5</sup> Ministerialdirigent Graf von Hardenberg schlug am 4. Juni 1965 vor: „Aus dem in London liegenden eingefrorenen deutschen Rüstungskonto in Höhe von gegenwärtig 250 Mio. DM kann nur mit britischer und deutscher Zustimmung im Rahmen des deutsch-britischen Devisenausgleichsabkommens verfügt werden. [...] Wegen der zu geringen deutschen Aufträge konnte das Rüstungskonto bisher auch nicht teilweise aufgetaut werden. Daß das britische Interesse an Kenia außerordentlich groß ist, besteht die Hoffnung, daß die Briten für den Fall einer Waffenhilfe an Kenia einer teilweisen Freigabe des Rüstungskontos ausnahmsweise ihre Zustimmung geben.“ Vgl. VS-Bd. 5112 (III A 5); B 150, Aktenkopien 1965.

Am 24. Juni 1965 notierte Legationsrat I. Klasse Hermes dazu handschriftlich: „Im B[undes]M[inisterium der] F[in]anzen ist die Frage der Finanzierung noch ungeklärt. Herr St[aa]ts[S]ekretär Grund hat sich die Entscheidung vorbehalten, aber noch nicht getroffen. Es gibt im B[undes]M[inisterium der] F[in]anzen erhebliche Widerstände gegen unseren Vorschlag, das deutsch-britische Rüstungskonto in London zu belasten. Zwischen B[undes]M[inisterium der] F[in]anzen und britischer Botschaft haben daher auch noch keine Kontakte über die finanzielle Durchführung stattfinden können.“ Vgl. VS-Bd. 2622 (I B 3); B 150, Aktenkopien 1965. Vgl. dazu weiter Dok. 338, besonders Anm. 10.

<sup>6</sup> Die Wörter „Man hoffe jedoch zuversichtlich“ und „baldmöglichst zu finden“ wurden vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Graf von Posadowsky-Wehner hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

<sup>7</sup> Vgl. dazu weiter Dok. 338.

## II. Tschou En-lais Besuch in Tansania<sup>8</sup>

In bester Laune erzählte er mir dann, wie er Tschou En-lai verhindert habe, nach Kenia zu kommen: Oskar Kambona habe ihm den Wunsch Tschou En-lais nach einem offiziellen Besuch Kenias übermittelt, worauf er ihm sagen ließ, ein so hoher Gast müsse mit großen Ehren empfangen werden, wozu in der Kürze nicht durchzuführende protokollarische Vorbereitungen notwendig seien. Einige Zeit später ließ Tschou En-lai anfragen, ob er in Nairobi sein Flugzeug auftanken könne. Hierauf ließ Kenyatta ihm sagen, „er habe leider im Moment nicht genug Benzin“.

Ich sagte Kenyatta, man müsse Tschou En-lai eigentlich sehr dankbar sein, daß er klar zum Ausdruck gebracht habe, was er in Afrika wolle und wie gut er die Aussichten für eine Revolution beurteile. Kenyatta stimmte dem zu und sagte, er habe kein Interesse, einen Mann zu empfangen, der ihn selbst beseitigen wolle.

## III. Deutschland-Problem

Zum Thema bemerkte ich, daß wir über die Haltung Nyereres in dieser Frage<sup>9</sup> enttäuscht seien. So sehr wir seine schwierige Lage verständen, gäbe es für uns eine Grenze, die wir nicht überschreiten könnten. Kenyatta entwickelte in aller Breite die Geschichte der Zulassung der SBZ über Sansibar und zeigte sich in den Grundzügen gut orientiert. Er hob die bekannte Zwangslage Nyereres hervor, der die SBZ-Botschaft auf Sansibar nicht beseitigen konnte, wenn er nicht die Union aufgeben wollte.<sup>10</sup> Unglückseligerweise habe sich Sansibar von Anfang an so fest in die Arme der Kommunisten geworfen, daß Nyerere die Insel-Politiker nicht mehr von ihrem falschen Weg überzeugen konnte.

Er, Kenyatta, habe jedoch von Anfang an eine andere Linie verfolgt, an der er auch in Zukunft festhalten werde: Von einem geteilten Staat werde jeweils nur ein Teil anerkannt, und Kenia habe seine Wahl getroffen: Bundesrepublik, Süd-Korea, Rot-China. Es habe gar keinen Zweck zu versuchen, ihn zu überreden, von dieser Linie abzuweichen, was nur zu Ärger und Schwierigkeiten führen würde. Neuerdings kämen auch die Vertreter der SBZ nicht mehr zu ihm, weil sie die Aussichtslosigkeit einzusehen begännen, etwas zu erreichen. Die Wiedervereinigung sei eine innere Angelegenheit der betreffenden Völker und müsse von diesen in Ordnung gebracht werden.

<sup>8</sup> Der chinesische Ministerpräsident besuchte Tansania vom 4. bis 8. Juni 1965. Vgl. dazu *EUROPA-ARCHIV* 1965, Z 134.

<sup>9</sup> Vgl. dazu zuletzt Dok. 250.

<sup>10</sup> Bei einem Besuch in den Niederlanden vom 21. bis 24. April 1965 erläuterte Präsident Nyerere: „Die Einrichtung eines Generalkonsulats der Zone in Daressalam sei nicht zu verhindern gewesen, wenn man ein Auseinanderfallen der Union Tanganjika/Sansibar vermeiden wollte.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 547 des Botschaftsrats I. Klasse Sahn, Paris (NATO), vom 29. April 1965; VS-Bd. 2545 (I B 3); B 150, Aktenkopien 1965. Vgl. dazu auch Dok. 45.

Ich erklärte Kenyatta, daß seine realistische Einstellung zu dem Problem und insbesondere die kompromißlose Ablehnung der SBZ durch Kenia<sup>11</sup> ihren Eindruck in Bonn nicht verfehlt habe. Auf einer solchen soliden Geschäftsgrundlage ließen sich in der Politik für beide Nationen Gewinne erzielen, nicht jedoch mit unangebrachten Demotionen.

#### IV. Versöhnungsbesuch des stellvertretenden russischen Außenministers Malik nach Ablehnung Sowjetwaffen durch Kenia<sup>12</sup>

Das Gespräch auf die Sowjets bringend bemerkte ich, daß ich manchmal den Eindruck hätte, daß die freie Welt den Gegner in Afrika überschätze, während der Kommunismus die Afrikaner unterschätze. Kenyatta wurde sofort außerordentlich lebhaft und sagte, genau das habe er bei seiner Unterredung mit Malik anläßlich dessen Versöhnungsbesuchs festgestellt, ich verstehe nicht, warum Sie unsere Waffen abgelehnt haben, wo doch so viele andere unterentwickelte Länder sie dankbar entgegengenommen haben; und ich mußte Ihnen doch auch die Experten schicken, weil bei Ihnen niemand mit solchen Waffen umgehen kann.

Da habe ich ihm erwidert: „Sie irren sich, Herr Malik. Wir sind eine fortgeschrittene Nation, und wir nehmen kein zweitklassiges Material. Im übrigen werden Sie bemerkt haben, daß meine Armee bereits über einige der modernsten britischen Waffen nicht nur verfügt, sondern auch vorzüglich damit umgehen kann.“

Zu Njonjo, McKenzie und mir gewandt: „Beweist diese Einstellung nicht, daß die Sowjets die Afrikaner für naiv und unfähig halten? Ich habe Malik diesen Zahn gezogen.“

Bruce McKenzie erwähnte zu dem Malik-Besuch noch, daß dieser bei seiner Tischrede eine ausfällige Bemerkung über die Bundesrepublik mit einem „slip of the tongue“ entschuldigt habe. Kenyatta bat mich, seinen aufrichtigen Dank an die Bundesrepublik auszusprechen für die indirekte Hilfe, die seinem Regime innenpolitisch von entscheidendem Nutzen sein könnte.

Es bedarf angesichts der immer zahlreicher werdenden Anerkennungen Kenyattas in der Weltpresse für seine mutige und konsequente Haltung gegenüber dem Kommunismus, seiner kompromißlosen Ablehnung der SBZ, seiner maßvollen Haltung zur Sozialisierung und damit seinem Bestreben, dem Land wirtschaftliche Erschütterungen zu ersparen, kaum eines nochmaligen Petittums, Kenia in Ostafrika zum Schwerpunktgebiet zu machen.

<sup>11</sup> Mitte März 1965 wies die kenianische Regierung einen Versuch des künftigen Generalkonsuls der DDR in Tansania, Lessing, zurück, ein Schreiben des Staatsratsvorsitzenden Ulbricht zu übergeben, „in dem die Aufnahme offizieller Beziehungen SBZ/Kenia vorgeschlagen wurde. Unter Hinweis darauf, daß Kenia nur Beziehungen zur Bundesrepublik unterhalte“, lehnte der kenianische Außenminister Murumbi einen Empfang der Delegation der DDR durch Präsident Kenyatta ab. Vgl. den Drahtbericht Nr. 53 vom 24. März 1965; Referat I B 3, Bd. 588.

<sup>12</sup> Präsident Kenyatta teilte auf einer Pressekonferenz am 29. April 1965 die Ablehnung einer Schiffsladung sowjetischer Panzer und Schützenpanzerwagen mit, da es sich um alte Waffen aus zweiter Hand handele. Vgl. dazu die Meldung „Kenya Sends Back Russian Arms“; THE TIMES, Nr. 56309 vom 30. April 1965, S. 14. Vgl. auch EUROPA-ARCHIV 1965, Z 96.

Ich schlage daher vor, Kenia im kommenden Haushaltsjahr für eine Kapitalhilfe in der Größenordnung von DM 50 Mio. vorzumerken.<sup>13</sup>

gez. Soltmann

VS-Bd. 2616 (I B 3)

## 256

### Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Pauls

D III i. V.-III B 6-87.00-90.38/90.21-321/65 geheim

19. Juni 1965

Vorg.: L. Pl. St. 102/65 geh. vom 18. 6. 1965 (liegt bei)<sup>1</sup>

Betr.: Hilfe für Marokko und Tunis<sup>2</sup>

Bei den bevorstehenden deutsch-israelischen Wirtschaftsverhandlungen<sup>3</sup> werden wir nicht umhin können, Israel eine Anleihe in Höhe von 150 bis 160 Mio. DM zu gewähren. Dieses Ergebnis wird von Israel mit Unmut und Enttäuschung quittiert werden, da die unerfüllbaren israelischen Vorstellungen auf eine langjährige Verpflichtung von 240 Mio. DM nicht rückzahlbarer jährlicher Hilfe zielen.<sup>4</sup>

Die arabischen Staaten werden sich nicht minder vehement über eine so namhafte deutsche Hilfe für Israel empören. Wir werden beides mit Gelassenheit zu tragen haben.

In der Tat ist eine solche Hilfe für Israel, gemessen an seiner Größe und Wirtschaftskraft, verglichen mit unseren sonstigen derzeitigen Entwicklungshilfesanstrengungen, beträchtlich.

Aus allen außen- und innenpolitischen Gründen muß der Eindruck vermieden werden, daß es sich bei der Entwicklungshilfe für Israel um eine verschleierte Fortsetzung des Israelvertrages<sup>5</sup> oder überhaupt um eine Wiedergutmachungsleistung handelt.

Die Hilfe für Israel ist besonders ungewöhnlich, gemessen an unserem Grundsatz, entwicklungspolitische Schwerpunkte bei unseren Freunden zu bilden.

<sup>13</sup> 1965 erhielt Kenia 45,1 Mio. DM Kapitalhilfe sowie 4,3 Mio. DM Technische Hilfe. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Harkort vom 2. August 1965; Referat I B 3, Bd. 588.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung des Leiters des Planungsstabs, Müller-Roschach, ist dem Vorgang beigelegt. Vgl. VS-Bd. 8824 (III B 6).

<sup>2</sup> Der Passus „Vorg. ... Tunis“ wurde von Ministerialdirigent Pauls handschriftlich eingefügt.

<sup>3</sup> Zu den geplanten deutsch-israelischen Wirtschaftsverhandlungen vgl. Dok. 200 und weiter Dok. 343.

<sup>4</sup> In den Verhandlungen des CDU-Abgeordneten Birrenbach mit der israelischen Regierung im März und April 1965 wurde eine Summe von 200 Mio. DM genannt. Vgl. dazu Dok. 148.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut des Wiedergutmachungsabkommens (Luxemburger Abkommens) vom 10. September 1952 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1953, Teil II, S. 37–97.